Editorial

Das Blaesheim-Treffen in Meseberg hat, wie hier von Medard Ritzenhofen anschaulich geschildert, die Vertrautheit der deutschen Bundeskanzlerin mit dem französischen Staatspräsidenten erneut bestätigt, aber auch Meinungsverschiedenheiten und Grenzen der Kooperation erkennen lassen. Sie reichen von der Haltung gegenüber der atomaren Aufrüstung im Iran über die Aussichten zu den Aufgaben der Europäischen Zentralbank und zur Haushaltsdisziplin bis hin zur Industriepolitik (Siemens/Areva). Als konkretes Ergebnis kann aber immerhin festgehalten werden, dass der vor etwa zwei Jahren begonnene intensive Erfahrungsaustausch auf dem Gebiet der Integration von Migranten und deren Nachkommen konsequent weitergeführt wird. Die Kooperation der Regierungen im zivilgesellschaftlichen Bereich, die ein Novum in der bilateralen Zusammenarbeit darstellt, ist zwar nicht gerade spektakulär, aber für den Annäherungsprozess der Bevölkerungen diesseits und jenseits des Rheins von nicht geringer Bedeutung.

Auf anderen Politikfeldern wurde Übereinstimmung demonstriert, wo es nichts oder wenig kostet. So stimmte etwa Angela Merkel dem Vorschlag von Nicolas Sarkozy zu, einen 'Rat der Weisen' einzusetzen, der Vorschläge zur weiteren Gestaltung Europas konzipieren soll. Sie hält zwar selbst erklärtermaßen nichts von solchen Gremien, aber sie half damit Sarkozy, das Gesicht zu wahren, ohne die Türkei zu verärgern. Er hatte seine Zustimmung zur Weiterführung von Beitrittsverhandlungen von der Einsetzung eben eines solchen 'Rates' abhängig gemacht.

Sie konnte auch – ganz unabhängig von den Divergenzen zwischen der deutschen und der französischen Haltung zur Politik der Europäischen Zentralbank – seinem Drängen entgegenkommen, als Präsidentin der G8-Gruppe gegen wettbewerbsverzerrende Wechselkurse bei den asiatischen sowie amerikanischen Handelspartnern Front zu machen, ohne eigenen Grundsätzen untreu zu werden.

In Frankreichs Außenpolitik ist, ähnlich wie beim Wechsel von Schröder zu Merkel, die proamerikanische Wende offenkundig. Dabei ist es noch nicht lange her, dass Jacques Chirac glaubte, auf Deutschland gestützt die europäische Marschrichtung vorgeben und so den USA als gleichwertiger Partner entgegentreten zu können. Mit solchen Phantasien ist es beim Pragmatiker Sarkozy ebenso vorbei wie mit den realitätsfernen Visionen einer multipolaren Weltordnung, bei der Russland und China als strategische Partner Frankreichs gesehen wurden.

Bernard Kouchner, der heutige Außenminister, hatte seinerzeit als einziger französischer Politiker von Rang die amerikanische Doktrin der Einmischung und die Beseitigung des Regimes von Saddam Hussein gutgeheißen. Er kritisierte dann zwar auch den „Demokratisierungsprozess" im Irak, aber gegenüber Teheran ist er wieder ganz auf der amerikanischen Linie. Ein anderer starker Partner ist ja auch nicht in Sicht, seitdem Moskau und Peking eine energiepolitische und militär(techn)ische Allianz gebildet haben.

Berlin scheint dagegen in den außenpolitischen Überlegungen Sarkozys eine eher marginale Rolle zu spielen. Es ist weder an dem ebenso faszinierend klingenden wie unklaren Projekt einer Mittelmeerunion beteiligt noch an Frankreichs Plänen zu und mit Afrika. Das liegt natürlich am geringen Interesse der Deutschen an diesem Kontinent sowie an ihren bescheidenen militärischen Mitteln. Erst recht bei der Suche nach einer europäischen Energiepolitik erweist sich Deutschland für Paris eher als Hindernis denn als hilfreicher Partner. Mit der Festlegung auf den Atomausstieg bezieht es eine klare Gegenposition zu Frankreich, aber auch zu allen anderen großen Industrienationen und Schwellenländern. Für Sarkozy muss eine derart isolierte Position nach Ideologie klingen. Und das eben könnten die Deutschen von ihm lernen: unbekümmert um ideologische Vorbehalte, nationale Mythen und historisch begründete Vorurteile pragmatisch nach brauchbaren Lösungen für konkrete Probleme zu suchen.

Johannes Thomas

Zeitschrift für den deutsch-französischen Dialog

Dokumente 5/07

1 **Editorial**

4 **Kommentar**

Mit eingebauter Vorfahrt
Sarkozy ist nicht zu stoppen — Medard Ritzenhofen

Gesellschaft / Geschichte

8 Napoleon und Deutschland
Zwischen Verklärung und Verachtung — Horst Schmidt

13 Am Anfang war nicht Napoleon ...
Die Auswirkungen der Franzosenzeit im Rheinland — Georg Mölich / Kerstin Theis

17 Integrationsdebatten 1807 und 2007
„Le Grand Sanhédrin“ und die Deutsche Islam Konferenz — Rafael Arnold

21 Napoleon in der Karikatur
Nachlese zu zwei Berliner Ausstellungen — Walter Fekl

23 Sklaverei und Menschenrechte
im Land der Marianne und seinen Kolonien — Manfred Overmann

Dossier: Unterschiedliche Wellenlängen

28 „Das Radio von morgen“
Die französische Radiolandschaft im Wandel — Siegfried Forster

33 Unterschiedliche Wellenlängen
Hörfunk in Frankreich und Deutschland — Gérard Foussier

41 Kulturelle Ausnahmen
Die französische Quotenregelung im Radio zeitigt Erfolge — Gérard Foussier

43 Ungeliebte Rundfunkgebühr
Die Finanzierung von Hörfunk und Fernsehen in der Kritik — Gérard Foussier

47 Radio France Internationale
Die ganze Vielfalt der Welt — Antoine Schwarz

Kultur

50 Kultur-Spektrum — Siegfried Forster

52 Kultur-Vorschau: Frankreich in Deutschland — Silke Stammer

53 Mondschein-Theater
Das 61. Festival d’Avignon suchte den Dialog der Kunstformen — Stefan Tigges

58 Perlentaucherin im Schleppnetz des Wahlfängers
Yasmina Reza porträtiert Nicolas Sarkozy — Medard Ritzenhofen

63 „Emigration ist nicht die Lösung“
Ein Interview mit Tahar Ben Jelloun — Jeannette Villachica

67 Destination Belle-Île
Ein Paradies im Atlantik verändert sich — Suzanne Krause

71 Rezensionen

Günther Liehr: Frankreich. Eine Nachbarschaftskunde | Elsa Dorlin: La matrice de la race: Généalogie sexuelle et coloniale de la nation française. Carole Reynaud-Paligot: La République raciale

75 Das Dokument

Transparenz der Finanzmärkte, Gemeinsame Erklärung zum Blaesheim-Treffen in Meseberg, 10.9.2007

76 Chronologie

Juli / August 2007 — DGAP

Mit eingebauter Vorfahrt

Sarkozy ist nicht zu stoppen

Medard Ritzenhofen*

» Das jüngste Blaesheim-Treffen machte deutlich, dass zum ersten Mal in der Aufwärmphase des deutsch-französischen Spitzenduos die absolut souveräne Haltung auf deutscher Seite liegt. Demgegenüber ist Sarkozys hektische Dynamik und hyperaktiver Geltungsdrang dazu angetan, langjährige französische Reformmüdigkeit zu kompensieren: Seine Sozialpläne sind für Frankreich eine „kulturelle Revolution".

Das war ein schönes Bild, das viele Zeitungen anlässlich der deutsch-französischen Konsultationen im brandenburgischen Schloss Meseberg veröffentlichten: Bundeskanzlerin Angela Merkel und Staatspräsident Nicolas Sarkozy begrüßen sich lächelnd à la française, wobei ihrer beiden Nasenspitzen fast Kontakt haben. Seine rechte Hand liegt auf ihren Arm; sie hält, aufgrund leichten Nieselwetters, einen großen Schirm über das herzliche Willkommen. Das Foto verfehlte weder seine symbolische noch seine beruhigende Wirkung. Denn einerseits zogen Ausläufer eines politischen Tiefdruckgebietes von Paris nach Berlin, andererseits ist die Kanzlerin diejenige, die das deutsch-französische Verhältnis gegen aktuellen Unbill und vielleicht sogar ihren ständig unter Strom stehenden Kollegen vor sich selbst schützen kann, auf dass der nicht irgendwann unbeschirmt im Regen steht.

Jede neue personelle Kombination an der Spitze der beiden Freundesländer hat ihren eigenen Reiz und ihre spezifischen Reibungen. Gerade deshalb setzten Jacques Chirac und Gerhard Schröder die regelmäßigen informellen Gipfeltreffen des so genannten Blaesheim-Prozesses in Gang – benannt nach dem ersten Tagungsort nahe Straßburg –, die vor allem dem frühzeitigen Ausräumen von Missverständnissen und dem atmosphärischen Vertrauen dienen. Das aktuelle Spitzenduo hat nicht nur Charme wegen seiner erstmaligen Geschlechterdifferenz, die das schon immer viel bemühte Wort vom deutsch-französischen Paar umso sinnfälliger macht. Zum ersten Mal in einer gemeinsamen Aufwärmphase liegt auch die absolut souveräne Haltung auf deutscher Seite, während Frankreich eine hektische Dynamik an den Tag legt, die geradezu dramatische Züge annimmt. Die Welt müsse sich im Atomstreit mit dem Iran auf das Schlimmste gefasst machen, warnte Außenminister Bernard Kouchner und fasste in scharfer Rhetorik bereits einen Krieg gegen Teheran ins Auge. Derweil bläst der Staatspräsident zum Angriff auf die Europäische Zentralbank, deren Unabhängigkeit ihm ein ständiger Dorn im Auge ist.

Keine Frage, die Kanzlerin agiert mit ruhiger Hand, wohingegen der Präsident regelrecht heiß läuft und dabei mit eingebauter Vorfahrt über sämtliche Politikfelder heizt. Hat sie sich als Ratsvorsitzende der EU bereits einen Namen als kluge Maklerin gemacht, so glaubt er, es mit dem Rest der Welt aufnehmen zu können. Die Temperamente könnten kaum unterschiedlicher sein. Sarkozys hyperaktiver Geltungsdrang mag dazu angetan sein, die langjährige französische Reformmüdigkeit zu kompensieren. Dagegen befindet sich Angela Merkel in der komfortablen Lage wirtschaftlicher Stärke. Deutschlands ökonomische Eckdaten können sich endlich wieder sehen lassen. Die Wirtschaft wächst kräftig. Die Steuerquellen sprudeln so reichlich, dass der Finanzmi-

* Medard Ritzenhofen lebt als freier Journalist in Straßburg.

nister über unerwartete Ressourcen verfügt. Nicht nur erfüllt Berlin wieder die Stabilitätskriterien für den Euro, seit der Wiedervereinigung kommt erstmals auch ein Haushalt ohne Neuverschuldung wieder in Sicht.

Ganz anders präsentiert sich die Situation in Frankreich. Zwar hatte auch Paris auf jene 2,5 Prozent Wachstum gewettet, die Deutschland realiter aufweist, doch wurde diese optimistische Erwartung inzwischen nach unten korrigiert. Lediglich 1,8 Prozent seien für Frankreich drin, stellte die Organisation für wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit OECD richtig. Einmal mehr zeigt Frankreichs chronische Exportschwäche fatale Wirkung. Bereits im letzten Jahr wurde im Außenhandel ein historisches Defizit von 29,2 Milliarden Euro erreicht. Mit einem Minus von 15,3 Milliarde Euro in der ersten Hälfte des laufenden Jahres nimmt Frankreich Kurs auf einen erneuten Negativrekord bei seiner Handelsbilanz. Dagegen konnte Deutschland im letzten Jahr seinen Titel als Exportweltmeister mit 894 Milliarden Euro souverän verteidigen. Im laufenden Jahr steht in der Buchhaltung von Wirtschaftsminister Glos bereits ein Exportüberschuss von 73 Milliarde Euro gut. Diese im Grunde keinen Vergleich duldenden Zahlen machen deutlich, dass Deutschland und Frankreich auf keinem anderen Feld so extrem weit auseinander liegen wie beim commerce extérieur.

Euro als Sündenbock

Die extreme Schieflage ergibt sich durch unterschiedliche Prioritäten. Seit jeher hat die französische Wirtschaft ihr stärkstes Standbein in einem konsumfreudigen Binnenmarkt. Franzosen sind dankbare Verbraucher heimischer Produkte und zeigen sich weniger vorsichtig beim Einkauf als ihre deutschen Nachbarn. Doch mehr denn je gerät in der globalen Warenwelt die Wirtschaft eines Landes aus dem Tritt, sobald sie ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit vernachlässigt. Nicht dass „made in France“ einen schlechten Klang hätte, doch die französischen Unternehmen sind – und das gilt vor allem für die mittelständischen – auf dem internationalen Markt weit weniger gut aufgestellt als vergleichbare deutsche Firmen. Es ist nicht zuletzt diese Schwäche beim weltumspannenden Handel, die die Globalisierung in Frankreich von Anfang an unter Generalverdacht gestellt hat.

Das alles weiß Nicolas Sarkozy natürlich. Bevor er dies aber zugibt, macht er lieber den starken Euro für die französische Exportschwäche verantwortlich. Dabei wird unterschlagen, dass fast zwei Drittel des französischen Außenhandels innerhalb der EU, in der Hauptsache der Eurozone, abgewickelt werden. Nicht zu reden davon, dass Frankreichs Europartner ihre Waren ebenfalls gegen die eigene harte Währung in alle Welt verkaufen. Trotzdem flickt Sarkozy seinem Landsmann Jean-Claude Trichet am Zeug, weil der sich als Chef der Europäischen Zentralbank (EZB) nicht in seine Unabhängigkeit reinreden lässt. Nur allzu gerne würde Sarkozy die EZB dem Primat der Politik unterstellen, um die Aufwertung des Euro zu bremsen. Doch die heutige Stabilität des Euro verdankt sich gerade und vor allem der Unabhängigkeit seiner Notenbank. Deshalb sollte der Staatspräsident statt Geldpolitik eher die Sanierung seines Haushaltes betreiben.

Auch den Vorsitzenden der Euro-Gruppe, den luxemburgischen Premierminister Jean-Claude Junker, ging Sarkozy an, indem er ihm Untätigkeit angesichts der internationalen Turbulenzen auf den Finanzmärkten vorwarf. Ausgesprochen ungehalten reagierte Sarkozy auf die offene Kritik des deutschen Finanzministers Peer Steinbrück, der Paris den fortgesetzten Verstoß gegen den Europäischen Stabilitätspakt vorhielt. Da Berlin selbst die Maastricht-Bedingungen lange genug nicht erfüllt hat, sind deutsche Oberlehrer im Fach Haushaltsführung fehl am Platz.

Nicolas Sarkozy neigt allerdings, wenn es ums Geschäft geht, selbst bei Freunden nicht zu Entgegenkommen. So zeigt der Versuch, Siemens aus der französischen Atomindustrie zu drängen, ein weiteres Mal, dass Paris bei seiner Industriepolitik keinerlei Rücksichtnahme auf deutsche Interessen nimmt. Frankreich ist dabei, seine Energiepolitik noch stärker über „nationale Champions“ auf dem Weltmarkt auszubauen. Mit der Fusion von Suez und Gas de France (GDF) hat man dem Konzern Electricité de France (EDF) einen zwei-

ten staatlichen Energieriesen an die Seite gestellt. Um die nationale Energiepolitik abzurunden, soll auch der Kraftwerksbauer Areva noch stärker auf französische Linie gebracht werden. Bei einer Zusammenlegung der mehrheitlich französischen Unternehmen Areva und Alstom hätte der Siemens-Konzern, der bislang an der Kerntechniktochter Areva Nuclear Power (NP) mit 34 Prozent beteiligt ist, das Nachsehen.

Da Deutschland und Frankreich unterschiedliche Wege in der Energiepolitik beschritten haben, fällt die Zusammenarbeit in diesem Bereich naturgemäß besonders schwer. Denn während Deutschland den Ausstieg aus der Kernenergie probt, wurde in Frankreich de Gaulles Energiekonzept „tout nucléaire" nie in Frage gestellt. So bezieht Frankreich heute 80 Prozent seiner Elektrizität aus einem Nuklearpark von 58 Reaktoren. Damit steht es bei der nuklearen Elektrizitätsgewinnung nicht nur in der EU, sondern weltweit an der Spitze. Trotz dieser völlig unterschiedlichen nuklearen Sensibilitäten ist es geradezu dreist, wenn Sarkozy Deutschland vor die Alternative stellt, seinen Ausstieg aus der Atomkraft zu überdenken oder aber mit Siemens den Rückzug aus dem französischen Geschäft anzutreten. Das ist keine Art, Interessenskonflikte unter Freunden beizulegen. Auf dem sensiblen Energiesektor sind nationaler Protektionismus und staatliche Intervention freilich keine rein französische Spezialität. Vor fünf Jahren setzte die Regierung Schröder die Übernahme des Versorgers Ruhrgas durch den nordrheinwestfälischen Konzern Eon gegen die Bedenken der Brüsseler Wettbewerbshüter durch.

„Das ist keine Art, Interessenskonflikte unter Freunden beizulegen."

Das ständige Nörgeln am Euro, der lässige Umgang mit dem Stabilitätspakt, die rüde Zurechtweisung des deutschen Finanzministers, die kalte Schulter Siemens gegenüber, nicht mehr zu reden von der selbstherrlich in Szene gesetzten Befreiungsaktion der bulgarischen Geiseln in Libyen: für sich genommen ist jedes dieser Vorkommnisse nicht der kritischen Rede wert, zusammen aber reicht es für die kurze Amtszeit an egomanischer Kraftmeierei und nationaler Kaltschnäuzigkeit. Daran ändert auch Sarkozys Vorschlag nichts, einen „Rat der Weisen" ins Leben zu rufen, der der EU neue Perspektiven geben soll. Aufgabe dieses hochkarätigen Beratergremiums sei, so Sarkozy, das Nachdenken über die Strukturen und Grenzen der EU. Damit parkt er das momentan inopportune Thema Türkei-Beitritt erst einmal auf ein Nebengleis. Denn nach wie vor lehnt Sarkozy eine türkische Vollmitgliedschaft in der EU ab, ohne im Moment Kraft und Zeit dafür zu haben, die schwerfällige Weiche, die auf langfristige Verhandlungen mit Ankara gestellt ist, umzustellen. Da die Bundeskanzlerin ähnlich denkt, stimmte sie Sarkozy in dessen Bemühen um ein unabhängiges Gremium zu.

Ob dieser Vorschlag tatsächlich weise ist, wird sich noch zeigen müssen. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang die ausgeprägte Neigung des neuen Mannes im Elysée, Kommissionen zu bestellen. Unter seinem einstigen Mentor, dem ehemaligen Premierminister Edouard Balladur, bereitet eine Expertenrunde die „Modernisierung der politischen Institutionen" vor. Der Sozialist Jacques Attali leitet ein Gremium, das sich Gedanken über „die Befreiung des französischen Wachstums" macht. Weiterhin gibt es die Kommission Pochard zur Aufwertung des Lehrerberufs, die Kommission Larcher für öffentliche Krankenhäuser, die Kommission Ménard für den Alzheimer-Plan …

Dass solche Kommissionen aus Honoratioren und Experten auch dazu dienen, schwere Aufgaben zur ewigen Ruhe zu betten, belegt schon Clemenceaus legendärer Satz: „Quand je veux enterrer un problème, je crée une commission." Natürlich ist Sarkozy angesichts der Fülle seiner Herausforderungen auf eine breit gefächerte Diagnose unabhängiger Analysten angewiesen. Auf der anderen Seite stellt sich die Frage, welche Aufgaben noch für die Ministerien bleiben. Nicolas Sarkozy hat eine Regierungsmannschaft zusammengestellt, die sich in punkto weiblicher Mitgliederzahl und ethnischer Minderheiten sehen lassen kann. (Vgl. den Kommentar in *Dokumente*, 4/07.) Doch drängt sich mittlerweile der Verdacht auf, dass die Minister weit weniger nach ihrer Kompetenz als nach ihrem Geschlecht und Alter sowie nach ihrer Herkunft und Hautfarbe ausgesucht wurden. Die

„United colors of France“ im Kabinett, so Eric Zemmour im *Figaro*, garantieren mediale Aufmerksamkeit. Doch so, wie sich Sarkozy ständig in die Arbeit seiner leitenden Angestellten einmischt, scheint er diesen nur bedingt zu vertrauen. Es wundert deshalb nicht, dass bereits das Gerücht einer baldigen Regierungsumbildung in Umlauf ist.

Sozialmodell auf dem Prüfstand

In den ersten vier Monaten seiner Amtszeit hat der neue Staatspräsident als personifizierter Wirbelwind viel Staub aufgewirbelt, womit er, wie es im Französischen so schön heißt, die Galerie prächtig amüsierte. Wo es aber ans Reformieren ging, geschah dies, wie beim bescheidenen Autonomiegewinn der Universitäten oder dem Minimalservice beim öffentlichen Verkehr im Streikfall, ausgesprochen moderat, um nicht zu sagen übervorsichtig. Nicolas Sarkozy aber steht bei 63 Millionen Franzosen im Wort, deren Land von Grund auf zu modernisieren. Da dieser Präsident alles andere als ein politisches Leichtgewicht ist, packte er im September in zwei Grundsatzreden den Stier bei den Hörnern. Mit dem französischen Sozialmodell und Frankreichs öffentlichem Dienst eröffnete der Präsident die beiden großen Reform-Baustellen seiner Amtszeit.

Dass er mit den „régimes spéciaux“, den Rentenprivilegien für gewisse Berufsgruppen, aufräumen würde, war erwartet worden. Die 1,6 Millionen Beschäftigten von Staatsbetrieben wie Eisenbahner, Seeleute, Bergarbeiter, die bereits mit 55 Jahren in Rente gehen dürfen und dazu eine bessere Versorgung erhalten, kosten den Steuerzahler sechs Milliarden Euro. Sarkozy beließ es jedoch nicht bei der angekündigten Überprüfung dieser traditionellen Vergünstigungen, sondern stellte in seiner Rede vom 18. September gleich auch den generellen Trend zur Frühverrentung, das Arbeitsrecht mit seinem rigiden Kündigungsschutz und die 35-Stunden-Wochen infrage. Mit der Zusammenlegung des staatlichen Arbeitsamtes ANPE und der von Arbeitnehmern und Arbeitgebern betriebenen Arbeitslosenversicherung UNEDIC soll eine zeitgemäße Arbeitsagentur geschaffen werden. Eine von deren Aufgabe wird darin bestehen, Beschäftigungslose, die zwei Arbeitsangebote ausschlagen, mit Sanktionen zu belegen. Nicolas Sarkozy sprach alle sozialen Leistungen an, die den Bürgern lieb sind und den Staat teuer kommen. Die konkrete Umsetzung seiner Ziele überließ er den Sozialpartnern. Sein Vertrauen in den „sozialen Dialog“ verband der Präsident freilich mit der Warnung, dass der Staat seine Vorstellungen durchsetzen würde, sollten sich Gewerkschaften und Arbeitgeber nicht auf baldige durchgreifende Reformen einigen können.

Schon tags darauf legte der Präsident nach, indem er die neuen Grundlagen des öffentlichen Dienstes skizzierte. In Zukunft soll nur noch jeder zweite Staatsdiener, der in Pension geht, ersetzt werden. Die aufgeblähte Bürokratie werde ebenso konsequent abgebaut wie die Verschwendung von Steuergeldern bekämpft.

Effizienz und Sparsamkeit, Flexibilisierung starrer Prozeduren und Individualisierung eines bisher kollektiven Modells: Sarkozy macht Nägel mit Köpfen genau dort, wo Frankreich bislang am wenigsten gewillt war, den Bedingungen der modernen Arbeitswelt nachzukommen. Sowohl der Wohlfahrtsstaat als auch der öffentliche Dienst kommen auf den Prüfstand. Einmal mehr beeindruckt die Eile, mit der Sarkozy seine „grands travaux“ in Angriff nimmt. So waren seine Reden gespickt mit Zeitvorgaben, die auf eine umgehende Realisierung seiner Vorgaben hinauslaufen. „Réformer sans tarder“ lautet das Motto. Von einem „calendrier impossible“ sprechen dagegen die Arbeitnehmervertreter.

Bisher waren Frankreichs Gewerkschaften immer schnell zur Stelle, wenn es um Arbeitsniederlegungen und Streiks ging. Dass sie nun mit derselben Geschwindigkeit den präsidentiellen Forderungen nach mehr Arbeit nachkommen werden, scheint unwahrscheinlich. Andererseits verschließt sich die Mehrheit der Franzosen nicht mehr der Notwenigkeit sozialer Einschnitte. Wenn schon schmerzhaft, dann lieber schnell. In seltener Übereinstimmung schrieben der rechte *Figaro* und die linke *Libération*, bei Sarkozys Sozialplänen handele es sich um nicht weniger als eine „kulturelle Revolution“. Wer wollte da abseits stehen oder sich gar quer legen?

Napoleon und Deutschland

Zwischen Verklärung und Verachtung

Horst Schmidt*

» Die Napoleon-Bild der Deutschen war stets ambivalent, Bewunderung und Verehrung steht der Verdammung seines Größenwahns gegenüber. Der Mythos wurde dabei auch für die Deutschen Teil des kollektiven Gedächtnisses. In der Flut der Veröffentlichungen zur Napoleon-Forschung ragen einige Neuerscheinungen heraus.

Das Bild der Deutschen von Napoleon Bonaparte (1769–1821) war im Grunde genommen schon zu seinen Lebzeiten eine zweischneidige Angelegenheit und hat sich auch posthum nicht grundsätzlich in seinem Antagonismus geändert. Die deutschen Blicke auf den General, Konsul und Kaiser der Franzosen waren und sind einerseits geprägt von großer Bewunderung und oft kitschiger Verklärung, andererseits galt und gilt Napoleon vielen als Inbegriff für Skrupellosigkeit und Größenwahn, ja sogar als einer der rücksichtslosesten Machtmenschen und größten Massenmörder in der Geschichte der Menschheit.

Die Literatur über Napoleon füllt ganze Bibliotheken. Die Faszination seiner Persönlichkeit, seines Lebensweges und seiner mit einem jähen Sturz endenden politischen Karriere hält bis heute an, und dies auch in Deutschland. Was niemanden verwundern sollte, schließlich ist das Phänomen Napoleon in gewisser Weise auch ein Teil der deutschen Geschichte, ja sogar ein „deutscher Erinnerungsort", um eine griffige Formulierung des Historikers Hagen Schulze aufzugreifen.

Schon seit Napoleons Lebzeiten setzen sich auch in Deutschland ständig unzählige Publizisten, Historiker und auch Schriftsteller mit Napoleon Bonaparte auseinander und stricken so am „Napoleon-Mythos" weiter. Auch 200 Jahre nach Napoleons „Glanzzeiten" hat sich daran nichts geändert. Ein kritischer Blick auf einige einschlägige Neuerscheinungen:

Spuren in der Literaturgeschichte

Ein neues Standard- und Referenzwerk der Napoleon-Forschung hat die Germanistin Barbara Beßlich mit ihrer umfangreichen Freiburger Habilitationsschrift von 2005 vorgelegt, die jetzt unter dem Titel „Der deutsche Napoleon-Mythos. Literatur und Erinnerung 1800 bis 1945" als Buch erschienen ist. Beßlich legt mit ihrer penibel recherchierten und auch Napoleon-Texte nichtdeutschsprachiger Autoren einbeziehenden Studie eine Literaturgeschichte des deutschen Napoleon-Mythos vor, die deutlich macht, welch' bedeutende Rolle dieser nicht zuletzt von Schriftstellern gepflegte Mythos in der deutschen Kulturgeschichte gespielt und wie er sich im kollektiven Gedächtnis der Deutschen festgeschrieben hat. Nachdrücklich betont Beßlich, dass ihre Arbeit über Napoleon in der deutschen Literatur nur wenig mit der historischen Person Napoleon zu tun habe, sondern vielmehr mit der Geschichte des literarisierten und mystifizierten Napoleons.

Dabei gehe es ihr „nicht primär um eine stoffgeschichtliche Sammlung von deutschen Napoleon-Texten […], sondern um die Analyse der Deutungsmuster und kulturellen Zusammenhänge, in denen der Napoleon-Mythos relevant wird. […] Die literarischen Napoleon-Texte reflektieren niemals nur die napoleonische Vergangenheit, sondern immer auch die deutsche Gegenwart (ihrer Entstehungszeit) und wirken auch als Teil der kul-

* Horst Schmidt ist Journalist und Lektor.

turellen Sinnproduktion der deutschen Gesellschaft auf diese Gesellschaft zurück. Literatur ist hier nicht nur das Medium der Reflexion, sondern beweist ihre produktive Potenz, diese Gesellschaft deutend zu bestimmen. Die Schriftsteller erweisen sich in Deutschland im Falle Napoleons als eigentliche Mythenmacher. Deshalb werden die literarischen Napoleon-Texte hier als Teil der kulturellen Selbstwahrnehmung in Deutschland gelesen." (Beßlich, S. 22 f.). Die Entwicklung und Konstruktion des Napoleon-Mythos in der deutschen Literatur sage mehr über die deutsche Kulturgeschichte als über Napoleon aus.

Auf großes Echo in den Medien und große Resonanz bei den Besuchern stieß die Ausstellung „Napoleon. Trikolore und Kaiseradler über Rhein und Weser", die das Preußen-Museum Nordrhein-Westfalen an seinen beiden Standorten Wesel (11.2. bis 9.4.2007) und Minden (6.5. bis 1.7.2007) zeigte. Die Ausstellung präsentierte im Original eine Vielzahl von Leihgaben aus deutschen sowie französischen Museen und Sammlungen, die zuvor teilweise noch nicht öffentlich in Deutschland zu sehen gewesen waren – zum Beispiel Objekte der „Fondation Napoléon" aus dem Besitz Napoleons, seiner Familie und seiner Hofgesellschaft. Herausgeber des informativen und reich illustrierten, opulenten Begleitbandes ist Veit Veltzke; die zahlreichen Beiträge des Buches beschäftigen sich vor allem mit regionalgeschichtlichen Aspekten der napoleonischen Zeit im Rheinland und in Westfalen, aber auch mit allgemeinen Fragen der Napoleon-Forschung sowie mit der Wirkungsgeschichte der Person und der Politik Napoleons. Das Buch liefert eine Fülle an wichtigen Einzelstudien, die einerseits gesicherte, aber auch neueste historische Erkenntnisse zu Napoleon und seiner Zeit populärwissenschaftlich für ein geschichtsinteressiertes Publikum aufbereiten. Es bildet einen hervorragenden Einstieg in die Beschäftigung mit der Geschichte und den vielfältigen Nachwirkungen der „Franzosenzeit" an Rhein und Weser.

„Die Zivilbevölkerung geriet an die Grenzen ihrer Leidens- und Leistungskraft."

Permanenter Kriegszustand

Die europäischen Eroberungszüge der revolutionären französischen Truppen in den 1790er Jahren und insbesondere die von Napoleons „grande armée" geführten Kriege bedeuteten für die Menschen im Europa der napoleonischen Zeit den nahezu permanenten Kriegszustand. Insbesondere der Süden Deutschlands war hiervon betroffen. Baden, Württemberg und Bayern waren fast zwei Jahrzehnte lang der Kriegsschauplatz für Truppen aus aller Herren Länder. Die Zivilbevölkerung geriet an die Grenzen ihrer Leidens- und Leistungskraft. Einquartierungen, Durchmärsche, Plünderungen, Requisitionen, Seuchen und wirtschaftliche Not forderten ihren Tribut. Wie die Menschen im deutschen Süden den Kriegsalltag vor 200 Jahren erlebten und zu bewältigen suchten, zeigt jetzt die Historikerin Ute Planert in ihrer soeben als Buch erschienenen Tübinger Habilitationsschrift „Der Mythos vom Befreiungskrieg. Frankreichs Kriege und der deutsche Süden: Alltag – Wahrnehmung – Deutung 1792–1841" unter Nutzung einer Vielzahl bislang unausgewerteter zeitgenössischer Quellen eindrucksvoll auf. Darüber hinaus belegt Ute Planert, dass die Rheinbundstaaten nach dem Wiener Kongress (1815) ihre Vergangenheit uminterpretierten. Die ehemaligen Verbündeten Napoleons stellten sich jetzt als Feinde der napoleonischen Politik dar, die von ihrer „mésalliance" mit den Franzosen nichts mehr wissen wollten und sich stattdessen in den neuen, vor allem von Preußen gepflegten Mythos vom „deutschen Befreiungskrieg" zu integrieren versuchten.

Zum 200. Jahrestag der so genannten „Doppelschlacht" bei Jena und Auerstedt, bei der die Armee Napoleons im Herbst 1806 die preußischen und die sächsischen Truppen vernichtend besiegte, gab die „Landeszentrale für politische Bildung Thüringen" eine von Werner Greiling verfasste populärwissenschaftliche Monographie über „Napoleon in Thüringen" heraus. In seiner Einleitung konstatiert Greiling treffend, dass – so sehr das Urteil über Napoleon auch stets zwischen

Bewunderung und Verdammung geschwankt habe – die außergewöhnlichen militärischen Fähigkeiten von Napoleon Bonaparte zu keinem Zeitpunkt seiner wechselvollen Karriere ernsthaft in Zweifel gezogen worden seien.

Greiling nimmt den 200. Jahrestag der Schlacht bei Jena und Auerstedt zum Anlass, „die Wirkung Napoleon Bonapartes in Thüringen sowie die Beschäftigung mit ihm und die Erinnerung an ihn zu hinterfragen." (Greiling, S. 10) In seinem lesenswerten kleinen Buch, das auch die neuere Forschungsliteratur auswertet, geht er kurz und präzise mehreren Fragen zum Themenkomplex Wirkung, Wahrnehmung und Erinnerung Napoleons in Thüringen nach: „Wie wurde Napoleon von den Zeitgenossen empfunden und charakterisiert? Welche Auswirkungen hatten seine militärischen Siege und seine Politik auf die thüringische Staatenwelt? Was änderte sich durch Napoleon im Leben und im Alltag der Menschen? Welche Informationen verbreitete man von ihm? Wie hat sich das Bild, das man von Napoleon Bonaparte zeichnete, im Laufe der Zeit gewandelt? Wie dachten die Menschen über Napoleon?" (Greiling, S. 10 f.) Die durch zahlreiche historische Abbildungen aufgelockerte Studie von Werner Greiling liefert nicht nur einen profunden Beitrag zur thüringischen Landesgeschichte, sondern leistet darüber hinaus gute Dienste als durchaus auch für den Geschichtsunterricht geeignete Einführungslektüre zum größeren Themenbereich „Napoleon und Deutschland".

Die „Berliner Franzosenzeit"

Nach der für ihn siegreichen Schlacht von Jena und Auerstedt zog Napoleon am 27. Oktober 1806 durch das Brandenburger Tor in Berlin ein. Ein denkwürdiges Datum nicht nur für die preußische Hauptstadt, sondern für die deutsche Geschichte überhaupt. Napoleon selbst hielt sich bis zum 24. November 1806 in Berlin auf und erließ dort für die weitere historische Entwicklung bedeutende Dekrete über die Kontinentalsperre (also die Wirtschaftsblockade Englands) sowie zahlreiche Anordnungen und Erlasse für die weitere Behandlung des besiegten Preußens, dessen Herrscherpaar vor Napoleon und seiner Armee – in der übrigens nicht nur Franzosen kämpften, sondern Soldaten aus aller Herren Länder, darunter auch viele Deutsche – in Richtung Memel geflüchtet war. Nach gut zwei Jahren, am 3. Dezember 1808, endete die französische Besatzung der preußischen Hauptstadt Berlin.

Über den Aufenthalt Napoleons in Berlin und über die zwei Jahre französische Besatzungszeit informieren jetzt zwei neu im Berlin Story Verlag erschienene Bücher. Der Historiker Frank Bauer berichtet in seinem reich illustrierten Buch über „Napoleon in Berlin" auf der Grundlage von Augenzeugenberichten, wie Napoleon seinerzeit seinen Einzug in Berlin zelebrierte und anschließend seinen Aufenthalt dort, wo er im Stadtschloss der Hohenzollern residierte, gestaltete. Außerdem erzählt der Fachmann für preußische Geschichte und die napoleonische Zeit, wie unterschiedlich sensibel die französischen Besatzer agierten und wie sich ihr Verhältnis zur Berliner Bevölkerung gestaltete. Einerseits belasteten die Forderungen der französischen Verwaltung die Berliner schwer, andererseits gab es auch viele, die sich mit den Franzosen zu arrangieren verstanden beziehungsweise sie sogar aus Überzeugung unterstützten. Die neu gegründete Berliner Bürgergarde fungierte zum Beispiel als Organ der französischen Besatzer.

Der von Wieland Giebel herausgegebene Band „Die Franzosen in Berlin 1806–1808" ist ein gleichermaßen spannendes wie informatives historisches Lesebuch über die Berliner „Franzosenzeit" und versammelt neben zahlreichen Berichten von Zeitzeugen auch etliche ältere historische Forschungsarbeiten zum Thema, zum Beispiel Hermann Graniers noch heute lesenswerten Aufsatz über „die Franzosen in Berlin", der erstmals 1905 im Hohenzollern-Jahrbuch erschien. Eine deutsche Erstveröffentlichung enthält der Band auch: die Tagebuchaufzeichnungen von Napoleons Kammerdiener Tamanti aus Berlin und Potsdam, die Napoleon aus der Sicht eines ihm in seinem täglichen Leben Nahestehenden beschreiben und hierbei auch sein Privatleben mit einbeziehen.

Die napoleonische Ära brachte für die Deutschen auch weit reichende, bis heute nachwirkende juristische Reformen. So wurde unter anderem

unter Napoleons Herrschaft auch in Deutschland im Zuge der Säkularisation die strikte Trennung von Staat und Kirche eingeführt. Eheschließung und Ehescheidung wurden Teile des Zivilrechts, die um 1800 in Deutschland teilweise noch existierende Leibeigenschaft wurde abgeschafft, die heute im Grundgesetz verankerte freie Wahl des Wohn- und Aufenthaltsortes wurde eingeführt. Das 1804 eingeführte französische Zivilgesetzbuch, der nach seinem Schöpfer auch „Code Napoleón" genannte „Code civil", wurde auch in den von Napoleon eroberten „deutschen Landen" gültig. Dadurch wurde die noch aus dem Mittelalter stammende ständische Gerichtsbarkeit abgeschafft, die Gleichheit aller Bürger vor dem Gesetz wurde verbindlich festgeschrieben.

Anlässlich des 200-jährigen Jubiläums des „Code civil" beschäftigte sich 2004 der 35. Deutsche Rechtshistorikertag mit der Bedeutung dieses von Napoleon geprägten „Bürgerlichen Gesetzbuches" für das Rheinland und für die europäischen Länder, die seine Regelungen übernommen haben. Die dort gehaltenen Vorträge liegen in dem von Werner Schubert und Mathias Schmoeckel herausgegebenen Sammelband „200 Jahre Code civil. Die napoleonische Kodifikation in Deutschland und Europa" vor. Im Vorwort des sieben Beiträge hochkarätiger Rechtshistoriker enthaltenden Bandes betonen die Herausgeber insbesondere die Bedeutung des „Code civil" für das Rheinland als Merkmal der Unterscheidung von Preußen. Eine Tradition, die im Rheinland bis in die Gegenwart hinein andauere. Wörtlich heißt es: „In der Zeit nach 1815, in der sich die Rheinländer gelöst von den Traditionen der Kleinstaaterei als neuer Teil eines größeren Preußen neu definieren mussten, konnte der Code civil als Merkmal zur Abgrenzung von dem Recht und den Traditionen Altpreußens dienen. Vor allem im 19. Jahrhundert entwickelte sich ein Stolz der Rheinländer auf das Gesetz, das sich gesetzestechnisch und hinsichtlich der liberalen Ansätze deutlich vom Allgemeinen Landrecht für die preußischen Staaten unterschied. Zwar sprach man nicht mehr vom französischen 'Code civil', sondern vom 'rheinischen Bürgerlichen Gesetzbuch'. Dennoch waren die Richter durchaus bereit, sich mit der französischen Handhabung des Gesetzes inspirieren zu lassen." (Schubert/Schmoeckel, S. VI).

„Der Code civil diente zur Abgrenzung von dem Recht und den Traditionen Altpreußens."

Die einzelnen Beiträge des Buches widmen sich allgemeinen Fragen der Bedeutung und der Geschichte des „Code civil", den Auswirkungen auf das Erbrecht, der Lehre des französischen Rechts an den deutschen Universitäten des 19. Jahrhunderts, der Aktualität des „Code civil" sowie dem „Code civil" in Belgien.

Kurz hingewiesen sei abschließend auf eine zwar nicht direkt Napoleon betreffende Publikation, die aber für unser Thema insofern wichtig ist, als sie einen wichtigen Aspekt der Vorgeschichte von „Napoleon und Deutschland" untersucht: Günter Schneiders Buch „1794 – Die Franzosen auf dem Weg zum Rhein". Der Autor behandelt die Eroberung der linksrheinischen Gebiete von der Maas bis zum Rhein durch französische Truppen im Jahr 1794, wobei er insbesondere der Einnahme der bis dahin Freien Reichsstadt Aachen sowie der Schlacht von Aldenhoven am 2. Oktober 1794 breiten Raum gewährt. Außerdem schildert Schneiders, wie sich die frühe Besatzung des Gebietes zwischen Maas und Rhein, in etwa also der heutigen „Euregio Maas–Rhein" im Dreiländereck Belgien/Deutschland/Niederlande, auf die Zivilbevölkerung auswirkte. Als Napoleon zu Beginn des 19. Jahrhunderts auf dem Höhepunkt seiner Macht und auch seiner Popularität war, gehörte das linksrheinische „Roer-Departement" schon seit Jahren zum Kaiserreich Frankreich.

Spuren linguistischer Art aus der „Franzosenzeit" finden sich dort übrigens noch heute in den im deutsch-niederländisch-belgischen Grenzland gesprochenen niederländischen beziehungsweise deutschen Dialekten. Doch das ist wieder ein ganz anderes Thema.

Literatur:

- Frank Bauer: Napoleon in Berlin. Preußens Hauptstadt unter französischer Besatzung 1806–1808. Berlin Story Verlag, Berlin 2006, 190 S., 19,80 Euro.
- Barbara Beßlich: Der deutsche Napoleon-Mythos. Literatur und Erinnerung 1800 bis 1945. Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Darmstadt 2007, 504 S., 79,90 Euro.
- Wieland Giebel (Hg.): Die Franzosen in Berlin 1806–1808. Berlin Story Verlag, Berlin 2006, 260 S., 19,80 Euro.
- Werner Greiling: Napoleon in Thüringen. Wirkung – Wahrnehmung – Erinnerung. Thüringen gestern & heute, Bd. 27. Landeszentrale für politische Bildung Thüringen, Erfurt 2006, 191 S.
- Ute Planert: Der Mythos vom Befreiungskrieg. Frankreichs Kriege und der deutsche Süden: Alltag – Wahrnehmung – Deutung 1792–1841. Krieg in der Geschichte (KRiG). Hg. v. Stig Förster / Bernhard R. Kroener / Bernd Wegner, Bd. 23. Ferdinand Schöningh, Paderborn 2007, 739 S., 68 Euro.
- Günter Schneider: 1794 – Die Franzosen auf dem Weg zum Rhein. Helios Verlag, Aachen 2006, 209 S., 23,80 Euro.
- Werner Schubert / Mathias Schmoeckel (Hg.): 200 Jahre Code civil. Die napoleonische Kodifikation in Deutschland und Europa. Rechtsgeschichtliche Schriften, Hg. v. Dieter Strauch, Bd. 21. Böhlau Verlag, Köln / Weimar / Wien 2005, 225 S., 34,90 Euro.
- Veit Veltzke (Hg.): Napoleon. Trikolore und Kaiseradler über Rhein und Weser. Böhlau Verlag, Köln / Weimar / Wien 2007, 586 S., 34,90 Euro.

Am Anfang war nicht Napoleon …

Die Auswirkungen der Franzosenzeit im Rheinland

Georg Mölich / Kerstin Theis*

» „Am Anfang war Napoleon“ lautete 1983 der erste Satz von Thomas Nipperdeys berühmtem Werk „Deutsche Geschichte 1800–1866“. Für das Rheinland trifft dies allerdings nicht zu. Den Beginn markierte nicht Napoleon, sondern zunächst ein Krieg, der die französische Besatzung des linksrheinischen Gebiets zur Folge hatte.

Die so genannte Franzosenzeit im Rheinland nahm ihren Anfang im Oktober 1794, als die französischen Revolutionstruppen das gesamte linke Rheinufer erobert hatten, und dauerte bis zu den Niederlagen Napoleons 1813/14 fast 20 Jahre lang an. Napoleon war nicht der Anfang, er erbte die französische Herrschaft am Rhein vielmehr. Nachdem Kaiser Franz II. die Rheinlande bereits 1797 in einem geheimen Artikel des Friedens von Campo Formio an Frankreich abgetreten hatte, entstanden im Januar 1798 die vier linksrheinischen Departements Roer, Saar, Rhein und Mosel sowie Donnersberg. Das Roer-Departement mit Aachen als Hauptstadt reichte von Kleve im Norden bis kurz vor Bonn im Süden.

1798 gilt demnach als das „Jahr des Umbruchs im Rheinland“. 1801 wurden die linksrheinischen Gebiete auch staatsrechtlich Teil Frankreichs. Konsequent beseitigten die Franzosen die alten Staats-, Verwaltungs- und Gesellschaftsordnungen. 1802 erfolgte die Einführung der französischen Verfassung. Ab 1804 traten die neuen Gesetzbücher wie der Code Civil in Kraft. Das Großherzogtum Berg mit Düsseldorf als Hauptstadt errichtete Napoleon 1806. Die Zeit der französischen Herrschaft im Rheinland bedeutete für die Bevölkerung nicht nur eine militärische Okkupation und die Erfahrung der napoleonischen Kriege, sondern vielmehr auch grundlegende Neuerungen im gesellschaftlichen Bereich und im Verwaltungs-, Rechts- und Kirchenwesen. Statt partikularer Strukturen erhielt das Rheinland ein einheitliches Staatsgebiet mit einer effizienten Verwaltung und einem klar geregelten Gerichtswesen. Die französische Rechtsordnung legte das Fundament für eine einheitliche staatsbürgerliche Gesellschaft. Die umfassenden Veränderungen schrieb die rheinische Bevölkerung Napoleon zu. Dabei war es zunächst der aus dem Elsass stammende Regierungskommissar François-Joseph Rudler (1757–1837), zuvor Richter am Kassationsgerichtshof in Paris, der eine Vielzahl der weitreichenden Veränderungen einleitete, wie etwa die Abschaffung der feudalen Rechte, des städtischen Bürgerrechts, der Zünfte, aller früheren Zentral- und Lokalbehörden, Freistellung der Religionsausübung für alle Konfessionen und die Juden, Einrichtung der Departements, Einführung der französischen Verwaltungssprache etc. Somit war es nicht Napoleon, der den „Anfang“ im Rheinland markierte, sondern ein im allgemeinen Bewusstsein heute überhaupt nicht mehr präsenter Verwaltungsbeamter.

Zur Umbruchepoche um 1800 im Rheinland sind in den letzten gut 15 Jahren eine Fülle von Untersuchungen vorgelegt worden. Die Franzosenzeit ist dadurch inzwischen gut erforscht und dargestellt, zuletzt 2003 etwa in der Studie von Michael Rowe „From Reich to State. The Rhineland in the Revolutionary Age 1780–1830“. Dies

* Georg Mölich und Kerstin Theis, Fachstelle für Regional- und Heimatgeschichte des Landschaftsverbandes Rheinland (LVR), Köln, www.regionalgeschichte.lvr.de.

gilt allen voran für die Verwaltungs- und Sozialgeschichte, aber auch für den Bereich der symbolischen Politik oder die Bedeutung der Säkularisation für das Rheinland.

Napoleon wurde auch nach seinem Tod 1821 in Deutschland breit rezipiert und vielfach mythisiert. Der intensiven Verehrung Napoleons und dem Kult um seine Person widmeten sich beispielsweise rheinische Veteranenvereine bis in die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts hinein. Sie hielten das Andenken an Napoleon und die gemeinsamen Feldzüge in Erinnerungsfesten und Denkmälern aufrecht. Zahlreiche dieser Denkmäler finden sich noch heute im Rheinland in Parkanlagen, wie in Mainz-Gonsenheim, oder auf Friedhöfen, zum Beispiel in Stommeln oder auf dem Kölner Friedhof Melaten, wo das Kriegerdenkmal 1853 errichtet wurde. Auch Napoleons Geburtstag am 15. August feierten die Veteranenvereine jedes Jahr gemeinsam.

Inszenierte Napoleon sich selbst gern als Retter des Vaterlandes, der die Revolution voll- und beendet habe, so verengte sich das Napoleon-Bild im Laufe des 19. Jahrhunderts auf den kriegerischen Napoleon und dessen Aggressoren- und Feldherrenrolle. Seine innere Politik blendete die Bevölkerung größtenteils aus. Sein Scheitern machte man an persönlichen Verfehlungen fest. Daneben wirkte Napoleon im Rheingebiet in vielen Spottliedern, Abzählreimen, Gedichten und Prosatexten nach. Neben Studien zur literarischen Rezeption von Napoleon und der Franzosenzeit im Rheinland und einer Untersuchung der Reiseliteratur im 19. Jahrhundert sowie der dort festgehaltenen Eindrücke der Reisenden vom Rheinland und den hier sichtbaren Auswirkungen der Franzosenzeit stellt auch eine systematische Studie zu den nordrheinischen Gebieten insgesamt ein Desiderat in der regionalen Forschung dar.

Kunsthistorische Untersuchungen zu bildlichen Darstellungen Napoleons I. in der rheinischen Malerei, etwa der Düsseldorfer Malerschule, und der Rezeption der Franzosenzeit in der Kunst stehen ebenfalls noch aus. Es gibt im Rheinland beispielsweise zahlreiche Napoleon-Büsten. Außergewöhnlich ist hier die Darstellung des „Deutschen Kaffeehaus(es)“ von Stollwerck in der Kölner Schildergasse aus dem Jahre 1851. Während der 1848er-Revolution war das Kaffeehaus ein beliebter Versammlungsort der Revolutionäre, unter anderem auch von Karl Marx. Im Hauptraum befand sich gut sichtbar und in erhöhter Position eine lebensgroße Napoleon-Büste, die von jeder Tischgruppe aus im Raum zu erkennen war.

In den 1820er- bis 1840er-Jahren haben zudem rheinische Künstler Napoleon-Porträts gemalt. In der Sammlung des Kölnischen Stadtmuseums befindet sich etwa das Gemälde „Napoleon als Feldherr“ des Kölner Malers Simon Meister (1796–1844), der in Koblenz und Paris seine Ausbildung genoss und als „Vernet des Rheinlands“ bezeichnet wurde. Das Gemälde entstand 1829 und ist – ähnlich wie eine Kopie des Bildes „Napoleon zu Pferde“ von Nikolaus Meister aus dem Jahre 1840 – möglicherweise ein Erinnerungsbild, das Veteranen in Auftrag gaben.

Beispiele für Nachwirkungen

Eine der wesentlichen Auswirkungen der französischen Besatzungszeit auf das Rheinland besteht im Rechtswesen. Das ab 1804 eingeführte französische Recht, der Code Civil (beziehungsweise ab 1807 Code Napoléon), als „Rheinisches Recht“ bekannt, blieb im linksrheinischen Gebiet Deutschlands das gesamte 19. Jahrhundert über gültig. Die rheinische Bevölkerung schätzte neben den gesetzlich garantierten bürgerlichen Freiheitsrechten vor allem die erstmals vereinheitlichte Rechtsordnung und -gleichheit. Eine Original-Guillotine aus dem Jahre 1792 war sogar von 1794 bis 1910 im Oberlandesgerichtsbezirk Köln in Benutzung. Preußen übernahm nach 1815 besonders im Zivil- und Verfahrensrecht vieles von dem, was die Franzosen im Rechtsbereich im Rheinland eingeführt hatten. Hier bilden die Öffentlichkeit des Strafverfahrens, Anklageprinzip und Schwurgericht sowie Gewaltenteilung und Staatsanwaltschaft ebenso wie das Zivilstandsrecht wesentliche Aspekte, die aus der Franzosenzeit stammen. Erst 1900 wurde das „Rheinische Recht“ im Deutschen Reich durch das Bürgerliche Gesetzbuch ersetzt, das jedoch ebenfalls französische Spuren aufweist und Impulse des 1804 fixierten Code Civil in vereinzelten Bestimmungen aufnahm. Als

regionale Eigentümlichkeit hat bis heute zudem das Rheinische Notariat Bestand.

Darüber hinaus begründete die Herrschaft der Franzosen die Frühform eines Rheinland-Bewusstseins innerhalb der Bevölkerung. In ihrer Erfahrung und Auseinandersetzung mit den fremden Besatzern und der französischen Nation im Positiven wie im Negativen gelangten die Rheinländerinnen und Rheinländer zu einem erlebbaren, regionalen Sonderbewusstsein, das sich erstmals im Verständnis und in der Abgrenzung eines Raumbegriffs „Rheinland" zeigte. Hier konnte die preußische Rheinprovinz später an den Prozess einer rheinischen Identitätsbildung anknüpfen, für die die Franzosen erste wichtige Voraussetzungen geschaffen hatten.

Der Rheinische Dialekt

Irrtümlicherweise werden viele Wörter des rheinischen Dialekts der Franzosenzeit zugeschrieben. Französische Lehnwörter sind Georg Cornelissen, Sprachforscher beim Amt für rheinische Landeskunde des LVR, zufolge, die Lieblingswörter der Mundartliebhaber und Wörterbuchbearbeiter im Rheinland. Im heutigen Rheinland hält sich beispielsweise hartnäckig die Legende, dass mit dem Französischen lautähnliche Wörter des rheinischen Dialekts vielfach während der Franzosenzeit übernommen worden seien. Im Zuge der Verwaltungsreform im Rheinland durch die Franzosen sei die rheinische Bevölkerung zwangsläufig mit der französischen Sprache in Berührung gekommen und habe Begriffe übernommen. Eine weitere beliebte Erklärung ist auch die, dass die im Heer Napoleons dienenden Männer an der Entlehnung von französischen Wörtern und der Entwicklung des Dialekts Anteil gehabt hätten. Die mit Abstand beliebteste Wortsage im Rheinland bezieht sich auf den Begriff „Fisimatenten" (auch Fiselematente, Fiselematentche oder Fisepatente, im rheinischen Dialekt gleichbedeutend mit „Ausflüchte, Schwierigkeiten, Scherereien", wird immer im Plural verwendet, häufig im Zusammenhang mit „Mach mir keine Fisimatenten!"). Sie besagt, dass der Ausdruck auf die Besatzungszeit französischer Truppen im Rheinland zurückgeht, als französische Soldaten Mädchen und Frauen mit den Worten „visitez/visite ma tente" aufforderten, sie in ihren Zelten zu besuchen. Die etymologische Herkunft der „Fisimatenten" ist indes unbekannt. Sie existierten aber definitiv vor 1794 und werden bereits in der Kölner Koelhoffschen Chronik von 1499 erwähnt.

Das Rheinische Wörterbuch verweist auf etwa 7 000 Wörter, die aus dem Romanischen entlehnt wurden. Es gibt also durchaus zahlreiche französische Lehnwörter in der rheinischen Mundart. Diese wurden allerdings größtenteils vor 1794 übernommen. Die Zeit der französischen Besatzung spielte dabei kaum eine Rolle. Sie bildet vielmehr eine Folie für die Legendenbildung um einzelne Begriffe, wie etwa bei den Fisimatenten. Ein Beispiel für einen Begriff, der tatsächlich aus der Franzosenzeit im Rheinland übernommen wurde, ist das Wort „Tibpo", das ursprünglich „Kaserne" oder auch „Quartier" bedeutete und sich von „depot" ableitet. Zu solchen französischen Lehnwörtern im rheinischen Dialekt steht die systematische Erforschung bislang allerdings noch aus. Georg Cornelissen kommt zu folgendem Ergebnis: „Die Franzosenzeit fand im Rheinland weitgehend unter Ausschluss der Franzosen statt, die sprachliche Französierung war an dem weitaus größten Teil der Bevölkerung spurlos vorübergegangen." Auch während der Franzosenzeit spielte das Französische beispielsweise am unteren Niederrhein über den „Funktionsbereich der Amtssprache hinaus im Alltagsleben kaum eine Rolle". Französisch sprachen ohnehin nur die wenigsten im Rheinland. Infolge der Vorbildfunktion und der breiten Ausstrahlungskraft des französischen Hofs und seines Geisteslebens seit der Frühen Neuzeit gelangten viele französische Wörter in die Sprache des Adels und der Bildungs- und Bürgertumsschichten. Nur ein kleiner Teil dieser Wörter fand jedoch von hieraus seinen Niederschlag in der Volkssprache und Mundart, wie etwa „Plümmo" von „plumeau", „Schossee" von „chaussée" oder auch „Trottewaar" von „trottoir".

Auch hinsichtlich wirtschaftlicher Profitabilität und im Produktmarketing hat die Franzosenzeit im Rheinland gewirkt. Als Beispiel sei die Traditionsmarke „4711 Echt Kölnisch Wasser" genannt, die seit über 200 Jahren von Köln aus er-

folgreich ihr Produkt weltweit vermarktet. In einem Werbespot von 1967 für die Fläschchen mit dem türkis-goldenen Etikett und goldenen Deckel namens „Der Reiter in der Glockengasse“ macht 4711 gezielt Werbung mit Verweisen auf die Franzosenzeit in Köln und die vermeintliche Entstehungsgeschichte des Produktnamens: 1796 ordnete General Daurier, der französische Kommandant in Köln, die Durchnummerierung aller Häuser in Köln an. Das Haus des Kölner Kaufmanns Wilhelm Muelhens in der Glockengasse erhielt die Nummer 4711, die bereits 1881 als Warenzeichen und Firmenname eingetragen wurde. Der Werbefilm zeigt, wie ein französischer Soldat in Uniform und zu Pferd „4711“ auf das Haus in der Kölner Glockengasse schreibt, dem heutigen Stammhaus von 4711.

Selbst heute, 186 Jahre nach Napoleons Tod, ist Napoleon im Rheinland und im Stadtbild vieler rheinischer Städte präsent. Im Aachener Ratssaal hängt beispielsweise ein Napoleon-Gemälde von André Gabriel Bouchet. Wenn die Aachener Stadtverordneten tagen, blickt ihnen Napoleon dabei über die Schulter. In Aachen und Düsseldorf gibt es einen Napoleonsberg. In Bad Münstereifel findet sich eine Napoleonstraße, in Krefeld ein Napoleonsweg. Zweisprachige Straßenschilder wie Rue de l’écrevisse / Krebsgasse, Ports des Coqs / Hahnen-Pforte am linken Torbogen des Hahnentors oder auch L’arsenal / Zeughaus am Kölnischen Stadtmuseum sind bis heute im Straßenbild Kölns erhalten geblieben und rufen häufig Erstaunen bei vorbeigehenden Besucherinnen und Besuchern hervor.

Literatur & weiterführende Informationen:

- Georg Cornelissen: Fassong, Filu, Pavei, Plafong: Über die Franzosenzeit und die französischen Lehnwörter in den rheinischen Mundarten. In: *Volkskultur an Rhein und Maas* 1 (1988), 7. Jahrgang, S. 31–37.
- Georg Cornelissen: Fisimatenten. Zu einer rheinischen Wortsage. In: *Volkskultur an Rhein und Maas* 1 (1996), 15. Jahrgang, S. 20–24.
- Jürgen Müller: 1798. Das Jahr des Umbruchs im Rheinland. In: *Rheinische Vierteljahrsblätter* 62 (1998), S. 205–237.
- Michael Rowe: From Reich to State. The Rhineland in the Revolutionary Age 1780–1830. Cambridge University Press, Cambridge 2003.
- Dieter Strauch: Der rheinische Beitrag zur Entstehung des BGB. In: *forum historae iuris* – Erste europäische Internetzeitschrift für Rechtsgeschichte, abrufbar unter www.forhistiur.de/zitat/0503strauch.htm, 15. März 2005.
- Volker Ullrich: Das erhabene Ungeheuer. Geliebt und gehasst – Napoleon Bonaparte hat die Deutschen immer fasziniert. In: Zeit Geschichte 2 (2006), S. 10–24.
- Webseite der Fachstelle für Regional- und Heimatgeschichte des Landschaftsverbandes Rheinland, www.regionalgeschichte.lvr.de.

Hinweis:

Im Frühjahr 2008 soll im Kölner Greven Verlag als Publikation des Landschaftsverbandes Rheinland ein Sammelband erscheinen, der sich umfassend und mit fächerübergreifendem Zugriff mit den mittel- und langfristigen Auswirkungen der „Franzosenzeit“ im Rheinland beschäftigt.

Integrationsdebatten 1807 und 2007

„Le Grand Sanhédrin“ und die Deutsche Islam Konferenz

Rafael Arnold*

» Die Debatte über die Integration der französischen Juden in den Nationalstaat und die Vereinbarkeit von Religion und säkularem Rechtsstaat unter Napoleon weist erstaunliche Parallelen zur Diskussion um die Integration der Muslime in Deutschland auf. 1806/07 ging es um den „Staat im Staate“, heute um die „Parallelgesellschaft“. In beiden Fällen zeigt sich eine problematische Vermischung heterogener Aspekte.

Geschichte wiederholt sich nicht. Und doch gibt es historische Konstellationen, deren Ähnlichkeit auf den ersten Blick verblüfft. Und wenngleich bei genauerem Hinsehen auch immer deutlicher Unterschiede hervortreten mögen, so bleibt doch die Überzeugung, dass der Vergleich nicht nur einen neuen Blick auf die verglichenen Ereignisse bietet, sondern auch Handlungsmöglichkeiten eröffnet, die der Kenntnis vergangener Vorgänge entspringen. Der folgende Beitrag setzt sich zum Ziel, an die französische Debatte um die Integration der französischen Juden in den Nationalstaat, die unter Napoleon geführt wurde, zu erinnern und zugleich auf mögliche Parallelen mit der Deutschen Islam Konferenz (DIK) aufmerksam zu machen, in der ebenfalls Fragen der Vereinbarkeit von Religion und Weltanschauung einer Minderheit mit der Staatsverfassung debattiert werden.

Am Vorabend der Französischen Revolution lebten in Frankreich etwa 40 000 Juden unterschiedlicher Herkunft. Im Südwesten lebten die so genannten ‘Juifs portugais’, Nachkommen der von der Iberischen Halbinsel geflohenen sephardischen Juden, in der Provence gab es Juden aus den ehemals päpstlichen Besitzungen in Avignon und dem Comtat Venaissin (‘les Avignonais’), und schließlich lebten im Elsass und in Lothringen aschkenazische Juden (‘les Allemands’). Nur relativ wenige, nicht mehr als 500, lebten zu dieser Zeit in Paris.

Die bürgerliche Gleichstellung der Juden war formell am 27. September 1791 erfolgt; allerdings regelten in den Folgejahren immer noch Sondergesetze ihr Verhältnis zum französischen Staat. Im Januar 1806 legte der jüdische Industrielle Berr-Isaac Berr (1744–1828) aus Nancy Napoleon einen Plan vor, der den jüdischen Gemeinden den gleichen Schutz garantieren sollte, wie er der katholischen und protestantischen Kirche 1801 gewährt worden war. Napoleon, der zahlreiche Errungenschaften aus den revolutionären Jahren im Code Civil verankerte, hatte nämlich in jenen Konkordanzbestimmungen die Juden ausgeschlossen, angeblich aus Respekt vor diesem Volk, das nur „Gott zu seinem Gesetzgeber“ habe. Mit Wegfall der Gemeindeautonomie war aber die Finanzierung der Gemeindeaufgaben (zum Beispiel die Besoldung der Rabbiner) ein massives Problem für die Juden geworden. Im April des Jahres 1806 stellte der Kaiser die Anerkennung der jüdischen Gemeinden im Empire, das damals nicht nur Frankreich umfasste, in Aussicht, obwohl er die jüdische Gemeinschaft für einen „Staat im Staat“ hielt, ähnlich dem heutigen Schreckbild der Parallelgesellschaft, und „une régénération totale des Juifs“ wünschte, mit dem Ziel der Assimilation der Juden – vor allem aber, um eine hierarchische Organisationsstruktur zu schaffen.

Zu diesem Zweck berief er eine „Assemblée des Notables“ jüdischer Repräsentanten nach Paris ein, die in erster Linie die Frage klären sollte, ob

* Dr. Rafael Arnold ist Juniorprofessor am Institut für Romanistik der Universität Paderborn.

die jüdischen Untertanen die Staatsbürgerschaft erlangen könnten, und ob ihre Religion, die eine Trennung von Staat und Religion eigentlich nicht vorsieht, mit der Erfüllung der staatsbürgerlichen Pflichten vereinbar wäre. Da es bis zu diesem Zeitpunkt keine offiziellen Vertreter der jüdischen Gemeinden gab, sollten die Präfekten „aufrichtige, aufgeklärte, der französischen Sprache mächtige Juden“ vorschlagen. Am 26. Juli desselben Jahres kamen 111 Abgesandte zusammen. Aus der großen Heterogenität der französischen Juden hinsichtlich ihrer wirtschaftlichen Aktivitäten, ihrer kulturellen Assimilation oder Integration in die Mehrheitsgesellschaft, aber auch in Hinsicht auf ihre Sprache (so sprachen die aschkenazischen Juden nur Jiddisch oder Hebräisch), resultierten viele Schwierigkeiten für die Verhandlungen. Zum Vorsitzenden wurde Abraham Furtado (1756–1817) aus Bordeaux gewählt, der zu den stark assimilierten ‘Juifs portugais’ zählte. Diese Gruppe war nicht nur von den Präfekten, sondern auch von Napoleon selbst bevorzugt worden, obwohl bekannt war, dass sie nur eine Minderheit darstellte.

Ein Fragenkatalog ...

Anhand eines Kataloges von zwölf Fragen sollte die Loyalität zum Staat geprüft und Fragen zum Eherecht (Zivilehe, Polygamie und interkonfessionelle Ehe), zur Jurisdiktion der Rabbiner und zum Verhältnis der Juden zu Nicht-Juden geklärt werden. Unglücklicherweise bezogen sich die 11. und 12. Frage auf Geldverleih und Wucherzins: Damit wurde ein Thema mit enormem Konfliktpotenzial in die Diskussion hineingezogen, das mit den übrigen Fragen, die staats- und gesellschaftsrechtlicher Art waren, nichts zu tun hat. Zugleich zeigt sich hier aber ein wichtiges Motiv für die Einberufung der Versammlung. (Besonders aus dem Elsass waren in den vorangegangenen Jahren oft Klagen laut geworden, die Juden würden durch ihre Geschäftsmethoden dem Land großen Schaden zufügen, obwohl nur etwa 600 Juden im Geldverleih tätig waren und nicht alle Wucherzinsen nahmen. Hier ist anzumerken, dass es zu diesem Zeitpunkt keine verbindliche Definition für Wucher gab.)

Die Notabeln konnten in fast allen Punkten die notwendigen (das heißt erwarteten) Antworten geben, außer in der Frage bezüglich der Ehen zwischen Juden und Christen, gegen die sie weiterhin Vorbehalte hatten. Dem kaiserlichen Wunsch nach einer Mindestquote solcher Ehen wollten sie nicht entsprechen. Zwar war es mit der Beantwortung dieses Katalogs durch jüdische Abgesandte gelungen, eine Selbstverpflichtung der Juden zu Reformen zu erlangen, dieses Gremium hatte aber nicht die nötige Legitimierung und konnte keinen Anspruch auf Autorität in religiösen Fragen erheben, da es ein deutliches Übergewicht der aufgeklärten gegenüber den rabbinischen Vertretern zeigte.

Auf Geheiß Napoleons trat darum am 9. Februar 1807 ein „Grand Sanhédrin“ nach antikem Vorbild zusammen, dessen 71 Teilnehmer die verschiedenen religiösen Strömungen angemessen repräsentieren sollten. Die gewählte Bezeichnung hatte allerdings keinen guten Klang in den Ohren christlicher Franzosen, war doch Jesus Christus, den Evangelisten zufolge, von eben diesem „Hohen Rat“ verurteilt worden. – Die Lehrbeschlüsse („Décisions doctrinales“) des „Großen Sanhedrin“, basieren im Wesentlichen auf den Antworten, die die Notabeln gegeben hatten.[1] Diesmal wurden sie mit religiösen Argumenten unterfüttert, zu denen auch die talmudische Losung: „Das Recht der Obrigkeit ist Recht [für die Juden]“ (Dina de-malchuta dina) gehört. Damit war die Forderung, dass religionsgesetzliche Pflichten staatsbürgerlichen unterzuordnen seien, erfüllt.

Der Vorsitzende, Joseph David Sintzheim (1745– 1812), pries den Kaiser, der „die Eintracht inmitten des Menschengeschlechts wieder hergestellt“ habe und „uns das Ende unserer Leiden, unseres Elends finden“ ließ. Im Vorwort der „Décisions“ wird Gott gedankt, dass er Napoleon zum Werkzeug der Heilsgeschichte gemacht habe („il a choisi Napoléon-Le-Grand pour être l’instrument de sa miséricorde.“) Die Napoleonverehrung gipfelte in einer Medaille, die aus Anlass des „Gesetzgebungsaktes“ geprägt wurde[2]: Auf der vorderen Seite zeigt sie Napoleon im Profil in der Uniform der Garde Nationale. Auf der Rückseite ist ein bärtiger Mann dargestellt, der an Michelangelos berühmte Moses-Statue erinnert, der hier aber vor dem französischen Kaiser kniet und – in

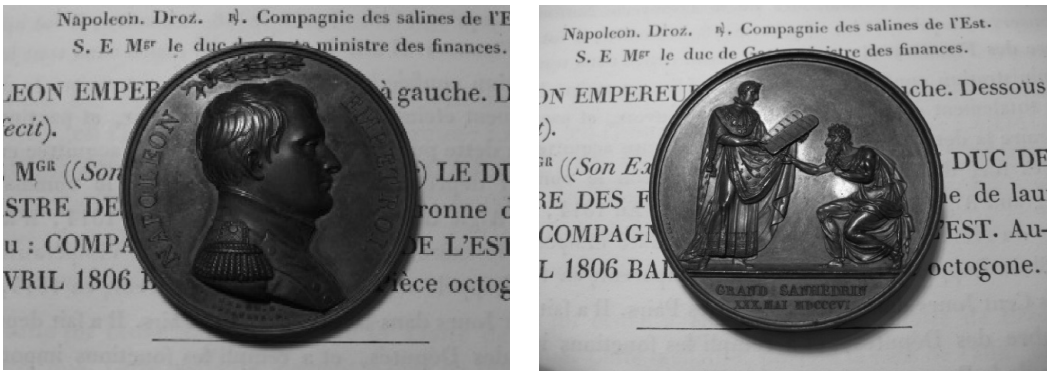

Abb. 1: Napoleon-Medaille anlässlich der Lehrbeschlüsse des Grand Sanhédrin, 1806 / 1815.

Anspielung auf die Gesetzgebung am Sinai (Ex 24,12; 31,18) – aus seinen Händen die beiden Gesetzestafeln empfängt. Heinrich Graetz, dem großen jüdischen Historiker des 19. Jahrhunderts, ging die Lobhudelei insgesamt zu weit, und er verurteilte die „anwidernde Vergötterung Napoleons".

Der „Große Sanhedrin" behielt indes noch lange Zeit Vorbildfunktion, wenn es darum ging, jüdische Gemeinden unter einer Dachorganisation zusammenzufassen. Die zentralisierte Organisation („Konsistorialordnung") bedeutete zwar eine obrigkeitliche Umklammerung, zugleich führte sie aber zu einer Stärkung der jüdischen Gemeinschaft. Die Frage nach der Vereinbarkeit des jüdischen Religionsgesetzes (Halacha) mit einer modernen Staatsverfassung war damit jedoch keineswegs abgeschlossen, sondern stellt in Israel nach wie vor ein heikles Thema dar. Die seit der Staatsgründung an verschiedene Institutionen delegierte und immer noch offene Frage nach dem Verhältnis von Halacha und säkularem Rechtsstaat ist eine der schwierigsten und von entscheidender Bedeutung für den noch jungen Staat.

Ziele der Islamkonferenz

Ein Vergleich der damaligen Debatte in Frankreich, wo in jüngster Zeit viel um die Integration der Muslime diskutiert wird, mit der aktuellen in Deutschland um die Integration muslimischer Mitbürger drängt sich auf. In Deutschland leben etwa 3,2 bis 3,5 Millionen Menschen muslimischen Glaubens oder muslimischer Prägung, ganz unterschiedlicher Herkunft. Zum Zwecke eines Dialogs lud Innenminister Wolfgang Schäuble im September 2006 zu einer „Deutschen Islam Konferenz" (DIK) ein. Das Ziel eines politisch-kulturellen Konsenses setzt voraus, dass die islamische Minderheit sich institutionell verfasst, zentralisiert und vereinheitlicht. Der Schwierigkeiten eines solchen Dialoges waren sich die Konferenzteilnehmer von Anfang an bewusst: „Es wird ein steiniger Weg sein, für die Muslime und für den Staat", sagte Bundesminister Schäuble gleich zu Beginn. Im Vorfeld der Konferenz stellte sich wieder die Frage, wer denn überhaupt die Gesprächsteilnehmer und Verhandlungspartner seien: Wer soll die in Deutschland lebenden Muslime repräsentieren? Die „Deutsche Islam Konferenz" besteht aus 30 ständigen Teilnehmern, davon 15 Vertreter des deutschen Staates und 15 Vertreter der Muslime. Von muslimischer Seite sind die Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion (DITIB), der Zentralrat der Muslime in Deutschland (ZMD), der Islamrat, der Verband der islamischen Kulturzentren (VIKZ) sowie die Alevitische Gemeinde Deutschlands eingeladen worden. Allerdings ist nur eine Minderheit der Muslime, die auf 10–15 Prozent geschätzt wird, in islamischen Organisationen eingebunden, weshalb auch Vertreter eines „modernen, säkularen Islam", wie es von Seiten des Ministeriums heißt, aus unterschiedlichen Bereichen der Wirtschaft, Kultur und Gesellschaft ausgewählt wurden, daran teilzunehmen.

Der zeitliche Rahmen für diese Konferenz wurde sehr weit gefasst (2–3 Jahre). Da anhand eines Fragenkatalogs sehr unterschiedliche Themen dis-

kutiert werden sollen, hat man drei so genannte Arbeitsgruppen gebildet. Die erste Gruppe befasst sich mit der deutschen Gesellschaftsordnung und dem Wertekonsens, die zweite erörtert Religionsfragen im deutschen Verfassungsverständnis, in der dritten Gruppe steht die vermittelnde Funktion von Wirtschaft und Medien für den Dialog zur Diskussion.

Außerdem hat man einen weiteren Gesprächskreis beigeordnet, der unter dem Titel „Sicherheit und Islamismus" zusammentritt und Fragen der inneren Sicherheit sowie die Prävention islamistischer Gewalttaten behandelt. Ausdrückliches Ziel der DIK ist die „Verhinderung von gewalttätigem Islamismus und Extremismus". Darin zeigt sich eine problematische Vermischung heterogener Themen. Wie in Napoleonischer Zeit, als man die staatsrechtlich dringende Frage der Vereinbarkeit von Religion und säkularem Rechtsstaat mit einem fremden Problem, nämlich dem Zinswucher, vermischte, nimmt man in der aktuellen Diskussion in Deutschland das Thema „Islamismus und Bedrohung der inneren Sicherheit" mit auf. Nach Angaben des deutschen Verfassungsschutzes sind gerade mal ein bis zwei Prozent der hier lebenden Muslime in Organisationen aktiv, die „verfassungsfeindliche oder gegen Frieden und Völkerverständigung gerichtete Absichten verfolgen". Auch in diesem Fall handelt es sich um Aberrationen einzelner Individuen oder kleiner Gruppen. Inhaltlich und logisch gehören sie nicht in diesen interkonfessionellen und -kulturellen Dialog, weil terroristische Gewalt sich – sowenig wie Wucherzins – aus religiösen Grundsätzen herleiten lässt. Ähnliches können wir in Frankreich beobachten, wo die Debatte um die Integration der Muslime unter dem Eindruck islamistischen Terrors genauso misslich gemischt stattfindet.

Darin besteht eine weitere Parallele zur Kontroverse, die zu Beginn des 19. Jahrhunderts geführt wurde. Die Beschäftigung mit den überlieferten Dokumenten bietet eine differenzierte Sichtweise auf den heute diskutierten Komplex, und mit Staunen stellt man fest, wie vielfältig die Einstellungen und Einschätzungen der damals Beteiligten waren.

Literatur:

- Robert Anchel: Napoléon et les Juifs. Essais sur les rapports de l'Etat français et du culte israélite de 1806 à 1815. Paris 1928 (Presses Universitaires de France). [Zusammengefasst mit leichten Änderungen in ders.: Les Juifs de France. Paris 1947, S. 235–278].
- Pierre Birnbaum: L'Aigle et la Synagogue: Napoléon, les Juifs et l'Etat. Paris 2007.
- Bernhard Blumenkranz / Albert Soboul (Hg.): Le Grand Sanhédrin de Napoléon. Toulouse 1979.
- Lilly Marcou: Napoléon face aux juifs. Paris 2006.
- Simon Schwarzfuchs: Napoléon, the Jews and the Sanhedrin. London 1979.

Außerdem:

- Informationen des BMI zur Deutschen Islam Konferenz: www.bmi.bund.de/cln_012/nn_121518/Internet/Navigation/DE/Themen/Deutsche__Islam__Konferenz/deutscheIslamKonferenz__node.html__nnn=true.

1 Vgl. René Gutman (Hg.): Le document fondateur du judaisme français: Les Décisions doctrinales du Grand Sanhédrin 1806–1807. Presses Universitaires de Strasbourg, Straßburg 2000.

2 Die Medaille trägt das Datum 30.5.1806. Zu diesem Zeitpunkt war der „Grand Sanhédrin" aber noch gar nicht einberufen worden. Die Medaille wurde zudem auch erst 1815 geprägt und zwar in England (vgl. P. Delaroche / H. Dupont / Ch. Lenormant: Trésor de Numismatique et de Glyptique. Bd. 18, Médailles de l'Empire Français et de l'Empereur Napoléon 1er. Paris 1840, No 15). Für diesen Hinweis und die Abbildungen aus Privatbesitz danke ich Dres. Lisa und Joachim Zeitz.

Napoleon in der Karikatur

Nachlese zu zwei Berliner Ausstellungen

Walter Fekl*

» Die deutsche Hauptstadt würdigte die 200. Wiederkehr des Jahres, in dem Napoleon das Ende des Deutschen Reiches herbeiführte und in Berlin einmarschierte, mit zwei sehr unterschiedlichen Ausstellungen und dichtem Rahmenprogramm.

Vor zweimal 100 Jahren zog Napoleon in Berlin ein, was auch gleich mit zwei Ausstellungen zum gleichen Gegenstand (Napoleon), im gleichen Medium (Karikatur), zu gleicher Zeit in der gleichen Stadt, ja im gleichen Stadtviertel, begangen wurde.[1] Wiederholungen bei den Exponaten sind da selbstverständlich unvermeidlich, und so stimmte es freudig und melancholisch zugleich, dass man all die in beiden Ausstellungen vorzüglich präsentierten Blätter viel zu selten zu sehen bekommt, nun aber gleich im Doppelpack.

Die erste Ausstellung „Napoleon! Kunst und Karikatur um 1800“ im Liebermann-Haus präsentierte im Wesentlichen Exponate aus der im Wilhelm-Busch-Museum in Hannover deponierten Schefflerschen Sammlung von circa 700 Napoleon-Karikaturen. Man zeigte eine Auswahl von circa 160 Exemplaren großenteils englischer Herkunft, bei denen die Trias Gillray, Rowlandson und Cruikshank selbstverständlich die Höhepunkte bilden, aber auch so manch anderer Zeichner zu entdecken war. Mochte der Untertitel zunächst den Eindruck erwecken, es gehe mindestens gleichrangig auch um die Darstellung der Kunst um 1800, so kam dieser eher eine dienende Funktion zu. Eine wohlüberlegte und durchaus ausreichende Auswahl von Bildern, Statuen und Objekten gestattete es, die offizielle Darstellung des Titelhelden mit der karikaturalen zu konfrontieren, Glorifizierung bis Sakralisierung mit Satire zu kontrastieren.

Ausstellung wie Katalog bewegten sich chronologisch der Zeitleiste entlang und präsentierten so Geschichte in polit-ästhetischer Überhöhung einerseits und bildsatirischer Kritik andererseits, eine ausgesprochen erkenntnisfördernde Darbietungsweise, die ein breites Publikum wie auch den speziell Interessierten ansprechen konnte und sollte. Die Anerkennung der gekonnten Ausstellungsgestaltung muss jedoch leider in einem Punkt eingeschränkt werden, auch wenn das beckmesserisch klingen mag: In den französischen Texten sollten etliche Formulierungen, zum Teil echte Fehler, beseitigt werden, bevor man die Ausstellung an – möglichst vielen – anderen Orten zeigt.

Wer die zweite Ausstellung „Napoleons neue Kleider“ im Kupferstichkabinett betrat, stand zunächst einem lebensgroßen Napoleon gegenüber, der den Betrachter aus der Mitte des Raums prüfend anblickte. Der Kontakt zwischen Objekt und betrachtendem Subjekt war sofort hergestellt, genauer gesagt: Es gab zwei betrachtende Subjekte und Objekte, denn dieser fast wie aus dem Jenseits kommende Blick eines bereits desillusionierten Napoleon ließ einen während des ganzen Ausstellungsbesuchs nicht wieder los. Der Besucher wurde zum beobachteten Betrachter – mehr als ein gelungener Coup.

Und noch so manches andere war vorzüglich gelungen in dieser Inszenierung im Kupferstichkabinett, die erfreulicherweise einen deutlich anderen Ansatz verfolgte als das Liebermann-Haus,

---

* Walter Fekl ist Lektor für Deutsch als Fremdsprache an der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt / Oder.

sodass sich die beiden Ausstellungen vortrefflich ergänzten. „Napoleons neue Kleider“ ging insbesondere dem Kulturtransfer am Beispiel ausländischer – sprich also im Wesentlichen englischer – Napoleon-Karikaturen nach, die in der Weimarer Zeitschrift *London und Paris* in mehr oder weniger getreuen Nachstichen veröffentlicht worden waren. Die Blätter aus dem Nachlass von Karl August Böttiger – als Redakteur neben dem Verleger F. J. Bertuch der wichtigste Mann der Zeitschrift – befinden sich seit langem im Besitz der Kunstbibliothek, wurden nun aber systematisch aufgearbeitet und denen aus anderen Häusern – insbesondere dem Pariser Musée Carnavalet – bezogenen Vorbildern gegenübergestellt. Das mag mehr subtile Feinschmeckerkost für besondere Freunde der Druckgrafik sein, während die Ausstellung am Pariser Platz ein breiteres Publikum auf intelligente Weise ansprach und damit nicht minder verdienstvoll war. So bleibt bei allem Bedauern, dass die vorübergehend teilweise doppelt zu sehenden Blätter dann wieder im Archiv verschwinden, das tröstliche Bewusstsein, dass man hier – anhand der Kataloge sogar dauerhaft und nicht ortsgebunden – zwei vorzügliche und sich ergänzende Möglichkeiten hatte, die Napoleon-Rezeption nachzuverfolgen.

Kataloge und Begleitprogramme

Beide Kataloge nehmen jeweils gekonnt knapp die nötige historische Einordnung der einzelnen Exponate vor und spiegeln ansonsten ihre jeweiligen Schwerpunkte. Während der Katalog zur Sammlung Scheffler aus der Feder der Kuratorin und stellvertretenden Leiterin des Wilhelm-Busch-Museums, Gisela Vetter-Liebenow, unter dem Titel „Napoleon – Genie und Despot“ als Geschichtsbuch verwendbar ist, enthält der von Rolf Reichardt, Wolfgang Cilleßen und Christian Deuling herausgegebene Band zur Ausstellung im Kupferstichkabinett hoch spezialisierte Aufsätze, die detailliert Fragen des Kulturtransfers in Europa um 1800 und speziell der Rolle der Zeitschrift *London und Paris* auf diesem Gebiet nachspüren.

Die Ausstellung im Liebermann-Haus wanderte weiter ins Wilhelm-Busch-Museum Hannover, wo sie im Wesentlichen ja auch vorbereitet wurde, und ist derzeit noch im Schloss Oberhausen zu sehen. Für „Napoleons neue Kleider“ gibt es erstaunlicherweise dem Vernehmen nach bislang nur eine britische Anfrage. Beiden Ausstellungen ist zu wünschen, dass sie an weiteren Orten die Gelegenheit bekommen, ihre jeweiligen Spielarten der Wissenschaft vorzuführen.

Nachzutragen bleibt, dass beide Ausstellungen von wiederum unterschiedlichen, aber qualitätvollen Zusatzveranstaltungen begleitet wurden. Im Falle der Kunstbibliothek war das ein von den Ausstellungsmachern geleitetes wissenschaftliches Kolloquium, während das Liebermann-Haus mit einer Lesung von Texten zum Aufenthalt Napoleons in Berlin sowie Vorträgen, die bei aller profunden wissenschaftlichen Fundierung, für die Namen wie Etienne François („Napoleon – eine europäische Ikone“) und Bénédicte Savoy („Der napoleonische Kunstraub“) stehen, auch dem interessierten Laien viel zu bieten hatte.

Auf Breitenwirksamkeit zielte im Vergleich das Historienspektakel, bei dem ein amerikanischer (!) Napoleon umgeben von viel Fußvolk in historischer französischer Uniform durchs Brandenburger Tor ritt, was abweichend von der Historie nicht auf Anhieb gelang. Diese Veranstaltung zog laut Presseberichten immerhin 2 000 Besucher ans Brandenburger Tor und die für diese Inszenierung verantwortliche Agentur bietet daneben auch fachkundig geleitete Wanderungen zum Thema „Napoleon in Berlin“ an.

---

1 Gisela Vetter-Liebenow: Napoléon – Genie und Despot. Ideal und Kritik in der Kunst um 1800. Hannover 2006 (Berliner Ausstellungstitel: Napoleon! Kunst und Karikatur um 1800, Max Liebermann Haus Berlin). Wolfgang Cilleßen / Rolf Reichardt / Christian Deuling: Napoleons neue Kleider. Pariser und Londoner Karikaturen im klassischen Weimar. G+H-Verlag, Berlin 2006.

Sklaverei und Menschenrechte

im Land der Marianne und seinen Kolonien

Manfred Overmann*

» Die wissenschaftlich „fundierte“ Ungleichheit der Rassen und der zivilisatorische Auftrag legitimierte die koloniale Expansion und demonstrierte den Fortschritt Frankreichs. Trotz eines veränderten Diskurses hapert es bis heute an einer angemessenen Erinnerungsarbeit und Vergangenheitsbewältigung zum republikanischen Paradox.

„Il n'y a pas si longtemps, la terre comptait deux milliards d'habitants, soit cinq cents millions d'hommes et un milliard cinq cents millions d'indigènes.“

Jean-Paul Sartre

Welches Scheinargument sollte, obwohl es sich auf die Menschenrechte berief, Jules Ferry und andere Republikaner der III. Republik zu einer Beschneidung ebendieser Menschenrechte verleiten? Welche paradoxe Argumentation konnte, indem sie sich auf die universellen und humanistischen Ideen des Aufklärungszeitalters berief, ebendiese Vorstellungen verunglimpfen und vereinnahmen, um die Verbrechen und den Machtmissbrauch der zur „Zivilisierung“ der barbarischen Völker geführten Eroberungskriege zu legitimieren? Hier geht es um eine Argumentation, die einem Teil der Menschheit, so den „Schwarzen aus Äquatorial- und Westafrika“, den Anspruch auf ihr Menschsein abspricht. Das republikanische Paradox ist demnach mit einem europäischen und westlichen Diskurs von größerer Reichweite verknüpft, der mit den humanistischen Prinzipien desselben Europas kollidiert. Gegen Ende des Algerienkrieges schrieb Frantz Fanon 1961 in seinem mit einem Vorwort von Jean-Paul Sartre versehenen Buch „Les damnés de la terre “: „Chaque fois qu'il est question de valeurs occidentales, il se produit, chez le colonisé, une sorte de raidissement, de tétanie musculaire. “[1]

Der Schwarzenhandel

Die erste Kolonisierungsphase vom 16. bis zum 18. Jahrhundert endet mit der Auslöschung der Ureinwohner Amerikas und der Versklavung der Afrikaner. Allein die Ausrottung der amerindischen Zivilisationen durch den weißen Mann ist nach den von Catherine Coquery-Vidrovitsch in ihrer Studie „Afrique noire, permanences et ruptures “[2] angeführten Zahlen für eine Verringerung der autoktonen Bevölkerung um 75 Prozent in den Jahren von 1500 bis 1650 und für den 11,2 Millionen Opfer fordernden Sklavenhandel zwischen 1600 und 1900 verantwortlich.

Die von der Monarchie und der katholischen Kirche unterstützte Sklaverei wird unter der Herrschaft Ludwigs XIV. kodifiziert und im März 1685, im Jahr des Widerrufs des Ediktes von Nantes, in Versailles gesetzlich verankert: „Artikel 2: Tous les esclaves qui seront dans nos îles seront baptisés et instruits dans la religion catholique, apostolique et romaine. [...] Artikel 32: L'esclave fugitif qui aura été en fuite pendant un mois à compter du jour que son maître l'aura dénoncé en justice, aura les oreilles coupées et sera marqué d'une fleur de lys sur une épaule, et s'il récidive un autre mois à compter pareillement du jour de la dénonciation, il aura le jarret coupé et sera marqué d'une fleur de lys sur l'autre épaule, et la troisième fois il sera puni de mort. “[3]

---

* Manfred Overmann ist Studienrat an der Pädagogischen Hochschule in Ludwigsburg. Übersetzung: Nicola Denis.

Im 18. Jahrhundert bringt der Dreieckshandel zwischen Afrika, Amerika und Frankreich mehr als 3 300 Schiffe in Umlauf und legt den Grundstein zu einem florierenden wirtschaftlichen Menschenhandel. Man ist jährlich auf die Ankunft von mehr als 30 000 Gefangenen angewiesen, um die hohe Sterblichkeit der „nègres de culture“ sowie der „nègres d'atelier“ in den Zuckerwerken zu kompensieren. Diese Mühle, in der die Neger förmlich verschlissen werden („moulin à broyer les nègres“), findet ihre theoretische Begründung in den Schriften der Kirchenväter. Bossuet etwa vertritt im Namen des Evangeliums die Behauptung, die Sklaven seien von Natur aus unterlegen und müssten demnach zivilisiert und evangelisiert werden, während Pater Du Tertre die Dienstbarkeit zum Glücksprinzip der Sklaven erklärt. So billigt die Kirche die Sklaverei und stärkt genau wie die absolutistische Monarchie das System des Sklavenhandels.

Das erste Kolonialreich endet nicht nur wegen der Verdrängung Frankreichs aus Nordamerika, die aus dem Pariser Frieden des Jahres 1763 folgte: Gleichzeitig bekämpft die Mehrheit der aufklärerischen Humanisten und Philosophen, angefangen bei Fénelon („Télémaque“, 1699), Marivaux („L'Ile aux esclaves“, 1725), Montesquieu („L'Esprit des Lois“, 1748), Rousseau („Contrat social“, 1762) und den meisten Enzyklopädisten, das Prinzip von Sklaverei und Eroberungspolitik. Dabei müssen sich die Philosophen ständig mit der despotischen Macht arrangieren, da die Sklaverei der offiziellen, durch den „Code noir“ geregelten politischen Linie entspricht. Während Voltaire, Gegner von Absolutismus und Intoleranz, eine gespaltene Haltung in Bezug auf Sklavenhandel und Kolonisierung vertreten zu haben scheint – er verurteilte diese in seinem „Essai sur le mœurs“ (1756) und in „Candide“ (1759), legte aber gleichzeitig sein Geld im Sklavenhandel an –, geht Diderot so weit, die Europäer als „barbares“ zu bezeichnen und den Aufstieg eines „spartacus noir“ vorherzusagen, der sich an die Spitze der Revolte stellen werde. „Mais, dites vous, ce sont des rebelles. Des rebelles? Et pourquoi? Parce qu'ils ne veulent pas être vos esclaves?“[4]

„Kirche und absolutistische Monarchie stärken das System des Sklavenhandels.“

Rousseau prangert in seinem „Contrat social“ die Sklaverei unmissverständlich an, indem er auf dem Widerspruch zwischen den Begriffen 'Rechte' und 'Sklaverei' besteht; in seinem „Discours sur les sciences et les arts“ (1750) wendet er sich gegen das Eroberungsprinzip, das auf dem Vorurteil der Überlegenheit der europäischen Völker beruht: „Si j'étais chef de quelqu'un des peuples de la Nigritie, je déclare que je ferais élever sur la frontière du pays une potence où je ferais pendre le premier Européen qui oserait y pénétrer.“[5]

Erst im Gefolge der Französischen Revolution und des abolitionistischen Gedankens, der von der 1788 durch Brissot gegründeten und von namhaften Persönlichkeiten (Mirabeau, La Fayette, Condorcet, Lavoisier, La Rochefoucauld und den Abt Grégoire) getragenen „Société des amis des Noirs“ unterstützt wurde, konnte die Abschaffung der Sklaverei am 4. Februar 1794 offiziell werden. Napoleon führt im Jahr 1802 die Sklaverei wieder ein und etabliert auf einer rassischen Grundlage zwei Kategorien von Bürgern. Als sein Code civil am 7. November 1805 in den Kolonien erlassen wird, bestätigt der dritte Artikel „que de tout temps, on a connu dans les colonies la distinction des couleurs, qu'elle est indispensable dans les pays d'esclaves, et qu'il est nécessaire d'y maintenir la ligne de démarcation qui a toujours existé entre la classe blanche et celle de leurs affranchis ou de leurs descendants“.[6] Auf diese Weise untermauert Napoleon die ersten rassistischen Theorien, die in Paris ganz zu Beginn des Jahrhunderts auftauchen.

Nach der Verabschiedung der Abolition Bill durch das britische Parlament 1833 und durch das Wirken Victor Schoelchers, der das Vorurteil von der Minderwertigkeit der farbigen Afrikaner zurückweist und die Gleichheit der intellektuellen Fähigkeiten behauptet, wird die Frage einer Abschaffung der Sklaverei erneut aktuell.[7] „Trouvez un nègre pour gouverner la Guadeloupe, un autre pour occuper une chaire de Collège de France, et vous aurez porté un rude coup au préjugé.“[8] Das Ende der Sklaverei wird am 27. April 1848 ausgerufen und durch die Verfassung bestätigt: „L'escla-

vage ne peut exister sur aucune terre française “ (Kapitel II, Artikel 6). Trotz ihrer offiziellen Abschaffung hält sich die Sklaverei in den französischen Kolonien Afrikas unter dem Zweiten Kaiserreich sowie während der III. Republik bis ins Jahr 1930.

Als erste Schlussfolgerung können wir die Sichtweise der Sklavereianhänger zusammenfassen: Ohne Versklavung der Neger gibt es keine Kolonien; ohne die Kolonien gibt es kein mächtiges und reiches französisches Volk.

Die Rassenpolitik der III. Republik

Unter dem Zweiten Kaiserreich sollte die Kolonisierung mit der Angliederung von Mayotte, Tahiti, den Marquise-Inseln, Neukaledonien, Cochinchina und Kambodscha einen neuen Auftrieb erfahren, doch die Hochphase der imperialistischen Eroberungspolitik beginnt unter der III. Republik mit der von Bismarck initiierten Konferenz der europäischen Mächte in Berlin (November 1884–Februar 1885). Auf der Tagesordnung der „Berliner Konferenz“ stehen Verhandlungen zur Teilung Afrikas. Die afrikanischen Herrscher sind jedoch von der Konferenz ausgeschlossen, da sie als „res nullius“, das heißt nicht als gleichberechtigte, über ihr Schicksal verhandelnde Akteure angesehen werden, sondern als minderwertige Objekte: eine Sache, eine einfache Ware, über die sich willkürlich verfügen lässt.

Nach der Lehre von der „terra nullius “, dem unbewohnten Land, die der einflussreiche französische Jurist Frédéric de Martens geschickt in seinen „Traité de droit international “ (1886)[9] eingekleidet hat, kann ein Staat durch die simple Besitzergreifung die Souveränität von Gebieten erlangen, sofern diese niemandem gehören oder von ‘wilden’ Stämmen bewohnt sind, die kein Rechts- beziehungsweise Besitzsystem kennen. Die Beschlagnahmung eines Gebiets, das von Ureinwohnern (gleichbedeutend mit „res nullius “) bewohnt ist und mithin ein herrenloses Objekt darstellt, gab demnach keinerlei Anlass zu einem juristischen Konflikt.

Während der III. Republik findet das Studium der menschlichen Rassen seinen Platz innerhalb einer neuen, in den Jahren 1860–1870 institutionalisierten Wissenschaft: Die Anthropologie wird als „zoologisch“ eingestuft, da sie darauf ausgerichtet ist, mit wissenschaftlichen Methoden die Beziehungen zwischen dem Menschengeschlecht und der Tierwelt zu erforschen.

In ihrem Buch „La République raciale (1890–1930)“, dessen Erstauflage im Februar 2006 erschienen ist, zeigt Carole Reynaud-Paligot die wissenschaftliche Ausarbeitung des Rassenparadigmas anhand der immer zahlreicher werdenden Schriften der „Société d’anthropologie de Paris“.[10] Zu den damals berühmtesten Wissenschaftlern zählt Paul Broca, der bei Linguisten und Didaktikern dafür bekannt ist, dass er bei seinen Untersuchungen zur Aphasie im Jahr 1861 den für die spezifische menschliche Sprachfähigkeit maßgeblichen Bereich des Gehirns entdeckte. Die Schädellehre (Kraniologie), zu deren Spezialisten Broca zählte, versuchte, den Kubikinhalt des Schädels mathematisch zu analysieren und zu berechnen, um wissenschaftlich unanfechtbare Ergebnisse im Hinblick auf den intellektuellen Wert der menschlichen Rassen zu erlangen. In der Tat „erlaubten die Messungen des Gehirnvolumens, die gewünschte Rangfolge zu erhalten: Affen / minderwertige Rassen / weiße Rassen. Da aber das Gehirnvolumen als ein für die Intelligenz ausschlaggebendes Hauptelement galt, gelang es der Wissenschaft anhand dieser kraniometrischen Untersuchungen, die Idee einer Korrelation zwischen primitiven morphologischen Charakteren in unmittelbarer Nachbarschaft zu den Affen und mittelmäßigen intellektuellen Fähigkeiten zu bekräftigen, die denen der weißen Rassen unterlegen seien. Letztere galten in anatomischer Hinsicht als weiter vom Affen entfernt und mithin als intelligenter.“[11] Die von nun an in Form einer Rassendiagnose wissenschaftlich erwiesene Ungleichheit rechtfertigte die koloniale Expansion und demonstrierte den Fortschritt Frankreichs, das sich seit der Französischen Revolution als Anführer Europas und der anderen Rassen verstand.

Über das wissenschaftliche Fundament der Rassenvorstellung hinaus tut die III. Republik ihr Möglichstes, um an einer Darstellung des ‘Wilden’ zu schmieden, die per se die Ungleichheit der Rassen suggeriert. Die „Negerdörfer“ und die

Zurschaustellung der 'Wilden' sind ab 1889 in sämtlichen Kolonialausstellungen omnipräsente Bestandteile von Attraktionen und Kolonialpropaganda. An der großen Apotheose der Kolonialausstellungen 1931 in Paris nehmen mehr als 1 000 Ureinwohner teil. Man stellt sie häufig zur Schau und präsentiert sie zusammen mit wilden Tieren hinter Gittern einem sensationsgierigen Publikum. Es geht darum, diese 'Wilden' der Lächerlichkeit preiszugeben oder sie mithilfe eines der Inhumanität vorbehaltenen Wortschatzes bloßzustellen – Bestialität, Barbarei, Rohheit, Blutgier etc. –, um die Vorstellung vom zwischen Menschen- und Tierwelt vegetierenden Untermenschen zu nähren. Dabei ist auch zu berücksichtigen, dass diese Schauspiele die 'Wildheit' der Ureinwohner durch die Simulierung blutrünstiger Kämpfe, kannibalischer Riten oder anderer inhumaner Bräuche unterstreichen.

Letztlich berufen sich diese Menschenzoos bei sämtlichen Zurschaustellungen auf einen populären, von Gustave Le Bon oder Vacher de Laponge verbreiteten Sozialdarwinismus. Die „exotischen" Ureinwohner sind die beweiskräftigste Darlegung dafür, wie berechtigt die aus dem kraniometrischen Labor stammenden rassistischen Daten sind. Sie dienen der Herabwertung, Erniedrigung und Animalisierung des Anderen und zelebrieren den Ultranationalismus mancher Republikaner, die das Trauma der Niederlage von 1870 noch nicht verwunden haben. Die Menschenrechte beziehen sich nicht mehr (wie Danton 1974 sagte), auf das gesamte Universum. Die Ureinwohner sind vielmehr – um die unschönen Termini aufzugreifen, die der amerikanische Historiker Kevin Bales verwendet – zu „êtres jetables", „individus dont on dispose" und „vies sans valeur" geworden.[12]

Mangelnde Erinnerungsarbeit

Zu Zeiten der III. und IV. Republik sowie in den Anfängen der V. Republik gab sich der offizielle Diskurs unmissverständlich: Im Hinblick auf den zivilisatorischen Auftrag war die Kolonisierung notwendig und legitim. Doch der Ausgang des Indochina- und Algerienkrieges sowie die Unabhängigkeitsbestrebungen haben bewirkt, dass ein solcher Diskurs im Rahmen einer aufgeklärten Frankophonie nicht mehr ohne weiteres möglich ist. Gegenwärtig haben es sich die Historiker zur Aufgabe gemacht, eine Bilanz der im republikanischen Geist begangenen Verbrechen zu ziehen und im Rahmen ihrer Erinnerungsarbeit den früheren Kolonisierten Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. Das offizielle Frankreich scheint jedoch noch ganz in seiner positiven Einschätzung der Kolonialgeschichte befangen.

So ist zum Beispiel der Artikel 4 eines am 23. Februar 2005 erlassenen Gesetzes überaus symptomatisch: Er legte die Lehrer darauf fest, „die positive Rolle der französischen Präsenz in Übersee, insbesondere in Nord-Afrika " zu zeigen, und vergisst dabei, die algerischen Opfer zu erwähnen (siehe zur gesamten damaligen Debatte das Dossier „Koloniale Vergangenheit" in *Dokumente* 2/2005). In einem am 25. März 2005 in *Le Monde* unter der Überschrift „Colonisation: non à l'enseignement d'une histoire officielle" veröffentlichten Aufruf lehnten sich Forscher gegen ihre Bevormundung auf, und im April brandmarkten Lehrer der Sekundarstufe II die Darstellung einer im Hinblick auf die Kolonisierung „generell positiven" Bilanz. Der französische Staatspräsident Jacques Chirac sollte sich erst am 15. Februar 2006 dazu aufraffen, diesen beschämenden Gesetzesartikel aufzuheben. Maurice Maschino empörte sich gegen die Kultur des Obskurantismus und des Vertuschens der historischen Wahrheit im Schulwesen in *Le Monde Diplomatique*: „Genau in dieser selbstgefälligen Atmosphäre des beständigen Leugnens und des Vertuschens um jeden Preis einer (betrachtet man sie ohne die Trikolore-Brille) furchtbaren Realität findet in den Schulen der Geschichtsunterricht statt. Von einer parteienübergreifenden politischen Macht gedeckt, die den Bürgern vorgaukelt, sie informieren zu wollen und sie doch nur im Zustand der Ahnungslosigkeit halten will, ist dieses Unterrichtswesen außerstande, die jungen Leute über die Tatsachen des Kolonialwesens aufzuklären. – Algerien 1999!"

Eine Analyse der Schulbücher im Fach Geschichte fördert zutage, dass hier die Kolonisierung wie „ein wunderbares intellektuelles Abenteuer, dessen Bilanz generell positiv ausfalle" dargestellt wird. Offiziell schreiben die Lehrpläne ei-

ne einseitige und eingeschränkte Befassung mit dem Thema vor, und die Illustrationen preisen die „zivilisatorische Mission“ des Mutterlandes: die Einrichtung von modernen Infrastrukturen und Straßen, von Bibliotheken, Sozialzentren usw. Außerdem halten sich die Lehrer nicht weiter mit der Vermittlung der Kolonialgeschichte auf, da es an Zeit fehlt und man den Schüler nicht mit negativen Erinnerungen belasten will. Wie aber sollen die Schüler die historischen Tatsachen verstehen, wenn man auf der einen Seite ausschließlich die an den Europäern verübten Massaker und auf der anderen Seite die terroristischen Widerstandskämpfer erwähnt, gegen die man sich notgedrungen zu verteidigen hatte?

Wann wird Frankreich seinen seit der III. Republik hochgehaltenen Rechtfertigungsdiskurs aufgeben und endlich den großen Zeitungen seine Archive öffnen, um eine ehrenhafte Erinnerungsarbeit zu leisten und ohne den Blick durch die Trikolore-Brille seine Vergangenheit zu verarbeiten? Die Verachtung der Geschichte und ihrer Opfer muss die Lehrer dazu verpflichten, ihr Kritikvermögen zu entfalten und sich gegen die Vorstellungen der politischen Rechten aufzulehnen, die noch immer die offizielle Lehre der III. Republik verteidigt – wie etwa Jean-Marie Le Pen, der sich nicht geniert, in aller Öffentlichkeit von minderwertigen Rassen zu sprechen: „Oui, je crois à l’inégalité des races, oui, bien sûr, c’est évident. Toute l’histoire le démontre.“[13] Die Aufstände in den Vorstädten und die Immigrationsprobleme in Frankreich sind offene Wunden einer Erinnerungsarbeit, die noch immer nicht abgeschlossen ist. Man darf gespannt sein, welche Maßnahmen zur faktischen Gleichstellung der Migranten der neue Staatspräsident Nicolas Sarkozy ergreifen wird.

Der Beitrag ist in französischer Sprache ungekürzt abrufbar unter: www.ph-ludwigsburg.de/html/2b-frnz-s-01/overmann/baf4/colonisation/colonisationparadoxeovermann1206.doc

---

1 Frantz Fanon: Les damnés de la terre. Paris 1961; Neuauflage Editions La Découverte, Paris 2002.
2 Catherine Coquery-Vidrovitsch: Afrique noire, permanences et ruptures. Paris 1985; Neuauflage 1993.
3 Le code noir et autres textes de lois sur l’esclavage. Editions Sépia 2006.
4 L’Histoire philosophique et politique des établissements et du commerce des européens dans les Deux-Indes, de l’abbé Raynal, 1772. Verschiedene erweiterte, bis 1781 erscheinende Auflagen enthalten zahlreiche, von Diderot hinzugefügte Passagen. Siehe die von Yves Bénot 1981 bei Maspero veröffentlichte Ausgabe, die von den Editions La Découverte 2001 erneut aufgegriffen wird.
5 Jean-Jacques Rousseau: Réponse à M. Bordes à propos du Discours sur l’établissement des sciences et des arts, 1750.
6 Zitiert von Victor Schoelcher: Des colonies françaises, abolition immédiate de l’esclavage. Paris 1842; Neuauflage CTHS, Paris 1998.
7 Victor Schoelcher: De l’esclavage des Noirs et de la législation coloniale. Paulin, Paris 1833; Abolition de l’esclavage, examen critique du préjugé contre la couleur des Africains et des sang-mêlé. Editions Pagnerre, Paris 1840. Siehe auch Henri Grégoire: De la noblesse de peau, ou du préjugé des Blancs contre la couleur des Africains et de leurs descendants noirs et sang-mêlé. Baudouin frères, Paris 1826.
8 Victor Schoelcher: Abolition de l’esclavage, ebd.
9 Frédéric de Martens: Traité de droits international, Bd. I. Paris 1886, S. 464.
10 Alphonse Bertillon: Traité sur les races humaines (1865); Les races sauvages (1882); Gustave Le Bon: Les Lois psychologiques de l’évolution des peuples (1894); Georges Vacher de Lapouge: Les Sélections sociales (1896), L’Aryen, son rôle social (1899), Race et milieu social (1909); Ernest Renan: La Réforme intellectuelle et la morale (1871), Qu’est-ce qu’une nation?, Conférence faite en Sorbonne, 11.3.1882; Joseph-Arthur (Comte de) Gobineau: Essai sur l’inégalité des races humaines, 4 Bände, 1853–1855.
11 Carole Reynaud-Paligot: La République raciale. Paradigme social et idéologie républicaine, 1860–1930. PUF, Paris 2006, S. 38 (siehe auch die Rezension von Manfred Overmann in dieser Ausgabe, S. 73).
12 Kevin Bales: Disposable People. New Slavery in the Global Economy. University of California Press, Berkeley, 1999. Zitiert nach Françoise Vergès: Abolir l’esclavage: une utopie coloniale. Albin Michel, Paris 2001.
13 Am 1. September 1996 in *Le Monde* veröffentlichte Erklärung von Jean-Marie Le Pen vom 30. August 1996.

„Das Radio von morgen“

Die französische Radiolandschaft im Wandel

Siegfried Forster*

» Das Radio steht bei den Franzosen als Medium an erster Stelle, 83 Prozent hören jeden Tag das Angebot von staatlichen und privaten Sendern. Die französische Hörfunklandschaft befindet sich dabei durch die neuen Möglichkeiten von Digitalisierung und Internet auf dem Weg zu umfassenden Multimediaplattformen.

Das Radio ist laut Statistik das Lieblings-Medium der Franzosen: 83 Prozent aller Franzosen hören jeden Tag Radio, 42,7 Millionen Menschen im Alter über 13 Jahren unter der Woche; die durchschnittliche tägliche Verweildauer stieg dabei im Vergleich zum vergangenen Jahr von 2 Stunden 55 Minuten auf nunmehr 3 Stunden. Der Radiokonsum übertrifft damit den Fernsehkonsum (2 Stunden 55), lautet das Ergebnis der letzten Erhebung des Médiamétrie-Institutes. Böse Zungen behaupten, es sei zugleich das einzige Medium, bei dem man in Frankreich sicher sein kann, nicht jeden Tag mit dem Konterfei von Nicolas Sarkozy konfrontiert zu werden. Wenngleich natürlich auch die Radio-Auftritte Sarkozys zum Image des heutigen Präsidenten beigetragen haben. Im französischen Rundfunkbereich wird ebenfalls über Medienmanipulation und Machtkonzentration diskutiert, wenn auch in anderen Dimensionen als im Zeitungs- und Zeitschriften-Bereich, wo die Kampfflugzeug- und Kanonenbauer Arnaud Lagardère und Serge Dassault über zwei Drittel der Titel ihr Eigentum nennen dürfen und dies die Redaktionen im Bedarfsfall auch spüren lassen. Im Radiobereich garantieren die staatlichen Sender jedoch ein Gegengewicht. Monopolstellungen wie im Zeitungs- und Zeitschriftenbereich sind im Radiosektor nicht möglich. Ein Medien-Gesetz von 1994 schreibt vor, dass private Radio-Unternehmer maximal 150 Millionen Hörer über ihre Netze erreichen dürfen ...

Die erste französische „Radio“-Übertragung fand am 5. November 1898 statt. Eugène Ducretet lieferte damals eine öffentliche Demonstration elektromagnetischer Informations-Übermittlung zwischen dem Eiffelturm und dem Pantheon, der „schnurlose Telegraf“ blieb allerdings militärischen Zwecken vorbehalten. Nach dem Ersten Weltkrieg entschied die französische Regierung, sowohl staatliche als auch private Radiobetreiber zuzulassen, und am 24. Dezember 1921 erlebte Frankreich dank Radio Tour Eiffel seine erste öffentliche Radiosendung. 1922 gründet die Société française Radioélectrique (SFR) Radiola, den ersten von zahlreichen französischen Privatsendern, die sich mit den staatlichen Radiostationen regelrechte Grabenkämpfe lieferten.

Der Einmarsch der deutschen Wehrmacht bereitete 1940 dem französischen Radiofrühling ein jähes Ende. Der in Radio Paris umbenannte Sender Radiola wird zum Kollaborations- und Propaganda-Instrument der Vichy-Regierung und der deutschen Besatzer. Darüber hinaus subventioniert General Pétain regimetreue Privatradios. General de Gaulle lancierte seinen berühmten Appell an die französische Nation vom 18. Juni 1940 nicht über ein französisches Radio, sondern über Radio London. Nach der Befreiung von Paris wurde am 23. März 1945 für die Radiosender ein Staatsmonopol verordnet. Eine von der US-Armee zurückgelassene Sendestation ermöglichte am 16. Februar 1947 die erste Sendung des staatlichen

* Siegfried Forster arbeitet in Paris als Journalist mit den Schwerpunkten Kultur, Umwelt und Wissenschaft.

Radiosenders Paris Inter, dem späteren France Inter.

1963 eröffnete Präsident de Gaulle das französische Rundfunkhaus Maison de la Radio mit zwei neuen Themen-Sendern: France Culture und France Musique. Bis 1974 regierte in Frankreich das Staatsmonopol des Office de Radiodiffusion-Télévision Française (ORTF) – eine Zeit, in der die Hörfunk- und Fernsehinformationen noch ausdrücklich unter staatlicher Kontrolle standen. 1974 entschied Präsident Giscard d'Estaing dann per Gesetz die Aufteilung in voneinander getrennte Fernseh- und Radio-Gesellschaften. Radio France umfasst heute unter anderem die Sender France Inter, France Info, France Culture, France Musique und France Bleue. Daneben sendet Radio France d'Outre-Mer (RFO) Hörfunk-Programme für die französischen Überseegebiete. Als Überbleibsel der ORTF-Zeit gilt vielen, dass bis heute mit jedem Machtwechsel die Intendantenstellen neu besetzt werden. Auch wenn offiziell seit 1982 der Hohe Medienrat (der heutige Conseil supérieur de l'audiovisuel, CSA) den Rundfunk- und Fernsehanstalten völlige Unabhängigkeit von der Regierung garantieren soll. So werden beispielsweise vor Präsidentschaftswahlen akribisch die Sprechzeiten der verschiedenen Kandidaten aufgelistet und ausbalanciert. Die neun CSA-Mitglieder werden vom Staatspräsidenten, Senatspräsidenten und Parlamentspräsidenten ernannt.

Legalisierung der „Piratensender“

Die „Befreiung“ der französischen Radiolandschaft erfolgte 1982. Der Sozialist François Mitterrand hatte im Präsidentschaftswahlkampf die Legalisierung der „Piratensender“ versprochen, die der konservative Innenminister Christian Bonnet 1978 noch als „Rote Brigaden“ verunglimpft hatte. Mitterrand erteilte nach seinem Wahlsieg 18 lokalen „radios libre“ eine Sendeerlaubnis. Seit 1984 dürfen die Privat- und Vereinssender sich über Werbung finanzieren. Schon bald überflügelten frankreichweit ausgestrahlte Musiksender wie NRJ die Einschaltquoten der Lokalradios. Seit Jahren führen RTL und NRJ die Radio-Rangliste an, noch vor dem öffentlich-rechtlichen Flaggschiff France Inter mit seinen täglich 5 Millionen Hörern, das sich als Leitmotiv: „Informieren, Bilden, Unterhalten“ auf die Fahnen geschrieben hat und alle Alters- und Bildungsschichten ansprechen will. Frédéric Schlesinger, Generaldirektor von France Inter, bekräftigt: „Wir sind ein Radio des Angebots, nicht der Nachfrage. Wir nehmen die Erwartungen der Hörer vorweg. Das ist der große Unterschied zu den Privatsendern.“ Doch die Einschaltquoten spielen auch bei France Inter offenbar eine immer stärkere Rolle. Im Frühsommer protestierten Mitarbeiter des Senders gegen die Einstellung der Kultursendung „La Bande à Bonnaud“ aufgrund mangelnder Hörerzahlen. Anstelle der Live-Sendung wurden vorab aufgezeichnete Interviews des „sarko-kompatiblen Fernsehmoderators Yves Calvi“ (so die Kulturzeitschrift *Les Inrockuptibles*) ausgestrahlt, der gleichzeitig live eine andere Fernsehsendung moderierte. Kritiker befürchten, dass künftig Fernsehgesichter bei France Inter für Einschaltquoten sorgen sollen.

Doch bereits vor der Legalisierung der „Piratensender“ hatten viele Franzosen eine Alternative zu den staatsgelenkten Sendern: Die so genannten „postes périphériques“ sendeten vom nahen Ausland aus nach Frankreich. Der Armenpriester Abbé Pierre lancierte seinen historischen Hilferuf im Winter 1954 über den RTL-Sender aus Luxemburg, Europe 1 profilierte sich vom Saarland aus, RMC sendete von Monaco und Sud-Radio von Andorra aus. Alle erzielten aufgrund ihrer kritischeren und freieren Berichterstattung oftmals hohe Einschaltquoten bei den französischen Hörern.

Die Finanzierung der staatlichen Radios erfolgt fast ausschließlich über die Rundfunkgebühren. Von den pro Fernsehnutzer jährlich fällig werdenden 116 Euro „redevances“ geht der Löwenanteil an die Fernsehsender, nur 24 Euro fließen an das Radio. 2007 verfügte Radio France über ein Budget von 582,5 Millionen Euro, das RFI-Budget liegt bei 126 Millionen Euro, wobei 55 Prozent davon das französische Außenministerium finanziert.

In einigen Bereichen hat der Staat bis heute einen deutlichen inhaltlichen Einfluss behalten. 1994 verabschiedete das französische Parlament beispielsweise das berühmte Gesetz, das alle Musikprogramme verpflichtet, eine Quote von min-

destens 40 Prozent des Musikanteils für französischsprachige Titel zu reservieren. Auch die politische Großwetterlage beeinflusste in den letzten Jahren spürbar die Radiolandschaft. Während die heftige Debatte rund um die EU-Verfassung insgesamt für höhere Einschaltquoten sorgte, verbuchte der staatliche Sender France Inter anschließend schmerzhafte Hörer-Einbußen – Resultat einer einseitigen redaktionellen Stellungnahme zugunsten der EU-Verfassung. Bis zu 600 000 Hörer sind nach der einseitigen Parteinahme zu anderen Sendern abgewandert. Erst bei den Präsidentschaftswahlen fand France Inter wieder ein neues Gleichgewicht und neue Hörer.

Den Präsidenten von Europe 1, Jean-Pierre Elkabbach, brachten die Präsidentschaftswahlen hingegen in Bedrängnis. Wie das Blatt *Le Canard Enchaîné* enthüllte, hatte Elkabbach 2006 Nicolas Sarkozy um Rat gebeten, welchen Journalisten er auswählen sollte, um über seinen Wahlkampf zu berichten. Weil der Sender darüber hinaus dem Sarkozy-Busenfreund, Medien- und Rüstungsindustriellen Lagardère gehört und weil Elkabbachs Herz auch sonst hörbar für den damaligen Präsidentschaftskandidaten Sarkozy schlug, erhielt Europe 1 den wenig schmeichelhaften Beinamen „Radio Sarkozy“: Allzu vieles erinnerte an Hofberichterstattung. Millionen Hörer und auch prominente Moderatoren flüchteten, Europe 1 musste mit 4,5 Millionen täglichen Hörern seinen dritten Platz im Ranking an France Inter (5,1 Millionen) und France Info (5 Millionen) abgeben.

2006 brach erstmals die Zahl der 13–24-Jährigen Radiohörer deutlich ein. Der Rückgang von 90,9 auf 87,4 Prozent, bedeutet einen Verlust von 300 000 jugendlichen Hörern, erklärt der Chef des unter Jugendlichen führenden Rap- und Rock-Senders Skyrock, Pierre Bellanger: „Während der Banlieue-Unruhen im November 2005 haben die Jugendlichen die Informationen lieber im Fernsehen angesehen. Außerdem war unser Sender beispielsweise Opfer einer Anti-Rap-Kampagne, die 200 Abgeordnete gestartet hatten.“

Einen erstaunlichen Aufstieg feierte der Privatsender Radio Classique. Innerhalb von zwei Jahren tilgte der neue Radiochef Frédéric Olivennes 2 Millionen Euro Defizit, steigerte die Einschaltquote von 1 auf 1,7 Prozent und überflügelte damit den Rivalen France Musique (1,6 Prozent), der über ein zehnmal größeres Budget und sechs Mal mehr Frequenzen verfügt. Das Erfolgsrezept: kurze Ausschnitte bekannter und einprägsamer klassischer Werke sowie Schauspieler und TV-Stars ohne Musikausbildung – wie Carole Bouquet oder Claire Chazal – als Moderatoren.

Auf dem Weg zum digitalen Radio

Die neuen Möglichkeiten von Internet und Multimedia bringen auch die französische Hörfunkstruktur in Wallung. Kürzlich kündigte der führende Radiosender RTL eine Zusammenarbeit mit der größten Tagungszeitung Frankreichs, der Sportzeitung *L'Equipe* an, um ein digitales Radio auf den Markt zu bringen. RTL (täglich 6,8 Millionen Hörer) hatte dank der Präsidentschaftswahlen den Musiksender NRJ (5,9 Millionen) von Platz 1 der Einschaltquoten verdrängen können. Innerhalb eines Jahres verbuchte RTL einen historischen Hörerzuwachs um eine Million Hörer. Gleichzeitig erlitt die NRJ-Gruppe (NRJ, Chérie FM, Rire&Chanson, Nostalgie: Jahresumsatz 350 Millionen Euro) nach der Veröffentlichung ihrer Jahresbilanz im Frühjahr Kurseinbrüche an der Börse. Der Grund: Ihr Einstieg im Fernseh- und Mobiltelefon-Geschäft war weit hinter den Erwartungen zurück geblieben. Die Umsatzzahlen beim Radiogeschäft brachen um 12,4 Prozent auf 120 Millionen Euro ein. Bis Ende 2007 will NRJ 50 Internet-Radios lancieren, die NRJ-Webseite will bis 2010 ihre Besucherzahl auf 10 Millionen verdreifachen und damit mit der Radio-Hörerschaft gleichziehen. Für NRJ-Direktoriums-Mitglied Marc Pallain steht fest: „NRJ will von einer Radiogruppe zu einer Multimedia-Gruppe aufsteigen, die fünf Bereiche umfasst: Radio, Fernsehen, Internet, Mobilfunk und Unterhaltung.“ Bestes Beispiel: NRJ produzierte das Musical „Le Roi-Soleil“ und verkaufte auch dank intensivster Werbung im Radio innerhalb weniger Tage 300 000 Karten, 600 000 CDs und genauso viele Videos.

Beim Duell zwischen Vollprogramm- und Musiksendern haben momentan erstere die Nase vorn. Musik-Sender wie NRJ, Fun oder Skyrock leiden

unter den massiven Raubkopien auf Internet, während die Programmsender den steigenden Appetit der Franzosen aufs Radio stillen. RTL will Anfang 2008 als erster französischer Sender seine 160 Radio-Frequenzen digitalisieren. Kostenpunkt: 20 Millionen Euro. Neben digitaler Hörqualität verspricht RTL einen revolutionären Mix aus Radio und Bildern. Ebenfalls 20 Millionen investiert Radio France in die digitale Welt, berichtet Radio-France-Präsident Jean-Paul Cluzel: „Das Radio von morgen ist jenes, das in einer Welt der Bilder überleben kann.“

Beim digitalen Hörfunk besteht in Frankreich weitgehende Übereinstimmung. 90 Prozent aller Radiostationen haben sich vor einem Jahr im „Groupement pour la radio numérique“ zusammengeschlossen. Die Betreiber erhoffen sich einen ähnlichen Boom wie beim Digitalfernsehen TNT, auch wenn im Radiobereich bereits heute große Vielfalt besteht. Allein in Paris senden 55 Sender auf UKW-Frequenzen. Die digitale Technik soll es ab 2008 ermöglichen, dass Radiofreunde künftig ihren Lieblingssender beim Autofahren zwischen Lille und Marseille ununterbrochen und in bester Qualität hören können. Den Enthusiasmus bremst nur die Sorge mancher Lokal- oder Regionalsender, bei der kostenträchtigen Entwicklung nicht mithalten zu können.

„Das Radio von morgen ist jenes, das in einer Welt der Bilder überleben kann.“

Skyrock-Begründer Pierre Bellanger prophezeit bereits den Anbruch eines „Goldenen Zeitalters für das Radio“. Voraussetzung dafür sei allerdings nicht die digitale Technik, sondern das Internet, das es den Hörern erlaube, sich in sozialen Netzwerken rund um das Radioprogramm zusammenzuschließen. Bereits heute verfüge Skyrock über die europaweit erfolgreichste Blog-Plattform: „Skyrock ist heute kein Radio mit Zuhörern mehr, sondern eine Zuhörerschaft mit Radio.“

Europe 1 schmückte sich 2006 als erstes Radio Frankreichs mit dem Titel „Radio zum Anschauen“. Das Konzept des globalen Mediums beinhaltet einen massiven Ausbau des Internet-Angebots, das unter anderem Video-Übertragungen von Radiosendungen mit einbezieht. Insbesondere durch eine Kooperation mit YouTube will Europe 1-Präsident Elkabbach mit seinen Hörern Dinge „teilen, die normalerweise hinter den Kulissen bleiben“.

Eine neue Einnahmequelle hat die dem Lagardère-Active-Imperium zugehörige Musikstation Europe 2 ausgemacht. Mit Einverständnis des CSA darf sich der Sender mit seinen täglich 3 Millionen Hörern noch vor Jahresende in Virgin-Radio umbenennen. NRJ-Präsident Jean-Paul Baudecroux kritisierte lautstark einen „unfairen Wettbewerb“ und warnte: „Wann kommt Radio Coca-Cola?“ Von der Marketing-Kooperation mit dem renommierten britischen Konzern erhofft sich Europe 2 eine dynamischere und jüngere Hörerschaft. Damit erscheint die provokante Äußerung des Chefs des privaten Fernseh-Riesen TF 1, Patrick Le Lay, fast als romantisch. Dieser hatte verkündet: „Unsere Basis, das Metier von TF 1, ist etwa Coca-Cola zu helfen, sein Produkt zu verkaufen. Wir verkaufen an Coca-Cola verfügbare Gehirnkapazitäten.“

Beim Podcasten war das Webradio Arte Radio im Februar 2005 Vorreiter in Frankreich. RTL folgte im September 2005 und Radio France im Januar 2006. Laut Médiamétrie wussten damals nur 10 Prozent aller Franzosen, was Podcast bedeutet. Heute hören fast 1,5 Millionen Menschen in Frankreich Radio-Podcasts. Allein das Insiderradio Arte Radio zählt über 80 000 Podcast-Abonnenten.

Die Umwälzungen im Radiobereich betreffen auch den französischen Auslandssender Radio France Internationale. RFI hat seit seiner Gründung 1931 und auch nach dem Ende der Kolonialherrschaft Frankreichs beachtlichen Einfluss in Afrika ausgeübt und findet dort bis heute starkes Gehör. Zusammen mit seinen Sendungen in 19 weiteren Sprachen weist RFI 44 Millionen regelmäßige Hörer aus, davon die Hälfte in Afrika. Mit 149 UKW-Stationen verfügt RFI über das weltweite größte UKW-Netzwerk und hat seit 1991 seinen Einfluss im Nahen und Mittleren Osten ausgeweitet – dank der Übernahme des auf Arabisch und Französisch ausstrahlenden Senders RMC Moyen-Orient mit seinen 13 Millionen regelmäßigen Hörern.

Allerdings hat sich der Kampf der zahlreichen französischen Auslandsmedien um den für sie vorgesehenen 300 Millionen Euro-Geldtopf deutlich verschärft. 2006 hatte der damalige Staatspräsident Chirac den neuen internationalen TV-Nachrichtensender France 24 unter Beteiligung des Privat-TV-Senders TF 1 aus der Taufe gehoben. 2007 musste RFI zum ersten Mal in seiner Geschichte eine Budgetkürzung hinnehmen (von 128 auf 126 Millionen Euro).

Staatspräsident Sarkozy beauftragte außerdem Kulturministerin Catherine Albanel und Außenminister Bernard Kouchner, die weltweite Präsenz Frankreichs im audiovisuellen Bereich neu zu strukturieren. Beobachter halten eine Fusion von RFI mit France 24 für genauso möglich wie eine Holding mit dem frankophonen Auslandskanal TV5 und France 24. RFI ist seit Jahren bestrebt, sich als bimodales Medium aus Radio und Internet sowie als Produzent von Multimedia-Inhalten zu profilieren. Beobachter warnen allerdings davor, dass RFI seine bisherige Vorrangstellung als „die Stimme Frankreichs im Ausland“ bei einer Kooperation mit dem Fernsehen verlieren könnte.

Unterdessen existiert für Auslandsfranzosen seit diesem Jahr ein neues Angebot. Der frühere RTL-Mitarbeiter Michel Garnier startete das Internet-Radio Couleur France. Es hat den Ehrgeiz, das erste speziell für die zwei Millionen im Ausland lebenden Franzosen konzipierte Radio zu sein ...

Unterschiedliche Wellenlängen

Hörfunk in Frankreich und Deutschland

Gérard Foussier*

» Trotz einer Vielzahl kleinerer Lokalsender ist das Radio in Frankreich eine nationale Erscheinung, während die regionalen Sender in Deutschland – dem Föderalismusprinzip gehorchend – eine reelle Bedeutung haben. Ein heikler Vergleich der Hörfunklandschaften beider Länder.

„Hallo" – lautet das erste im Radio gesendete Wort überhaupt. Es war am 24. Dezember 1906 unmittelbar vor der Sendung eines Weihnachtsliedes zu hören und verdankte sich einer Erfindung des Kanadiers Reginald Aubrey Fessenden (1866–1932), der soeben einen Kurzwellengenerator entwickelt hatte. Seine ersten Hörer waren Matrosen vor der Küste Neuenglands, die mit Überraschung wahrnahmen, dass das Morsegerät „zu singen begann". Das Radio ist also gerade einmal 100 Jahre alt.

Abgesehen von den ersten, 1919 unternommenen Geh- beziehungsweise Sprechversuchen eines Privatnetzes in den Vereinigten Staaten, wurde das Radio eigentlich erst 1922 in Großbritannien mit der BBC (British Broadcasting Corporation) geboren, einem staatlichen Radio, dem vor allem an einer Demokratisierung der Kultur gelegen war. Einige Monate zuvor, am Tag vor Weihnachten 1921, wurde ein staatliches französisches Radio (Radio Tour Eiffel) eingerichtet, bevor der private Sender Radiola kurz darauf Radio Paris lancierte. Sehr schnell wird eine öffentlich-rechtliche Anstalt für das gesamte Land zuständig. Man gründet sogar ein Informationsministerium für die Verwaltung des Radios. Gleichzeitig entstehen, vor allem im Pariser Umland, zahlreiche private Radiostationen.

Auch in Deutschland startet das Radio im Jahr 1922 unter der Aufsicht des Postministeriums im gesamten Land und sogar über die Grenzen hinaus mit seinen Ausstrahlungen, doch die ersten Sendungen, die diesen Namen verdienen (ein einstündiges aus Berlin übertragenes Konzert), gingen erst am 29. Oktober 1923 über den Äther. Von Anfang an erschloss sich die Bedeutung des neuen Mediums. Nach seinem rasanten Aufstieg zum wichtigsten Instrument der NS-Propaganda strahlt das deutsche Radio im Dritten Reich täglich bis zu 280 Nachrichtenprogramme in 53 Sprachen ins Ausland aus. Die folgende Anekdote ist bezeichnend für die durch das nationalsozialistische Regime eingeführte Vernetzung zwischen Radio und Propaganda : Die seit 1933 unter der Leitung und auf Wunsch von Propagandaminister Joseph Goebbels massenhaft hergestellten Volksempfänger tragen die Nummer 301 und erinnern auf diese Weise an den 30. Januar, den Tag der Machtergreifung Hitlers. Ein erstes Piratenradio wurde 1937 von den deutschen Sozialisten zur Verbreitung antifaschistischer Botschaften eingerichtet.

Ebenso entdeckt 1937 der französische Staat, dass sich das Radio hervorragend als Propagandainstrument eignet. Doch der Großteil der französischen Intellektuellen zeigt ihm in der Befürchtung, das Radio könne die Vorherrschaft des schriftlichen Mediums gefährden, die kalte Schulter. Auch die Provinzstädte haben ihre eigenen öffentlichen und privaten Radiostationen. Léon

* Gérard Foussier ist Journalist und Chefredakteur der französischen Schwesterzeitschrift *Documents*. Übersetzung: Nicola Denis.

Blum proklamiert an der Spitze des Front Populaire: „Si vous voulez une presse libre, nationalisez-la!“ („Wenn Sie eine freie Presse haben wollen, dann müssen Sie sie verstaatlichen!“) – was man nach dem Debakel im Jahr 1940 in der südlichen Zone tatsächlich befolgen sollte, während die nördliche Zone unter dem Einfluss von Radio Paris steht. Dieser der Vichy-Verwaltung angehörende Radiosender avanciert nicht nur zum offiziellen Sender der Besatzer, sondern wird als solcher auch argwöhnisch betrachtet: „Radio Paris ment, Radio Paris est allemand“ („Radio Paris lügt, Radio Paris ist deutsch“) so sagte man hinter vorgehaltener Hand in der Hauptstadt. Frankreich entdeckt – nicht selten auf eigene Kosten und Gefahr – die Londoner BBC („Les Français parlent aux Français“), sowie Radio Brazzaville und Radio Alger, das später zu Radio France wird. Seit 1933 sendet Radio-Luxembourg auf Französisch aus dem Großherzogtum. Insgesamt werden ungefähr fünf Millionen Lang- und Mittelwellenempfänger erreicht.

Hörfunk in der Nachkriegszeit

Anders als in Frankreich halten die deutschen Intellektuellen die Fahne aufrecht: „Man muss den Rundfunk als ein Instrument zum Schutz der Demokratie einsetzen“, sagte etwa Bertolt Brecht, der seinerseits als Verfasser von Hörspielen hervorgetreten ist. Auch Walter Benjamin, Thomas Mann oder Egon Erwin Kisch haben das Radio als kulturellen Träger genutzt. Nach 1945 rufen die Verwaltungen der Besatzungsmächte andere Strukturen ins Leben, die, wie der Südwestfunk (SWF), in der französischen Zone zentralisiert oder in der amerikanischen Zone dezentralisiert sind.

Nachdem der Kopenhagener Wellenplan 1948 beschlossen hatte, Deutschland keine Lang- und Mittelwellen zuzuteilen, entscheiden sich die neuen Funkstationen der Bundesrepublik dafür, schon ab dem Folgejahr das UKW-Netz in Anspruch zu nehmen – 30 Jahre früher als in Frankreich, wo man weiterhin auf Lang- und Mittelwellen setzt. Schon die allererste Düsseldorfer Funkausstellung stellt die UKW in den Vordergrund. Zwei Jahre später zählt man fast 250 UKW-Sender. Diese technische Besonderheit (die je nach Topologie Ausstrahlungen in einem Umkreis von 30 bis 50 Kilometern ermöglicht), hat im Zusammenspiel mit dem Föderalismus eine regional orientierte Rundfunkpolitik begünstigt, auch wenn Konrad Adenauer während der 1950er Jahre vergeblich versucht hatte, ein öffentliches nationales Radio zu unterstützen. Seither hat jede Landesrundfunkanstalt bis zu fünf verschiedene Programme im Angebot (Nachrichten, zeitgenössische oder klassische Musik und Kultursendungen). So werden die geographische Vielfalt und das reiche Angebot an Formaten nicht nur ermöglicht, sondern von der „Arbeitsgemeinschaft der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten der Bundesrepublik Deutschland“ (ARD) auch ausdrücklich respektiert – wodurch einmal mehr unterstrichen wird, wie stark der Föderalismus nach zwölfjähriger Nazi-Diktatur das aus der vernichtenden Niederlage des Jahres 1945 entstandene neue (zumindest West-) Deutschland geprägt hat. Die UKW-Technik geht sogar über den politischen Föderalismus an sich hinaus, indem sie eine Regionalisierung innerhalb der Länder erlaubt und damit bevorzugt lokale Ausstrahlungen fördert, während Frankreich sich durch einen durch das staatliche Monopol begünstigten informationstechnischen Zentralismus auszeichnet. Diese Besonderheit lässt sich außerhalb von Deutschland nur schwer vermitteln: Bekanntlich ist die ARD kein Radiosender, vielmehr handelt es sich um verschiedene unter dem Banner der ARD versammelte Rundfunkanstalten, die diese Koordinierungsstelle bilden.

Die Lage im Frankreich der Nachkriegszeit war von vornherein einigermaßen widersprüchlich: Die Privatsender durften sich nicht auf dem französischen Staatsgebiet ansiedeln, vom Ausland aus allerdings senden. Radio Luxembourg (seit 1966 RTL) und Radio Monte-Carlo (RMC), die es bereits seit 1933 beziehungsweise 1943 gab, bauen entsprechend ihre Arbeit Richtung Frankreich aus. Zwar befinden sich die Sendeanlagen dieser „radios périphériques“ an den Landesgrenzen (Europe 1 sollte 1954 mit einer Sendestation im Saarland die Liste vervollständigen, Radio Andorre und Sud-Radio im Fürstentum Andorra), doch die Ansager sind, ebenso wie die Aktionäre, die

Nachrichtensprecher und Moderatoren, französisch – die Hörer dieser Radios, die das terrestrische Netz der französischen Post benutzen, nicht zu vergessen.

Im französischen Mutterland führt das staatliche Monopol die Alleinherrschaft. Paris Inter erlebt 1947 über einen nach der Befreiung herrenlos gewordenen Sendeposten der amerikanischen Streitkräfte seine Geburtsstunde. Diese erste öffentliche Radiostation Frankreichs, die vor der Einrichtung des 'service public' der RTF (Radiodiffusion-Télévision Française) 1953 gegründet worden war, wird später zu France 1, bevor sie RTF Inter genannt und schließlich, im Jahr 1963, zu France Inter umgetauft werden sollte.

Das Ende der Monopole

Heutzutage zählt man in Deutschland – über die rund 50 öffentlichen Regionalsender hinaus – gut 200 private Radios, die im Wesentlichen seit den frühen 1980er Jahren entstanden sind. Ungefähr zur selben Zeit, noch vor dem Einzug François Mitterrands in den Elysée-Palast, forderte man zum Teil auch in Frankreich die Gründung freier (das heißt vom staatlichen Monopol unabhängiger) Radiosender. Piratenradios, also illegale Radios, wurden von der linken Opposition mit Unterstützung mehrerer Protestbewegungen (Umweltschutz, Feminismus, regionale kulturelle Identität, lokales Leben oder Gewerkschaften) ins Leben gerufen. Als 1982 das Sendemonopol abgeschafft wird, entstehen 1 500 lokale Radiosender, denen ein nur mäßiger Erfolg beschieden ist: Er erklärt sich wohl zum einen aus dem bis April 1984 geltenden Werbeverbot, aber auch aus dem unleugbaren Mangel an Professionalität seitens ihrer Gründer. Nichtsdestotrotz ist es manchen originellen Initiativen gelungen, einen neuen Ton im Radio einzuführen, zumal auch die Öffentlich-Rechtlichen manche guten Ideen aufgegriffen haben, um einen moderneren, jüngeren und dynamischeren Kommunikationsstil gestalten zu können. Der – mit Ausnahme von dem ins Ausland ausstrahlenden Radio France Internationale (RFI) – seit 1974 von Radio France geleitete 'service public' profitiert gleichfalls von derselben technischen Revolution (UKW), die in Deutschland bereits seit drei Jahrzehnten bekannt ist. Er gründet zum Beispiel den Infosender France Info, der später in Deutschland, insbesondere vom 5. Programm des Bayerischen Rundfunks, nachgeahmt werden sollte. RTL, France Inter und Europe 1 strahlen weiterhin über Langwellen aus, was ihren Empfang auch im Ausland ermöglicht, wenn auch in einer dem UKW-Verfahren in Frankreich weit unterlegenen Hörqualität. Sämtliche Radiostationen richten jedoch gleichzeitig flächendeckende UKW-Netze für das gesamte Landesgebiet ein.

Selbst vor der Abschaffung des Monopols 1982 waren die „radios périphériques" im Gegensatz zu den Piratenradios durchaus legal. Die zahlreichen neuen Radios, die wie Pilze aus dem Boden schießen, zwingen das staatliche Kontrollorgan für Funk und Fernsehen (Conseil supérieur de l'audiovisuel, CSA) schon bald zu einer Aufteilung in verschiedene Kategorien, die einen direkten Vergleich mit der deutschen Radiolandschaft erschweren:

- A: lokale beziehungsweise gemeinschaftlich organisierte „radios associatives",
- B: kommerzielle Lokal- oder Regionalsender,
- C: Lokal- oder Regionalsender, die Bestandteil eines nationalen Netzes sind,
- D: Radios, die einem nationalen Themennetz angehören (ohne regionale Ableger),
- E: „radios périphériques" (die Bezeichnung ist nicht mehr zutreffend, da allein die Langwellen-Sendungen aus dem Ausland ausgestrahlt werden: RTL, Europe 1 und RMC Info senden mittlerweile auch über UKW von Frankreich aus).

Die Sendeanlage von Europe 1 (ursprünglich Europe N°1) in Deutschland befindet sich in ein paar 100 Metern Entfernung von der französischen Grenze, 8 km von Saarlouis gelegen. Über mehrere Jahre hinweg wurden die in Paris produzierten Sendungen oft durch eine Frequenz des DDR-Auslandssenders Radio Berlin gestört, der sich in dichter Frequenznähe des Europe 1-Bereichs befand. Erst im Dezember 1980 wurde ein Abkommen getroffen, durch das sich die Interferenzen beenden ließen.

Die Arbeit der RTL-Gruppe beschränkt sich weder auf Frankreich (und Luxemburg), noch ausschließlich auf den Hörfunk. Von dem 1933 gegründeten „radio généraliste" (Vollprogramm) produziert die Gruppe seit 1957 gleichfalls ein Programm in Luxemburg über Mittelwellen und UKW, zwei weitere in Italien seit 1988 und in Belgien (Bel RTL) seit 1991. Auch in Deutschland ist RTL seit 1991 mit einem Vollprogramm (104.6 RTL) sowie mit zwei lokalen Musiksendern (Hitradio RTL Sachsen seit 1993 und 89.0 RTL seit 2003) vertreten. Seit 1992 wird über das französische UKW-Netz ein Musiksender (RTL 2) ausgestrahlt.

Während Frankreich 1982 die Piratenradios legalisiert, handelt Deutschland mit einem von den Ländern unterzeichneten und am 1. April 1987 in Kraft getretenen Staatsvertrag zur Rundfunkübertragung eine Liberalisierung seiner audiovisuellen Landschaft aus. Der Hauptunterschied zwischen beiden Ländern besteht darin, dass bisher ein Monopol des französischen 'service public' herrschte, wohingegen das 1949 in Deutschland geschaffene Grundgesetz eine sehr viel großzügigere Informationsfreiheit einräumte, auch wenn bis dato noch kein einziger Privatsender existierte. Das Grundgesetz erlaubt es der Bundesregierung und den Landesregierungen gleichwohl nicht – sei es bei der Programmgestaltung oder im Rahmen der Verwaltung –, bei den Landesrundfunkanstalten mitzuwirken. Die Öffnung auf private Frequenzen beendete ein de facto staatliches Monopol, das bisher in Deutschland existiert hatte.

Eine Besonderheit ist die nach der deutschen Einheit entstandene Hörfunklandschaft. Der Deutschlandfunk (DLF), der 1960 in Köln gegründet worden war, um über Langwellen nach Osten zu senden und die DDR-Bürger mit den Nachrichten zu versorgen, die ihnen das kommunistische Regime in Ost-Berlin vorenthielt, brauchte eine neue Aufgabe. Der DLF wird also mit dem Ende der Teilung ein nationaler UKW-Sender. Darüber hinaus wurden ihm 1994 unter dem Namen Deutschland-Radio Kultur (DLR) die in Berlin von RIAS (Radio Im Amerikanischen Sektor) und DS-Kultur (einer DDR-Gründung von Mai 1990, also zwischen dem Mauerfall und der Wiedervereinigung) produzierten Kultursendungen angeschlossen.

Die den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten vom deutschen Gesetzgeber vorgegebenen Bedingungen wurden auch für die Privaten geltend gemacht. Allein mit der Kontrolle verhält es sich anders. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk soll der gesamten Bevölkerung eine Grundversorgung garantieren, die Nachrichten, Bildung und Unterhaltung umfasst. Sie wird durch gesellschaftlich relevante Gruppen (politische Parteien, Sozialpartner, Kirchen und diverse Vertreter der Bürgergesellschaft) in der Form von Aufsichtsräten kontrolliert. Die privaten Anbieter, die deontologische Regeln zu respektieren haben, werden ihrerseits von den jeweiligen Landesmedienanstalten kontrolliert, und zwar in insgesamt 15 Bundesländern (nicht etwa in 16, da Berlin und Brandenburg beschlossen haben, eine gemeinsame Landesmedienanstalt zu gründen, obwohl die Absicht, beide Bundesländer fusionieren zu lassen, 1996 durch ein Referendum zunichte gemacht worden war. Insbesondere von Berliner Seite wurde der Zusammenschluss beider Bundesländer abgelehnt). Die Landesmedienanstalten greifen nicht in die Programmauswahl ein und respektieren mit der Unternehmensfreiheit und der Unabhängigkeit gegenüber dem Staat zwei ausschlaggebende Grundprinzipien. Das Grundgesetz spielt in Bezug auf die deutsche Rundfunklandschaft eine grundlegende Rolle, da sie der Regierung die Infragestellung des existierenden Systems untersagt. In Frankreich könnte die Regierung im Prinzip öffentliche Sender privatisieren, wie es für das Fernsehen bereits 1987 mit TF1 geschehen ist.

Plaudereien und Diskurse

Franzosen und Deutsche haben einen grundsätzlich anderen Zugang zum Radio. Während zahlreiche französische Stars sich nicht scheuen, ihre Karriere zwischen Radio- und Fernsehstudios aufzuteilen, gibt es ein Starwesen in dieser Form im deutschen Hörfunk nicht oder nur vereinzelt – mit Ausnahme vielleicht auf regionaler Ebene, was in Frankreich von manchen als provinziell abgetan

wird. Von diesem Vergleich bis zur Bestätigung eines alten Vorurteils ist es nur ein kurzer Schritt, der von vielen Kennern der deutsch-französischen Alltagswirklichkeit ohne Zögern gemacht wird: Während in Frankreich eher zwanglose Konversation, ja Plauderei, gepflegt werde, kenne man in Deutschland einen mit Zitaten und präzisen Zahlenangaben angereicherten Diskurs und Ausführungen, die bis zum letzten Komma ausgefeilt seien. Improvisation gegen Perfektion. Selbstverständlich entspricht dieses Franzosen wie Deutschen anhaftende Klischee nicht oder zumindest nicht nur der Wirklichkeit: Die Gesetze des Marktes sind unerbittlich, und die Einschaltquoten geben nur allzu oft die Formate auf Kosten der Qualität vor, ohne sich dabei um die ewig gleichen Vorurteile zu kümmern.

Darüber hinaus befolgt das deutsche Rundfunkwesen seit 20 Jahren neue regionale Gesetzgebungen in Bezug auf die Koexistenz von öffentlichem und privatem Sektor. Es lässt sich zu Recht behaupten, dass die kommerziellen Radios (dasselbe gilt für das Fernsehen) insgesamt dieselben Nachrichten zur Aktualität in Politik und Wirtschaft anbieten wie die Öffentlich-Rechtlichen. Damit bestünde ein Unterschied allein in dem jeweils angeschlagenen ernsthafteren beziehungsweise lässigeren Ton. Eine 2004 vom „Ernst-Schneider-Preis" der Industrie- und Handelskammer veröffentlichte Studie tendiert dazu, das Gegenteil zu beweisen. Doch es ist unbestritten, dass die Ernsthaftigkeit der einen (= öffentlichen) eindeutig mit dem freieren Ton der anderen (= privaten) kontrastiert, was häufig – und manchmal zu Unrecht – als Maßstab der Programmqualität gilt.

Obwohl das Karlsruher Bundesverfassungsgericht bereits 1961 dazu geraten hatte, die Programmvielfalt zu respektieren, lief das duale System der öffentlichen vs. privaten Sender im Jahr 1984 Gefahr, von einem Mangel an UKW-Frequenzen betroffen zu werden. In dieser Zeit be-

Tab. 1: Hörerschaft in Deutschland (in Millionen Hörern)

Öffentlich-rechtliche Anbieter (wöchentlicher Durchschnitt)		Private Radiosender (wöchentlicher Durchschnitt)		Die zehn wichtigsten Radios (täglicher Durchschnitt)	
Westdeutscher Rundfunk (WDR)	6,95	radio NRW	4,41	radio NRW	4,62
Südwestdeutscher Rundfunk (SWR)	6,71	Antenne Bayern	3,17	SWR 3	3,42
Norddeutscher Rundfunk (NDR)	6,39	Hit-Radio FFH	1,84	Antenne Bayern	3,37
Bayrischer Rundfunk (BR)	4,55	radio ffn	1,60	1 Live (WDR)	2,68
Mitteldeutscher Rundfunk (MDR)	3,77	RPR 1	1,07	WDR 2	2,50
Hessischer Rundfunk (hr)	2,41	Hit-Radio Antenne	0,99	NDR 1	2,50
Radio Berlin-Brandenburg (RBB)	1,77	radio SAW	0,94	WDR 4	2,44
Deutschlandfunk (DLF)	1,27	Hit-Radio Antenne 1	0,91	Bayern 1	2,31
Radio Bremen (RB)	0,67	Radio PSR	0,83	Bayern 3	2,14
Saarländischer Rundfunk (SR)	0,47	Radio Schleswig-Holstein R.SH	0,81	NDR 2	1,99
Deutschlandradio Kultur	0,28	RTL Radio	0,79		

Quelle: Media Analyse 2007 Radio II.

schloss die christlich-liberale Regierung unter Helmut Kohl, mithilfe der Steuergelder das Gebiet der Bundesrepublik und West-Berlins zu verkabeln. Jeder, der in Frankreich in seinem Auto Radio hört, kann seine Lieblingssendungen zwischen Dunkerque und Perpignan oder von Brest bis Straßburg verfolgen, bei stetig wechselnden Frequenzen während der gesamten Strecke. Außer für die Hörer des Deutschlandfunks und einiger privater Musiksender wie Klassik Radio oder Radio Melodie ist das in Deutschland zwischen Kiel und München nicht möglich. Die 56 Radioprogramme der ARD bestimmen die insgesamt 267 Sender umfassende deutsche Radiolandschaft. Laut den jüngsten Statistiken von Media Analyse hören 52 Prozent der Erwachsenen täglich wenigstens einen Sender der ARD, was einer Gesamtzahl von 33 Millionen Hörern entspricht. Jeden Tag entscheiden sich 5,1 Millionen Menschen für eines der 21 Kultur- oder Nachrichtenprogramme. Auf einen Zeitraum von zwei Wochen hochgerechnet kommt man auf 16,7 Millionen Hörer. Die weitaus zahlreicheren privaten Radiosender (211) zählen in derselben Zeitspanne fast 29 Millionen Hörer. Bei ihrer Programmgestaltung berücksichtigen die Radiosender die demografische Entwicklung: Die Bevölkerungsgruppe der unter 30-Jährigen ist in einem Jahr um 600 000 Personen angewachsen, während die Gruppe der über 60-Jährigen um 870 000 Mitglieder ärmer geworden ist. Die Umfragen von Media Analyse ergeben jedoch, dass von den Deutschen, die durchschnittlich 186 Minuten täglich Radio hören, die 50- bis 64-Jährigen (mit 210 Minuten) zu den eifrigsten Hörern zählen, während die jüngere Altersgruppe der 14- bis 29-Jährigen am wenigsten Radio hört (142 Minuten).

„Der französische Radiohörer kann seine Lieblingssendung von Dunkerque bis Perpignan verfolgen."

Die ARD gilt in Deutschland als das Symbol schlechthin für regionale Zusammenarbeit, ein Symbol, das Tag für Tag auf den Fernsehbildschirmen zu sehen und auch im Radio nicht weniger präsent ist. Auch hier ist zu bedenken, dass Franzosen und Deutsche nicht dieselbe Sprache sprechen. Deutschland unterscheidet zwischen „Rundfunk", der Radio und Fernsehen umfassenden Rundfunkübertragung, und „Hörfunk", durch den allein das Radio bezeichnet wird. In Frankreich wurde der verhältnismäßig schwammige Begriff der Rundfunkübertragung („radiodiffusion") durch „communication audiovisuelle" ersetzt, sicherlich eine logische, aber nur Spezialisten vorbehaltene Vokabel, denn öffentliche Radio- und Fernsehsender sind zwei sehr verschiedene Institutionen (zum einen Radio France, zum anderen France Télévisions). In Deutschland haben alle öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten sowohl Radio- als auch Fernsehprogramme im Angebot – allein zwei Ausnahmen bestätigen diese Regel, nämlich DeutschlandRadio, ein unter der Ägide der ARD gegründeter Radiosender mit nationaler Ausstrahlung, sowie das ZDF, das ausschließlich Fernsehen macht.

Im Gegensatz zu dieser engen audiovisuellen Zusammenarbeit, die zur Gründung neuer Fernsehsender geführt hat – wie zum Beispiel dem Kinderkanal (KiKa) oder Phoenix, dem Sender für Parlamentsdebatten, Gesprächsrunden und Dokumentationen, und nicht zuletzt natürlich zum parallel in Französisch und Deutsch ausgestrahlten europäischen Kulturkanal Arte –, beschränkt sich die Zusammenarbeit zwischen den Radiosendern auf den Austausch von Korrespondenten und technischen Ausrüstungen. Abgesehen von DeutschlandRadio Kultur wurden neue öffentliche Radiosender mit nationaler Tragweite nicht ernsthaft ins Auge gefasst. Jahrelang hat die Politik alles dafür getan, damit die ARD-Landesrundfunkanstalten ihre Präsenz (mit bis zu fünf Kanälen pro Radiosender) ausbauen konnten. Inzwischen kämpfen eben diese Radios um ihr Überleben und setzen zu Zwecken der Kostensenkung gleichzeitig auf eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen den Regionen.

Ein Vergleich zwischen Frankreich und Deutschland gestaltet sich umso schwieriger, als die zum Netz von Radio France (France Bleu) gehörenden Regionalsender nicht denselben Status wie die fest in ihrer jeweiligen Region verwurzelten Sender der ARD haben. Schon allein aufgrund der Klassifizierung der Radiosender fallen auch die Hörerstudien unterschiedlich aus.

Tab. 2: Hörerschaft in Frankreich (in prozentualen Bevölkerungsanteilen)

Vollprogramm-Radiosender		Musiksender		Die zehn wichtigsten Radios (wöchentlicher Durchschnitt)	
RTL	19,3	NRJ	21,5	NRJ	21,5
Europe 1	16,8	Nostalgie	19,2	RTL	19,3
France Inter	16,1	RFM	14,1	Nostalgie	19,2
France Bleu	14,9	Europe 2	13,5	Europe 1	16,8
RMC	10,0	Chérie FM	13,4	France Info	16,4
		RTL 2	13,0	France Inter	16,1
Spartensender		Skyrock	12,9	France Bleu	14,9
France Info	16,4	Fun Radio	12,4	RFM	14,1
France Musique	6,4	Rires et Chansons	8,6	Europe 2	13,5
France Culture	5,5	MFM	6,7	Chérie FM	13,4

Quelle: Médiamétrie, April–Juni 2007.

Anders als die deutschen Zahlen, die in Millionen Hörern oder regionalen Prozentanteilen angegeben werden, sind die stichprobenartig durchgeführten Umfragen von Médiamétrie in nationale Prozentsätze übertragen. Ihnen zufolge hören 55,8 Prozent der französischen Hörer zu Hause Radio – allerdings mit sinkender Tendenz zugunsten des Radiohörens unterwegs (20,7 Prozent) oder sogar am Arbeitsplatz (16,9 Prozent). Die durchschnittliche Hörzeit pro Person beläuft sich in Frankreich unter der Woche auf 3 Stunden und am Wochenende auf 2 Stunden und 32 Minuten. 9,8 Prozent der Franzosen benutzen den Fernseher, um Radio zu hören, 5,7 Prozent das Mobiltelefon und 18,5 Prozent das Internet. Das Hören von Radio-Podcasts wird von nahezu 1,5 Millionen Personen genutzt. In der Altersgruppe der 13–24-Jährigen wird, wenigstens einmal pro Monat, auf einem MP3-Player Radio gehört (11,5 Prozent). Die deutschen Umfragen interessieren sich eher für die 14–29-Jährigen und offenbaren, dass 17 Prozent der Jugendlichen mit einem Walkman Radio hören.

Die Zukunft wird digital

Heutzutage bemüht sich der Hörfunk vor allem darum, nicht den Zug des Fortschritts zu verpassen. Bis 2015 wird es keine UKW-Frequenzen mehr geben: Sie werden statt dessen digitalisiert sein, so wurde es von 120 Staatsvertretern auf der letzten, 2006 in Genf abgehaltenen internationalen Konferenz beschlossen. Es steht viel auf dem Spiel, denn es gibt in Deutschland mehr als 300 Millionen Radioempfänger, doppelt so viele wie in Frankreich (von den 64,8 Millionen über 14-Jährigen Deutschen leben fast 53 Prozent in einem Haushalt mit mindestens vier Empfangsgeräten). Die Ultra-Kurzwelle (UKW beziehungsweise FM im französischen Sprachgebrauch) stößt an ihre eigenen Grenzen. Mit insgesamt 6 000 Frequenzen ist Frankreich europaweit mit am besten abgedeckt, und dennoch können die Hörer nur etwa zehn Radiosender pro Region und circa 30 in Paris empfangen. Die Digitalisierung ist das Allheilmittel. Es scheint allerdings problematisch, sich auf eine der sieben derzeit existierenden Sende-

normen zu einigen. In Deutschland wurden Experimente mit 100 000 DAB-Empfangsgeräten (Digital Audio Broadcasting) angestellt, deren zweifelhafter Erfolg allerdings böse Zungen dazu verleitet hat, die Initialen in „dead an buried" zu verwandeln. In Frankreich hat das DAB-Format 1997 in der Pariser Region seine ersten Versuchsballons gestartet, später auch in Lyon, Marseille, Nantes und Toulouse, wobei die Zahl der Empfangsgeräte jedoch relativ bescheiden blieb. Die Zukunft gehört mit DMB (Digital Multimedia Broadcasting) einem anderen Format, das es möglich macht, die Anzahl der ausgestrahlten Programme – bei geringerem Kostenaufwand – zu verdrei- oder sogar zu vervierfachen. Bei der Zuteilung der zukünftigen digitalen terrestrischen Frequenzen haben die privaten Radiosender die feste Absicht, auf ihre Rechte zu pochen, um dem derzeitigen Ungleichgewicht bei der Verteilung der analogen Frequenzen zwischen Privaten und Öffentlichen ein Ende zu bereiten (in Deutschland gehören 75 Prozent den öffentlich-rechtlichen Anstalten). Mit dem DMB-Format wird augenblicklich in Paris experimentiert: Die ersten digitalen Sendungen könnten 2008 ausgestrahlt werden.

Die Frequenzen der französischen und deutschen Radiostationen, die hier in diesem Rahmen aus Platzgründen nicht vollständig aufgeführt werden können, lassen sich auf verschiedenen Internetseiten einsehen – etwa **www.radioweb.de**, **www.annuradio.fr** und **www.surfmusik.de** (diese Website informiert gleichfalls über das Radiohören via Internet).

Kulturelle Ausnahmen

Die französische Quotenregelung im Radio zeitigt Erfolge

Gérard Foussier*

» Nachdem die deutsche Seite die französische Quotenregelung für Musiktitel im Radio lange Zeit belächelt hat, beginnt ein Umdenken in den verantwortlichen Köpfen: Denn die französischen Bilanzen zeigen seit der Einführung der Quote in Frankreich einen deutlichen Anstieg des Verkaufs französischer Musikproduktionen.

Noch nie wurden deutsche Hörer in irgendeiner Form mit einem Minimalangebot konfrontiert, da bei Arbeitskämpfen innerhalb der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten ein Streik als Mittel der Konfliktbeilegung nicht infrage kommt. Somit ist es hierzulande schwer verständlich, dass ein öffentlich-rechtlicher Radiosender wie Radio France einen dreiwöchigen Streik – etwa zu Beginn des Jahres 2004 – durchstehen (und überstehen) kann. Seinen Hörerkreis nach drei Wochen Musik und ohne informative Sendungen beziehungsweise Interviews nicht zu verlieren, gilt den einen als Beweis für die allen Problemen zum Trotz gehaltene Treue des Hörers zum öffentlichen Anbieter. Andere analysieren denselben Sachverhalt im Kontext der zahlreich ausgefochtenen Kämpfe – wie etwa das Eintreten für die französische Sprache oder Musik –, die man in Deutschland zwar belächelt, insgeheim aber auch beneidet.

Die 1994 eingeführte, verpflichtende Quote an 40 Prozent französischen Titeln wurde in Deutschland als eine von vielen Facetten der legendären „exception culturelle" gedeutet, die in diesem besonderen Fall dazu führt, dass die Musikauswahl der französischen Radiosender tatsächlich offiziell verfügt werden kann. Im konsensfreudigen Deutschland kann man mit solchen, an die Lage in der früheren DDR erinnernden Verfügungen nicht viel anfangen. Angesichts der sowohl Komponisten als auch Interpreten betreffenden Krise beginnen jedoch zahlreiche deutsche Politiker und Sänger über eine Quotenregelung zur Ausstrahlung deutscher Musik in den hiesigen Radiosendern nachzudenken. Lange haben die Entscheidungsträger des deutschen Hörfunks die Quotenfrage als eine französische Angelegenheit erachtet, mit deren Hilfe das abhanden gekommene Kolonialreich und der – trotz der Frankophonie – abnehmende französische Einfluss in der Welt möglicherweise kompensiert werden solle. Das seit beinahe einem Jahrhundert von seiner Kolonialvergangenheit befreite Deutschland kennt keine institutionalisierte „germanophonie" jenseits der Deutsch sprechenden Bürger in Deutschland, Österreich, der Schweiz, Luxemburg und Lichtenstein sowie ein paar linguistischer Inseln in Frankreich, Italien, Belgien und Osteuropa. Dank der französischen Bilanzen tut sich in den Köpfen jedoch manches. Seit der Einführung der Quotenregelung 1994 ist der Verkauf französischer Musikproduktionen beträchtlich angestiegen, wobei jungen Talenten eine besondere Förderung eingeräumt wurde.

Antje Vollmer, damalige Bundestagsvizepräsidentin und kulturpolitische Sprecherin der Grünen, befürwortete die Einführung eines Prozentsatzes an deutscher Musik im Radio und hatte einen parlamentarischen Meinungsaustausch mit der Unterstützung berühmter, unter der angloamerikanischen Dominanz leidender Sänger der

* Gérard Foussier ist Journalist und Chefredakteur der französischen Schwesterzeitschrift *Documents*. Übersetzung: Nicola Denis.

Rock-und Pop-Szene angeregt. 2003 war von der Ministerpräsidenten-Konferenz ein – nicht bindender – Aufruf an die Rundfunkanstalten gerichtet worden, um sie zur Einführung einer Quotenregelung für deutsche Musik zu ermutigen. Ein Aufruf, der ohne Folgen blieb, woraufhin Antje Vollmer die Möglichkeit nicht ausschloss, eines Tages eine solche Initiative – nach dem Vorbild der Franzosen 1994 – verpflichtend einzuführen. Sie wertet nämlich die Quotenregelung als Antwort auf die Globalisierung, welche ihrer Meinung nach „nicht Vielfalt, sondern eine Art Monokultur erzeugt". Gleichzeitig planten die Radiosender der neuen Bundesländer sowie die in Bayern und im Saarland, ihre diesbezügliche Gesetzgebung zu verändern. Die leidenschaftliche Debatte zur Leitkultur sollte dem Streit ein vorläufiges Ende setzen. Schließlich kümmern sich die auf dem Weltmarkt präsenten CD-Hersteller nicht um Titel oder deren sprachlichen Ursprung – sondern um den eigenen Umsatz.

Mehr Platz für die Jugend

Das Enstehen privater Lokalradiosender hat in Frankreich einige Gewohnheiten verändert, vor allem in der Namenswahl für die Sender. So sind Vibration, NRJ („Energie"), Chérie („Liebling") entstanden, neben Radio Iguanodon, Celtic FM oder Arc-en-Ciel („Regenbogen"). Bei den Öffentlich-Rechtlichen hat man da weniger Mut. Bis auf France Bleu und die Jugendsendungen des Programms „Le Mouv'" in Toulouse, hat die Originalität der Sendernamen ihre Grenzen. Auch in Deutschland haben die Sender einige Schwierigkeiten damit, sich von Vokabeln wie Info, Frequenz, Antenne oder Kultur zu trennen.

Bei den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten sind es die Radioprogramme für Jugendliche, die am meisten Einfallsreichtum beweisen: Der Mitteldeutsche Rundfunk (MDR) hat „Jump", „Figaro" und „Sputnik" ins Leben gerufen, der Norddeutsche Rundfunk (NDR) nennt sein Jugendprogramm „N-Joy", Radio Berlin-Brandenburg (RBB) bietet jungen Hörern die Ausstrahlungen des Programms „Fritz" an. Der Südwestrundfunk (SWR) hat für sein reichhaltiges Informationsprogramm den Namen „Cont.ra" (Contentradio) gewählt. Sein Jugendprogramm, das seit 1997 „Das Ding" heißt, arbeitet seit 1999 eng mit dem Programm „Unser Ding" des Saarländischer Rundfunks (SR) und „Le Mouv'" in Frankreich zusammen.

G.F.

Ungeliebte Rundfunkgebühr

Die Finanzierung von Hörfunk und Fernsehen in der Kritik

Gérard Foussier*

» Das Geld ist wie so oft der wunde Punkt: Auch wenn die Beteiligung des Steuerzahlers in Frankreich und Deutschland unterschiedliche Strukturen und Funktionen hat, bleibt die Rundfunkgebühr der gemeinsame Nenner zur Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in beiden Ländern.

Trotz unterschiedlicher Strukturen ist die Rundfunkgebühr sowohl in Frankreich als auch in Deutschland sehr unbeliebt. Und ihre Hinterziehung ist nicht die geringste Folge dieser Tatsache. Ungerecht – das ist das Wort, das sie für die Verbraucher am besten kennzeichnet. Diese empfundene Ungerechtigkeit nimmt Formen an, die der Gesetzgeber berücksichtigen musste, um phantasievollen Ausreden und Auslegungen Einhalt zu gebieten. Um von der Rundfunkgebühr befreit zu werden, kann man weder länger geltend machen, dass man die Programme der öffentlich-rechtlichen Sender nicht nutzt, noch sein Empfangsgerät nur in einer Zweitwohnung anmeldet. Das System hat sich seit den Anfängen des Rundfunks erheblich verändert.

Außer Luxemburg, Griechenland und Spanien, wo es keine Rundfunkgebühren gibt, sowie Portugal, den Niederlanden und der Flämischen Gemeinschaft Belgiens, wo sie abgeschafft wurde, erheben die meisten europäischen Länder eine Gebühr, um ihren öffentlich-rechtlichen Rundfunk zu finanzieren. Bei der Höhe gibt es allerdings erhebliche Unterschiede: Die Spanne reicht von weniger als 20 Euro in Rumänien bis zu über 330 Euro in Island. Die staatlichen Zuwendungen an Hörfunk und Fernsehen sind in der Europäischen Union Gegenstand von Rechtsgrundsätzen, die sich auf das 1997 unterzeichnete Amsterdamer Protokoll, einen Beschluss des Europäischen Rates von 1999 und eine 2001 veröffentlichte Bekanntmachung der Brüsseler Kommission stützen. Das Amsterdamer Protokoll definierte, dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk zu „den gemeinsamen demokratischen, sozialen und kulturellen Werten" der Union beiträgt. In ihrem Weißbuch legte die Kommission fest, dass die Mitgliedstaaten das für sie jeweils am besten geeignete Finanzierungssystem wählen können.

GEZ in Deutschland

Als am 29. Oktober 1923 in Deutschland die ersten Radiosendungen ausgestrahlt wurden, gab es noch keinen einzigen zahlenden Hörer, zwei Monate später entrichteten bereits 467 Hörer die Rundfunkgebühr. Die Zahl der Empfangsgeräte stieg von 6 Millionen im Jahr 1948 auf 16 Millionen im Jahr 1960 und beläuft sich inzwischen auf 300 Millionen. Heute besitzt die überwiegende Mehrheit der 39 Millionen Haushalte ein Radio in praktisch jedem Zimmer und jedem Auto.

Mit der Einführung des Fernsehens ging die Entwicklung der Rundfunkgebühren weiter. Die Radiogebühr betrug 1949 zwei DM monatlich, 1954 kam zusätzlich eine monatliche Fernsehgebühr von fünf DM hinzu. 16 Jahre lang blieben diese Beträge unverändert. Von jährlich 84 DM im Jahr 1953 stiegen die Rundfunkgebühren ins-

* Gérard Foussier ist Journalist und Chefredakteur der französischen Schwesterzeitschrift *Documents*. Übersetzung: Barbara Reuter.

gesamt auf heute 204,36 Euro. Die Regel ist einfach: Jeder, der einen Fernseher besitzt, zahlt derzeit 17,03 Euro monatlich für ein „Paket" – Fernsehen, Radio und jegliches Empfangsgerät, mit dem Radio- und Fernsehsendungen empfangen werden können (wie zum Beispiel Computer oder Mobiltelefone). Wer keinen Fernseher, aber ein Radiogerät hat, zahlt nur 5,52 Euro.

Jeder Bürger muss sich selbst bei der GEZ, der Gebühreneinzugszentrale, anmelden, die die Gebühren der Radiohörer und Fernsehzuschauer auch verteilt. Die 1975 geschaffene, unabhängige „Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten" (KEF) errechnet die Summe, die die Radio- und Fernsehsender benötigen, und legt diese Zahlen den Länderregierungen vor, die sie in eine bundeseinheitliche Gebühr umsetzen. Diese muss von den Landesparlamenten genehmigt werden. Seit 1997 finden alle vier Jahre Anpassungen statt.

Am 11. September hat das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe jegliche Einmischung der Politik in die Höhe der Rundfunkgebühr untersagt. Nur ernsthafte wirtschaftliche Argumente können in Betracht gezogen werden, in keinem Fall dürfe sich die Politik in die inhaltliche Konzeption und damit in die Finanzierung der Programme einmischen, indem sie die Rundfunkgebühren festsetze oder begrenze. Ein Urteil, dass die Unabhängigkeit des öffentlichen-rechtlichen Rundfunks verstärkt.

Steuerliche Abgabe in Frankreich

In Frankreich wurde per Gesetz vom 31. Mai 1933 eine Gebühr für die Nutzung von Rundfunkgeräten eingeführt, „um die Erträge den Aufwendungen des Rundfunks zu widmen". In einer Verordnung von 1959 wurde festgelegt, dass die Gebühr zugunsten „einer öffentlich-rechtlichen Anstalt des Staates mit gewerblichem und kommerziellem Charakter und mit einem eigenen Haushalt" eingezogen wird. Der Verfassungsrat bestimmte im folgenden Jahr, dass diese Gebühr weder einer Steuer noch einem Entgelt für geleistete Dienste gleichzusetzen sei. Sie war also eine zweckgebundene, steuerähnliche Abgabe. Diese Abgabe auf die Radiogeräte wurde im März 1980 per Erlass abgeschafft, aber für die Besitzer von Fernsehern gilt sie noch immer.

Die Abschaffung aller steuerähnlichen Abgaben am 1. Januar 2004 führte zu einer Änderung des rechtlichen Status der Rundfunkgebühr, die nun zu einer „für die empfangsberechtigten Einrichtungen bestimmten Abgabe" wurde. Rein praktisch schlug sich dies in einer tiefgreifenden Reform nieder, ohne dass jedoch die Grundstruktur geändert wurde. Bis dahin meldete, anders als in Deutschland, nicht der französische Bürger selbst sein Fernsehgerät an, sondern das Geschäft, das den Fernseher verkaufte, so dass die Gebühr automatisch gezahlt wurde. Seit der Reform muss der Steuerzahler, der keinen Fernseher besitzt, in seiner Einkommensteuererklärung ein entsprechendes Kästchen ankreuzen und damit erklären, dass er weder an seinem Hauptwohnsitz noch an einem Nebenwohnsitz ein Fernsehgerät hat. Der fernsehende Franzose zahlt heute 116 Euro Rundfunkgebühr im Jahr, in den überseeischen Departements sind es nur 74 Euro.

Wie der Kuchen verteilt wird

Qualität hat zweifellos ihren Preis, wenn man den Erwartungen der Mehrheit der Radiohörer und Fernsehzuschauer ebenso wie denen der Minderheiten entsprechen will. Die relativ hohe deutsche Rundfunkgebühr ist zu einem guten Teil dem Föderalismus zuzuschreiben, der aber auch eine bundesweite Verbreitung der regionalen Nachrichten ermöglicht; dies ist nicht in allen Ländern Europas der Fall. Doch das ist nicht der einzige Grund: Aus den Einnahmen aus den Rundfunkgebühren, die sich auf 7,1 Milliarden Euro belaufen und zu 93 Prozent von den privaten Haushalten aufgebracht werden, werden auch Tätigkeitsbereiche finanziert, die keinen direkten Bezug zu den audiovisuellen Medien haben. So gehen in Deutschland 24 Cent eines jeden Euro in die Finanzierung der Aufsichtsbehörden, 36 Cent in die Unterstützung von Orchestern und Chören der Regionalsender und 14 Cent in die Förderung von Kino und Kultur. Nicht zu vergessen sind die rund 3 Milliarden DM (rund 1,5 Millionen Eu-

ro), die in den 1980er Jahren in den Aufbau des bundesdeutschen Kabelnetzes flossen, und die rund 20 Prozent der Rundfunkgebühren, die in den Aufbau neuer Strukturen zur digitalen Ausstrahlung investiert werden.

Die französische Rundfunkgebühr, die inzwischen „redevance audiovisuelle" genannt wird, macht rund 75 Prozent der Einnahmen des öffentlich-rechtlichen Rundfunks aus, das heißt über 2 Milliarden Euro. Davon werden 68 Prozent an France Télévisions (France 2, France 3, France 5, Réseau France-Outre-mer RFO) und 8 Prozent an Arte France verteilt. Nur ein knappes Fünftel der Summe (19 Prozent) geht an Radio France mit seinen verschiedenen Sendern (France Inter, France Info, France Culture, France Musiques, France Inter Paris FIP, France Bleu, Le Mouv'). Der Rest wird an das Institut National de l'Audiovisuel (3 Prozent), das die Sendungen archiviert, und an den französischen Auslandsdienst des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, Radio France Internationale RFI, (2 Prozent) überwiesen (anders als sein deutsches Pendant, die Deutsche Welle, die ausschließlich aus dem Haushalt des Staatsministers für Kultur und Medien finanziert wird).

Die Funktion der französischen Rundfunkgebühr ist nicht dieselbe wie die der deutschen. Der Staat kann entscheiden, sie im Rahmen des Haushaltsgesetzes den Unternehmen des öffentlich-rechtlichen Rundfunks zuzuweisen. Neben der Rundfunkgebühr erhalten diese auch Mittel aus dem allgemeinen Staatshaushalt als Ausgleich für die Mindereinnahmen durch die Befreiung von der Rundfunkgebühr aus sozialen Gründen. Radio France Internationale bezieht zur Finanzierung seiner Arbeit außerdem eine Zuwendung des französischen Außenministeriums.

Auch der öffentlich-rechtliche Rundfunk in Deutschland finanziert sich zu einem großen Teil (über 80 Prozent) aus den Rundfunkgebühren. Seit dem 1. Januar 2007 müssen nun wie erwähnt für jedes neuartige Rundfunkempfangsgerät (zum Beispiel Computer oder internetfähige Mobiltelefone) ebenfalls 5,52 Euro monatlich (dieselbe Summe wie für ein Radio) bezahlt werden, allerdings nur, wenn in dem Haushalt noch kein Radio, Autoradio oder Fernseher angemeldet ist. Dieser Beschluss der 16 Länderministerpräsidenten vom Oktober 2006 hat die Kritik jener hervorgerufen, die wie der Bundesverband Informationswirtschaft Telekommunikation und neue Medien (Bitkom) der Meinung sind, dass die Rundfunkgebühr „ein absurdes, aus dem Steinzeitalter der Medien stammendes Finanzierungssystem" ist. Diese Äußerungen sind den Überlegungen des Migaud-Berichts in Frankreich gegenüberzustellen, der nach dem Abgeordneten Didier Migaud, dem Berichterstatter des Haushaltsausschusses, benannt ist. Er hatte die Rundfunkgebühr im Juli 2000 als „ein Beispiel für eine archaische, ungerechte und zu kostenintensive Steuer" bezeichnet. Als Argument wurde angeführt, dass Fernsehsendungen inzwischen über Computer oder Mobiltelefon zu empfangen seien, zwei Medien, für die in Frankreich keine Rundfunkgebühr zu zahlen sei. Übrigens kostet allein die Einziehung der Rundfunkgebühren den französischen Staat rund 140 Millionen Euro, den deutschen 162 Millionen.

Wellen des Protestes

In Deutschland ist die Rundfunkgebühr immer wieder in der Diskussion. So stehen sich zur Zeit die Universität Leipzig und der öffentlich-rechtliche Regionalsender MDR in einem Rechtsstreit vor dem Verwaltungsgericht Leipzig gegenüber, Beide beklagen jeweils eine in ihren Augen schreiende Ungerechtigkeit: Der MDR fordert von der Universität Leipzig die rückwirkende Zahlung von über 250 000 Euro Rundfunkgebühren für die in den Instituten eingesetzten Fernsehgeräte. Die Universität argumentiert dagegen, dass die Geräte nur für Forschung und Lehre genutzt werden und Professoren wie Studenten keine Zeit haben, in der Uni Radio zu hören oder fernzusehen. Und sie sieht die Hochschule benachteiligt, da zum Beispiel Schulen nur für ein einziges Gerät Gebühren zu entrichten haben, für Universitäten aber keine Ausnahmeregelung gelte. Der Regionalsender dagegen vertritt die Meinung, dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk irgendwie finanziert werden müsse und die finanzielle Lage zunehmend schwieriger werde, seitdem immer mehr Arbeitslose von den Rundfunkgebühren befreit sind.

Auch die Ärztekammer Berlin prangert eine Ungerechtigkeit an: Die Ärzte sollen die geplante elektronische Gesundheitskarte über das Internet führen, was sie gebührenpflichtig machen würde – gerade so als verbrächten sie ihre Arbeitszeit vor dem Radio oder dem Fernseher.

Die Zahl derjenigen, die die Rundfunkgebühren hinterziehen, wird in Deutschland auf 10 bis 20 Prozent geschätzt, obwohl es Kontrollen gibt. Nicht-Zahlern droht eine Geldstrafe von 1 000 Euro. Etwas mehr als 3 Millionen Radiogeräte und knapp 3 Millionen Fernseher sind aus sozialen Gründen von der Gebührenpflicht ausgenommen. Außerdem rechnet das Bundesamt für Statistik mit einem Bevölkerungsrückgang von 10 bis 17 Millionen Einwohnern bis zum Jahr 2050. Im Jahr 2005 verzeichnete die GEZ zum ersten Mal mehr Befreiungsanträge als Neuanmeldungen, obwohl der Verkauf von Empfangsgeräten jährlich um über 100 000 steigt. Anders ausgedrückt: Das Finanzierungsproblem des öffentlich-rechtlichen Rundfunks beginnt wirklich in den Blickpunkt zu rücken. Jobst Plog, amtierender ARD-Vorsitzender bis 2004, räumte ein, dass nicht nur die Kranken- und Rentenversicherung in Deutschland auf dem Prüfstand stehe, sondern auch der öffentlich-rechtliche Rundfunk eines Tages nicht um eine Reform herumkommen werde. Das bedeutet: um Einschränkungen.

In Frankreich müssen Hinterzieher der Rundfunkgebühren, die der Finanzverwaltung auffallen, eine Strafe von 150 Euro zahlen. Die Generalinspektion für Finanzen schätzt ihren Anteil auf 16,7–10,9 Prozent bei Hauptwohnungen und 65,9 Prozent bei den Zweitwohnungen. Unabhängig von der Zahl der Rundfunkgeräte in einer Wohnung, für die der Eigentümer Wohnungssteuer zahlen muss, und unabhängig von den Programmen, die der Bewohner bevorzugt, ist eine einheitliche Rundfunkgebühr zu entrichten. Sie wird zusammen mit der Wohnungssteuer erhoben und folglich von den Finanzbehörden eingetrieben. Befreit sind Menschen über 65 Jahren, Personen, die keine Einkommensteuer zahlen, sowie Behinderte, die ein steuerpflichtiges Einkommen von weniger als rund 8 000 Euro pro Jahr haben.

Während des Präsidentschaftswahlkampfs 2007 hatte Nicolas Sarkozy eine schrittweise Angleichung der Rundfunkgebühr an das deutsche (204 Euro) und britische Niveau (200 Euro) befürwortet, um dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk mehr Unabhängigkeit von den Einschaltquoten und damit den Werbeeinnahmen zu verschaffen. Der Vorstandsvorsitzende von France Télévisions, Patrick de Carolis, löste kürzlich eine Debatte aus, als er zusätzliche Mittel für den Ausbau des öffentlich-rechtlichen Rundfunks forderte: entweder eine Erhöhung der Rundfunkgebühr oder eine Ausweitung der Werbung.

Rundfunkgebühr – pro oder contra? Die Verantwortlichen werden nicht müde zu betonen, dass die Rundfunkgebühr das beste Mittel zur Finanzierung eines Radio- und Fernsehprogramms von hoher Qualität ist. Ein Abend im Theater oder ein Zeitungsabonnement sei teurer, sagen sie.

Weitere Informationen:

GEZ – Gebühreneinzugszentrale, www.gez.de
KEF – Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs, www.kef-online.de
DDM – Direction du Développement des médias: www.ddm.gouv.fr

Radio France Internationale

Die ganze Vielfalt der Welt

Antoine Schwarz*

» Radio France Internationale (RFI) hat vor kurzem seinen 30. Geburtstag gefeiert. Im Konzert der Auslandssender gehört RFI damit sowohl zu den jüngsten als auch zu den originellsten Mitstreitern. Sein strategisches Anliegen: eine spezifisch französische und pluralistische Perspektive auf die internationale Aktualität wiederzugeben.

Bereits der Name beschreibt die wesentlichen Anliegen des französischen Auslandssenders: Radio, France, Internationale (RFI). Mit anderen Worten: Er trägt die spezifischen Werte und die Sicht Frankreichs auf das Weltgeschehen über den Äther. Mittlerweile hat sich RFI mit seinem weltweit größten Netz an UKW-Sendern als feste Größe für internationale Nachrichten und als wichtiger kultureller Vermittler durchgesetzt.

RFI gehörte zunächst zum Office de Radiodiffusion Télévision Française (ORTF), der öffentlich-rechtlichen Rundfunk- und Fernsehanstalt Frankreichs von 1964 bis 1974, ab 1974 dann zu Radio France. Das seit 1982 selbständige Unternehmen ist 1986 zu einer unabhängigen nationalen Gesellschaft geworden. RFI ist ein nationaler Radiosender des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, der seine Sendungen auf Französisch sowie in 19 weiteren Sprachen ausstrahlt. Mit der Zuwendung des Außenministeriums und den Rundfunkgebühren sind 95 Prozent seines Kapitals staatlichen Ursprungs. Der Anteil an Eigenressourcen ist noch bescheiden (5 Prozent), auch wenn die Entwicklung im Laufe der letzten Jahre nach oben zeigt.

Die Regierungsbehörde CSA (Conseil supérieur de l'audiovisuel) ernennt den Vorstandsvorsitzenden sowie vier Mitglieder des Verwaltungsrats, der die politische Unabhängigkeit des Senders garantiert. Der CSA überprüft darüber hinaus, ob die gesetzgeberischen und vorschriftsmäßigen Anforderungen, die für RFI ebenso gelten wie für alle übrigen Rundfunkanstalten des öffentlichen Sektors in Frankreich, eingehalten werden. Die Programmgestaltung wird ihrerseits unter der Aufsicht des Président-directeur général (Intendant) durch die Nachrichtenleitung festgelegt, welche die alleinige Verantwortung für die Umsetzung trägt.

Innerhalb weniger Jahre hat die RFI-Gruppe eine beachtliche Entwicklung durchlaufen und umfasst mittlerweile acht Filialen, darunter Monte Carlo Doualiya und europäische Stationen wie Europa Lisboa, Beta RFI in Belgrad oder RFI Bulgarien. Was das französischsprachige Programm betrifft, besteht Radio France Internationale aus drei getrennten Stationen: „Monde", „Afrique" und „Multimédia". Das Unternehmen verfügt über acht Auslandsstudios: in Washington (Vereinigte Staaten), Jerusalem (Israel), Moskau (Russland), Kairo (Ägypten), Dakar (Senegal), Johannesburg (Südafrika), Beirut (Libanon) und Brüssel (Belgien), das als einziges zusammen mit Radio France besetzt wird. Für Ende 2007 plant die RFI-Gruppe die Eröffnung zweier neuer Büros in Yaoundé und Peking.

Dank seiner internationalen Einbettung und Verbreitung kann der Sender regelmäßig von fast 45 Millionen Hörern weltweit empfangen werden. Mit dieser Hörerschaft zählt RFI nach BBC World Service und Voice of America zu den meistgehörten internationalen Radiosendern.

---

* Antoine Schwarz ist Président-directeur général (PDG) von Radio France Internationale. Übersetzung: Nicola Denis.

Fremdsprachige Programme

RFI sendet, allerdings mit einer sehr unterschiedlichen Gewichtung, in Französisch und 19 weiteren Sprachen. Auf Arabisch ist das Programmangebot (mit 17 Stunden) am umfangreichsten. Es wird von der RFI-Filiale Monte Carlo Doualiya ausgestrahlt, von einem in Zypern stationierten Mittelwellensender sowie von zwölf in der arabophonen Welt (davon drei im Irak) verteilten UKW-Sendern. Den Erfolg der arabophonen Programme von MCDoualiya belegen regelmäßig in der Region durchgeführte Umfragen, die den ständigen Hörerkreis auf nahezu zehn Millionen Hörer schätzen. Die Programme in den übrigen Sprachen antworten auf spezifische Zielsetzungen, die sich in drei Gruppen einteilen lassen:

- **Programme, die auf das traditionelle politische Anliegen zurückgehen:** Dabei handelt es sich um ein historisches Anliegen, demzufolge das demokratische Defizit der Empfangsländer behoben werden soll, indem man sie mit Nachrichten – über die jeweiligen Länder selbst oder über die übrige Welt – versorgt, die ihnen sonst vorenthalten blieben.
- **Programme, die den Wunsch einer spezifisch französischen Einflussnahme berücksichtigen:** Für bestimmte Zonen entspricht die Arbeit von RFI dem Versuch einer spezifisch französischen Einflussnahme, die sich nicht auf eine einfache „Europäisierung" reduzieren lässt, sei es aus politischen (für das nicht frankophone Afrika), kulturellen (Lateinamerika, Türkei) oder historischen Gründen (Kambodscha, Laos). Diese Aspekte ergänzen die – im Übrigen grundlegende – Arbeit, die RFI im Namen der Frankophonie verfolgt.
- **Die Programme, die auf den Europagedanken zurückgehen:** Die Existenz der Europäischen Union mit ihren 27 Mitgliedstaaten und der Perspektive eines weiteren Zuwachses an Partnerländern lassen die transnationale Ausstrahlung, die bisher dominierte, vollkommen obsolet erscheinen. Von Beginn an gehörte Deutschland zur E(W)G, seit kurzem auch Rumänien und Bulgarien zur Europäischen Union. Muss man daraus ableiten, dass RFI inzwischen auf seine Angebote in den europäischen Sprachen verzichten sollte? Diese Einstellung stünde in krassem Widerspruch zur strategischen Zielsetzung des Senders, derzufolge der französische Einfluss im Herzen Europas ausgebaut werden soll. Diese politische Ausrichtung verbindet sich mit einer anderen Zielsetzung, die auch der französischsprachigen Redaktion von RFI ein Anliegen ist: Es ist notwendiger denn je, das Informationsniveau der Europäer in eigener Sache zu verbessern. Aus diesem Grund ist es wichtig, die an das europäische Publikum gerichteten Sendungen aufrecht zu erhalten, Inhalte und Wege aber den neuen Zielsetzungen anzupassen.

Eine spezifisch französische Sicht

Die internationale Aktualität steht im Mittelpunkt der inhaltlichen Linie von RFI und ist für seine Hörer ein konstitutiver Bestandteil des Programmangebots. Der ursprünglich von Journalisten gegründete Sender hat über die Jahre hinweg sein praxisnahes Engagement bewahrt und weiter entwickelt.

Die Nachrichtensequenzen werden in Abstimmung mit den Zeitzonen konzipiert und berücksichtigen die Besonderheiten der fünf Kontinente. Im Jahr 1996 hat RFI ein ausschließlich für Nachrichten bestimmtes Format eingerichtet und sich verstärkt den neuen Technologien – digitale Übertragung, Kabel, Satellit, Internet – zugewandt. Ein besonderes Format, „le 10/20" (10 Minuten Nachrichten, 20 Minuten informative Sendezeit), und die flexible Programmgestaltung ermöglichen eine nahezu absolute Abstimmung auf die Hörergruppe. Durch insgesamt 120 Sendeblöcke pro Tag werden – unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Weltregionen und Zeitzonen – jeden Tag 200 Einzelsendungen angeboten, die durch die Pariser Redaktionen, die ständigen Auslandsvertretungen beziehungsweise -korrespondenten, aber auch durch Filialen, qualitativ besonders hochwertige Sender („radios labellisées") oder Partnerradios permanent mit Material versorgt werden.

Präsenz in Afrika und Europa

RFI strahlt weltweit 24 Stunden lang ununterbrochen auf zahlreichen Kanälen aus: über UKW (158 Relaissender garantieren eine exzellente Hörqualität), über Kurzwelle, Mittelwelle, über Kabel und Satellit sowie auf www.rfi.fr. Die breite Einbindung auf dem gesamten Globus erklärt sich zum einen aus dem in bestimmten Regionen wachsenden Bedürfnis nach unparteiischen, übersichtlichen und komprimierten Informationen, zum anderen aber auch aus den engen Beziehungen zwischen dem afrikanischen Kontinent und der frankophonen Zone. Die Programme und Nachrichtensendungen von RFI werden von weltweit 580 Radiosendern übernommen.

RFI ist gleichzeitig ein wichtiger internationaler Radiosender und ein lokales Medium, in vielen Ländern – insbesondere auf dem afrikanischen Kontinent mit 25,8 Millionen Hörern im subsaharischen Afrika – die Referenz schlechthin auf dem Nachrichtensektor. Sein Bekanntheitsgrad und die Qualität der Afrika-Redaktion erlauben es dem Sender, diese Stellung auf dem gesamten afrikanischen Kontinent, wo das Radio nach wie vor als beliebtestes Medium gilt, zu behaupten. RFI wird in ganz Afrika durch 94 Relaissender über UKW ausgestrahlt, über den Satelliten Worldspace und schließlich, in ländlichen Gebieten und Konfliktregionen, über Kurzwelle. Ebenso ist RFI auf dem gesamten Kontinent, hauptsächlich in den frankophonen Ländern, über ungefähr 100 Partnerradios angeschlossen.

In Europa kann RFI ebenfalls eine einflussreiche Stellung beanspruchen, da dem Sender entscheidende Vorteile zur Verfügung stehen: seine Ausstrahlung in mehreren Sprachen, die Einrichtung spezialisierter Studios sowie knapp 30 UKW-Relaissender in den Hauptstädten und Metropolen des europäischen Kontinents. Das Jahr 2007 wurde durch die Gründung des neuen Radiosenders Beta RFI in Belgrad geprägt, der aus einer Partnerschaft mit der serbischen Presseagentur Beta entstanden ist. RFI stützt sich nicht zuletzt auch auf seine Filialen RFI Deutschland, Europa Lisboa, RFI Bulgarien, RFI Romania und Aeriel in Ungarn.

Als Medium, das vernetzen möchte, macht sich RFI Entdeckung, Förderung und Ausbildung zur Aufgabe. Die Gruppe hat etwa einer ganzen Reihe kultureller Aktivitäten zugunsten von Künstlern oder jungen Talenten aus aller Welt zum Anstoß verholfen. Sie sollen nach Möglichkeit einem breiten Publikum vorgestellt und außerhalb ihrer Landesgrenzen bekannt gemacht werden, wodurch sich RFI aktiv am Dialog der Kulturen beteiligen kann.

Im Jahr 2006 haben RFI und seine arabophone Filiale Monte Carlo Doualiya einen neuen Preis für die Musikbranche ins Leben gerufen. Die insgesamt acht von der RFI-Gruppe initiierten Preise prämieren in jedem Jahr besondere Leistungen in den Bereichen Journalismus, Literatur, Tanz, Musik, Internet, Kino und Vermittlung der französischen Sprache. Über die Preise und kulturellen Veranstaltungen in Frankreich und auf dem afrikanischen Kontinent hinaus entwickelt RFI – etwa in Buch- oder CD-Form – Gemeinschaftsprojekte, die dazu dienen sollen, die (insbesondere afrikanische) Welt besser zu verstehen, zu ihrer Entdeckung einzuladen und ihre reichhaltigen Ressourcen zu teilen.

Auf dem Weg zur Multimediastation

Im Laufe der Jahre hat RFI sich der technologischen Entwicklung und einer verschärften Konkurrenz angepasst und vielfältige Anwendungsformen erschlossen: Radio, Internet sowie eine Schrift- und Hörmedium verknüpfende Presseagentur (MFI). Der Gebrauch des Internet (im Audioverfahren oder als Multimedia-Angebot) regte die RFI-Gruppe zu einer entscheidenden inhaltlichen Weiterentwicklung an. Die Sendestation „Monde“ in Paris bietet ihren Hörern eine Synthese verschiedener RFI-Sendungen, die sich auf die internationale und afrikanische Aktualität konzentriert und dabei ausführlich die Produktionen der Afrika-Antenne berücksichtigt.

Im Jahr 2006 haben die diversen Websites der Gruppe mehr als 33 Millionen Besuche verzeichnet und verbuchen insgesamt, mit fast 77 Millionen befragten Seiten, ein Wachstum der Besucherzahlen von 42 Prozent.

Kultur-Spektrum

Oktober / November

Zusammengestellt von Siegfried Forster*

Rugby und Kultur

Die noch bis zum 16.10. andauernde Rugby-WM in Frankreich inspiriert viele Museen: Das Musée Fabre in Montpellier zeigt bis zum 28.10. Parallelen zwischen Rugby und moderner Kunst. In Paris zeigt der Fotograf Denis Rouvre bis zum 20.10. in der Galerie Confluences eigenwillige Abzüge von Rugby-Spielern. Das Musée Aquitaine in Bordeaux hat den Ehrgeiz, unter dem Titel „Rugby ist eine Welt" zum ersten Mal eine große Ausstellung über die Geschichte des Rugbys zu präsentieren (bis 31.10.). Und das renommierte Pariser Musée du Quai Branly präsentiert bis zum 20.10. eine originelle Veranstaltungsreihe „Rugby, wie Sie es noch nie gesehen haben".

„Le Laboratoire"

Die gleichnamige neue Pariser Einrichtung öffnet ihre Türen am 19.10. Sie will Kunst und Wissenschaften einander annähern. Bildhauer Fabrice Hyber und Designer Mathieu Lehanneur ergründen als erste Gäste das Thema „Intelligenz".

„Picasso – Kubist"

Das Pariser Picasso-Museum verspricht, erstmals sämtliche Forschungen über die kubistische Periode Picassos zu veröffentlichen. Anlässlich des 100. Jahrestags des berühmten Werks „Les Demoiselles d'Avignon" werden 350 Werke aus dem Erbe Picassos gezeigt (bis 7.1.). Gleichzeitig bietet das Museum dem Fotografen Gilles Peress ein Podium für einen historisch-künstlerischen Vergleich: „1937Guernica2007" – präsentiert als „work in progress".

Alberto Giacometti

Das Centre Pompidou zeigt vom 17.10. bis 11.2. eine der ehrgeizigsten Retrospektiven des Schweizer Künstlers: 600 Skulpturen, Gemälde, Zeichnungen und Fotografien offenbaren erstmals innerhalb einer Schau sämtliche Facetten des Werks Giacomettis (1901–66).

Fragonard

– „Die Freuden eines Jahrhunderts" (bis 13.1.). Die Ausstellung vereint über 100 Werke aus aller Welt des 1806 in Paris verstorbenen Malers, der wie kaum ein anderer das Denken und den Geschmack seiner Epoche auf den Punkt brachte.

Ferdinand Hodler

Das Musée d'Orsay versammelt vom 30.10. bis 27.1. über 100 Werke des bekanntesten Schweizer Malers des 19. Jahrhunderts, dessen Karriere gleichermaßen von Erfolg und Skandalen begleitet wurde: von seinem Durchbruch dank Puvis de Chavannes bis zum Einfluss auf Helmut Federle.

„Die einzigartige Welt des Charles Sellier –

ein Maler aus Nancy des 19. Jahrhunderts" zeigt das Musée Georges de La Tour in Vic-sur-Seille. Weil er keiner Kunstrichtung zugeordnet werden konnte, geriet Sellier lange Zeit in Vergessenheit. Die Tatsache, dass viele seiner Werke mit experimentellen und wenig haltbaren Materien gemalt wurden, erschwert eine Rezeption des Querdenkers, der wie Rembrandt das Licht in den Mittelpunkt seiner Arbeiten stellte (noch bis 4.11.).

Internationale Kunstbiennale in Lyon

„00's, Geschichte eines Jahrzehnts, das noch nicht benannt worden ist". Unter diesem Titel leitet Thierry Raspail seit dem 19.9. Frankreichs aufregendste Kunstbiennale als künstlerischer Direktor. Stéphanie Moisdon und Hans Ulbrich Obrist konzipieren zusammen mit 19 Künstlern das ehrgeizige Unterfangen, das Jahrzehnt an unterschiedlichen Schauplätzen in Lyon einzufangen – abseits von Kunstbewegungen, Generationen, Nationen, Kunststilen und Ideologien … (bis 6.1.)

---

* Siegfried Forster arbeitet in Paris als Journalist mit den Schwerpunkten Kultur, Umwelt und Wissenschaft.

FIAC

Frankreichs größte Internationale Messe für zeitgenössische Kunst vereint in diesem Jahr vom 18. bis 22.10. im Parc des Expositions namhafte Künstler und Galerien aus aller Welt.

Vom 15. bis 18.11. gibt sich die Crème de la Crème der Fotoszene im Carroussel du Louvre ein Stelldichein bei „Paris Photo".

Das Museum für außereuropäische Kulturen, Quai Branly veranstaltet vom 30.10. bis 25.11. seine erste Freiluft-Foto-Biennale „Photoquai" entlang des Seine-Ufers mit 70 Fotografen aus 40 Ländern.

„Play Back"

nennt sich das Unterfangen des Musée d'art moderne de la Ville de Paris, den Video-Clip als neue Kunstform zu etablieren (ab 20.10.). Gleichzeitig wird dort Mathieu Mercier geehrt, Preisträger des Prix-Marcel-Duchamp 2003.

Louvre: Im Zeichen des Orients

steht die Ausstellungs-Saison 2007/2008. Vom 5.10. bis 7.1. sind islamische Meisterwerke des Aga Khan Museums zu sehen. Chefs-d'œuvre einer Ästhetik, die sich von Spanien bis Indien erstreckt. Die Ausstellung spiegelt außerdem auch die Sicht der islamischen Welt auf die europäische und chinesische Kunst wider.

Gleichzeitig zeigt der Louvre „Der Gesang der Welt": Beschworen wird die „Kunst der Safawiden" im persischen Reich nach der Niederwerfung der Turkmenen (1501–1736). Diese oftmals unverstandene iranische Kunst will der Louvre nun als Konzeptkunst näher bringen.

Anselm Kiefer enthüllt am 25.10. ein monumentales Werk aus Literatur, Musik, Tanz, Wissenschaft, Philosophie, das anschließend Einzug in die Louvre-Sammlung halten wird – eine Ehre, die vor über 50 Jahren zuletzt Georges Braque zuteil wurde.

Außerdem darf sich der Fotograf „Christian Milovanoff" vom 1.11. bis 21.1. als zeitgenössischer Künstler im Louvre austoben – 20 Jahren nach seinem wegweisenden Werk „Le Louvre revisité".

„Meisterwerke aus dem Ganges-Delta"

Die Schau im Musée Guimet versammelt Kostbarkeiten aus den staatlichen Museen Bangladeshs, die noch nie ihr Heimatland verlassen haben. Ein künstlerisches Konzentrat aus Ostbengalen, einer der kulturell reichsten Regionen der indischen Welt (24.10.–3.3.).

Judentum im Comic

Unter der Überschrift: „De Superman au Chat du Rabbin" versammelt das Museum für die Kunst und Geschichte des Judentums in Paris 270 Archiv-Werke und Originalzeichnungen aus der Comic-Welt. Ein Universum, dem jüdische Künstler und Autoren wesentlich zum weltweiten Erfolg verholfen haben – die Superhelden stecken voller Erfahrungen, Träume, Ängste sowie Traditionen jüdischer Immigranten und Überlebender (17.10.–27.1.).

„Juste la fin du monde"

François Berreur führt in der Pariser Cité Internationale Regie bei dieser Neu-Inszenierung von „Einfach das Ende der Welt". Jean-Luc Lagarces Werk hatte bei seiner Entstehung für heftiges Unverständnis gesorgt. Mit Hervé Pierre, Bruno Wolkowitch, Clotilde Mollet und Elizabeth Mazev in den Hauptrollen ...

Im Pariser Théâtre de la Ville hält Choreographin Mathilde Monnier vom 9. bis 13.10. Einzug mit neun Tänzern: „Tempo 76" – eine Suche nach Gleichklang auf eine Musik von György Ligetti.

Vom 13. bis 17.11. zeigt die Kuchipudi-Tänzerin Shantala Shivalingappa zeitgenössische Soli, ein weiteres Abenteuer nach ihren Erfahrungen bei Peter Brook, Bartabas und Pina Bausch.

Romeo und Julia

Sasha Waltz verleiht vom 5. bis 20.10. in der Bastille-Oper der Symphonie von Hector Berlioz mit Hilfe der Tänzer der National-Oper einen choreographischen Ausdruck.

In der Garnier-Oper choreographiert Angelin Preljocaj vom 26.10. bis 10.11. „Le Songe de Médée" („Medeas Traum") nach der Original-Musik von Mauro Lanza in Zusammenarbeit mit dem IRCAM-Centre Pompidou.

Kultur-Vorschau

Frankreich in Deutschland

Zusammengestellt von Silke Stammer

Berlin

Galeries Lafayette: „Round & Round & Round“, Ausstellung zeitgenössischer Kunst mit Pierre Bismuth, Michel Blazy, Etienne Bossut, Stéphane Calais und Bruno Peinado

Institut Français: Jean-Marie Machado, einer der bekanntesten Musiker der französischen Jazzszene spielt Jazz, Fado und Blues (9.11., 19.30h)

Märkisches Museum: „Design Reference Paris“, mit Werken von Laurence Brabant, Ora Ito, Cédric Ragot, Patrick Jouin, Matali Crasset, Inga Sempé, Florence Doléac, Philippe Starck, Eric Jourdan und anderen (bis 4.11.)

Stiftung Genshagen: „Der Wandel von Rollenverständnissen in Integrationsprozessen“, deutsch-französische Tagung (9./10.11., Anmeldung unter Tel.: +49(0)3378 - 80 59 15)

Bonn

Institut Robert Schuman: Autorenlesungen: Tanguy Viel – „Insoupçonnable“ (16.10., 19.30h), Boualem Sansal – „Harraga“ (9.11., 20h, der buchLaden) / Gilles Marie Buscot – Soirée chansons (26.10., 19h, Hardtberg-Gymnasium) /

Dortmund

Auslandsgesellschaft NRW: „Soirée Marguerite Duras: les débuts d’un écrivain (1950–1953)“, Lesung mit Diskussion in Deutsch und Französisch (10.10., 19.30h)

Düsseldorf

Museum Kunst Palast: „Bonjour Russland – Französische und Russische Meisterwerke von 1870–1925 aus Moskau und St. Petersburg“, mit Werken von Monet, Matisse, Cézanne, Gauguin, Repin, Kandinsky, Malewitsch, Chagall und anderen (bis 6.1.)

Tanzhaus: „Christian Rizzo & l’association fragile“, Tanzperformance (26./27.10., 20h) / „Temps d’Images“, europäisches Festival für Tanz, Performance-Kunst und Installation, unter anderem mit Jan Fabre und Yasmine Hugonnet (30.10.–18.11., Programm unter Tel.: +49(0)211 17270 - 0)

Tonhalle: Das Orchestre National du Capitole de Toulouse spielt Berlioz, Chopin und Tschaikowsky (17.10., 20h)

Essen

CCFA: „Capitales européennes en BD – europäische Hauptstädte im Comic“, Ausstellung (9.10.–29.11.) / Lecture-Rencontre: Xavier-Laurent Petit (30.10., 19.30h), Cécile Wajsbrot (12.11., 19.30h) / Konzert „Eric Legnini Trio“, Jazz, Soul und Blues (29.10., 20h; am 2.10. in der Jazzschmiede Düsseldorf) / „Marguerite Yourcenar und die Geschichte“, Vortrag von Dr. Angelika Ivens (Aachen) anlässlich des 20. Todestages der Autorin (5.12., 20h, Buchhandlung Proust, Wörter. Töne)

Hamburg

Galerie Xprssns: „Romain Dautry: Idéale Transparance“, Plastiken rund um das Phänomen des Sehens (9.11.–14.12.)

Fabrik: „Erik Truffaz Quartett“, Jazzkonzert (4.10., 20h)

Hamburger Institut für Sozialforschung: „Wie weiter mit Michel Foucault?“, Vortrag in deutscher Sprache, Prof. Dr. Philipp Sarasin

Institut Français: „Die Weimarer Malerschule – die deutsche Landschaftsmalerei in Auseinandersetzung mit dem französischen Impressionismus“, Lichtbildvortrag in französischer Sprache, Dr. Hendrik Ziegler (Warburg-Haus, 22.10., 19.30h) / Jeanne Balibar, Chansonabend (Knust, 10.11., 20h; 14.11. Brotfabrik Bonn) / „Michel Schneider: Marylin, dernières séances“, Lesung in französischer Sprache (20.11., 19h)

Literaturhaus: „Balzac & Stendhal“, Gespräch und Lesung mit der Übersetzerin Elisabeth Edl und Johannes Wilms, Frankreich-Korrespondent der *Süddeutschen Zeitung* und Balzac-Biograph, Moderation: Rainer Moritz (4.12., 20h)

Monsun Theater: „Der arme Matrose“, Moritat in drei Akten von Jean Cocteau, Musik von Darius Milhaud (1.–4.11., 20h und 11h)

Thalia Theater: „Sens (Anja Hilling)“, Gastspiel der Comédie de St. Etienne (7.11., 19.30h)

Köln

Institut Français: „Poesie und Wirklichkeit. Französische Filmklassiker der 1920er bis 1960er Jahre“, Auswahl von Klassikern mit biographischem oder thematischem Bezug zum französischen Maler Balthus und der Ausstellung „Balthus – Aufgehobene Zeit“ im Museum Ludwig (bis 4.11.)

Schauspielhaus: „Der Gott des Gemetzels“ von Yasmina Reza, Inszenierung Karin Beier (Premiere 1.12.)

Universität / Musikwissenschaftliches Institut: „François Bayle – die Klangwelt der akusmatischen Musik“, internationales Symposium mit vier Portraitkonzerten in Kooperation mit dem Institut National de l’Audiovisuel (9.–12.10., Info & Anmeldung unter Tel.: +49(0)221 - 470 38 02)

Mondschein-Theater

Das 61. Festival d'Avignon suchte den Dialog der Kunstformen

Stefan Tigges*

» Das Festival 2007 blickte unter Gastkünstler Frédéric Fissbach zurück auf einen seiner Gründer: René Char, der in diesem Jahr 100 Jahre alt geworden wäre. Es gelang jedoch nur sehr wenigen Inszenierungen, den programmierten Dialog zwischen den Künsten und mit dem Publikum ästhetisch überzeugend umzusetzen.

Agnès Vardas Fotografie „Vilar seul dans son palais", die in der Chapelle Saint-Charles im Rahmen einer Ausstellung zur Geburtsstunde des Festivals zu sehen war, spiegelt die ästhetische Schwerpunktsetzung der diesjährigen Ausgabe symbolisch wider: Der Regisseur und Schauspieler Jean Vilar, der 1947 gemeinsam mit René Char und dem Kunstsammler-Ehepaar Yvonne und Christian Zervos „La semaine d'art en Avignon" gegründet hatte, sieht nach einer Aufführung im Ehrenhof des Papstpalastes müde und zweifelnd in den Spiegel. Vardas aus 24 Teilen zusammengesetzte, neu bearbeitete und überdimensionale Aufnahme von 1952 zeigt einen einsamen skeptischen Mann, der unter einer brennenden Lampe am Schminktisch sitzt. Er scheint sich an sein Publikum zu erinnern, seine „Maske" abzulegen und über seine Rolle als Künstler sowie die Flüchtigkeit des Theaters nachzudenken. Im rechten Bildteil ist ein vergitterter Torbogen zu erkennen, durch den ein Lichtschimmer eindringt. Der „rollenlose" Künstler wirkt in diesem Augenblick gleichermaßen geschützt wie gefangen, von der Außenwelt abgetrennt zu sein, und scheint sich zu fragen, ob „sein" Theater in der Stadt nachhallt. Kommunizierten die Aufführungen dieses Jahr in Avignon weiter mit dem Publikum, dessen Rolle besonders künstlerisch thematisiert wurde, oder begannen sie sich als Erinnerungspartikel gegen Ende des Festivals bereits zu musealisieren? Ein Aphorismus René Chars aus seinen berühmt gewordenen Prosagedichten „Feuillets d'Hypnos" lautet: „Wie hört ihr mich denn? Ich spreche ja von so weit … ?" – Dies gilt leider sinnbildlich für zahlreiche Aufführungen.

Bilanz in Zahlen

Dessen ungeachtet wachsen die beeindruckenden Zuschauerzahlen des In-Festivals immer weiter an: über 100 000 verkaufte Karten, eine rekordverdächtige Platzauslastung von 93 Prozent. Hinzu kommen noch 40 000 gezählte Eintritte zu den zahlreichen Gratisveranstaltungen wie Ausstellungen, Lesungen, Diskussionen, Filmvorführungen und Künstlergesprächen, die in Avignon traditionell eine außergewöhnliche Rolle spielen.

Gezeigt wurden insgesamt knapp 30 verschiedene Aufführungen, von denen ein großer Teil Festival-Eigenproduktionen sind oder aus dem Ausland kamen. Zwei Drittel der Inszenierungen waren zum ersten Mal in Frankreich zu sehen. Der dieses Jahr eingeladene, junge französische Gastkünstler Frédéric Fissbach, der während der Produktion mit allen Beteiligten im Papstpalast wohnte und Interessierte zu Diskussionen und gemeinsamen Essen einlud, stellte sich mit zwei sehr unterschiedlichen Aufführungen vor und wurde für seine René Char-Bearbeitung im Papstpalast von

* Stefan Tigges, Kultur- und Theaterwissenschaftler, ist DAAD-Lektor an der Université de Rouen und freier Theaterkritiker.

Publikum und Presse zum Teil heftig angegriffen. Hortense Archambault und Vincent Baudriller, die das Festival auch die nächsten vier Jahre leiten und mit dem von ihnen entwickelten „artiste associé"-System fortfahren werden, formulierten im Programm-Vorwort, dass die Kunst dazu beitrage, die „Sprache neu zu erfinden", und fassten den Begriff des „künstlerischen Schreibens" bewusst weit: „Des écritures littéraires, scéniques, choréographiques qui cherchent, inventent, pour mieux représenter, questionner, transformer notre réel dans toutes ses dimensions, intimes ou sociales."

Programmatisch räumten sie dabei gemeinsam mit Frédéric Fissbach der Auseinandersetzung mit den dunklen Kapiteln des 20. Jahrhunderts viel Platz ein. Daneben wurde wieder stärker auf „Klassiker" (Shakespeares „King Lear", „Richard III." und Claudels „L'Echange") gesetzt, Gegenwartsdramatik unter anderem von Valère Novarina und Tony Kushner auf ihre künstlerische oder politische Bedeutung hin überprüft und ein interessanter Blickpunkt auf getanzte afrikanische Schreibstrategien eröffnet. Hier zeigte sich insbesondere die Bedeutung des (Auto-)Biographischen und die Befragung des (Text-)Körpers, die auch bei anderen eingeladenen Performance-Künstlern, die an der Schnittstelle zum choreographischem Theater und der bildenden Kunst arbeiten, eine signifikante Rolle spielt, wie Rodrigo Garcia, Alain Platel, Eléonore Weber, Sasha Waltz, Raymond Hoghe oder Romeo Castellucci.

Stärker als in den letzten Jahren wurde 2007 die Aufmerksamkeit auf die Literatur gelenkt, die gleich mehrfach dramatisiert wurde (Louis-Ferdinand Céline, René Char, Klaus Mann und John Steinbeck). Dabei kristallisierten sich äußerst divergierende ästhetische Transformationsformen heraus, und es wurde deutlich, dass das Festival wie zu seiner ersten Stunde den Dialog zwischen den Künsten und vor allem die Nähe zur bildenden Kunst sucht. Ob es dabei zwischen den Künstlergenerationen und zwischen Künstlern und Publikum immer zu einem fundierten Austausch kam, wie im Programm als Wunsch formuliert, mag gerade im Falle einiger konzeptioneller, selbstreferenzieller Produktionen fragwürdig bleiben. Dies betrifft zum Beispiel Christophe Fiats „La jeune fille à la bombe" oder Mathieu Bauers Steinbeck-Adaption „Sweet Thursday", da beide Produktionen in ihrem modischen Medienrausch eigentlich nur Atmosphäre und inhaltliche Oberflächenreize zu Themen wie Terrorismus und Prekariat zu erzeugen vermochten.

Körperbefragungen und Sexualität

Interessanter erwies sich dagegen die Inszenierung „Big 3. episode" der jungen österreichisch-französischen Performancegruppe „Superamas", die ihre Künstleridentitäten mit viel Ironie spiegelten, TV-Formate wie „Sex in the City" ästhetisch brachen und ihre Körperpräsenz analysierten. Mittels Songeinlagen, vorproduzierten Filmsequenzen und improvisierten Ereignissen variierten sie ihre fragmentarische Erzählweise und sprachen damit insgesamt vor allem ein junges Publikum an.

Die Filmemacherin Eléonore Weber schloss in „Rendre une vie vivable n'a rien d'une question vaine" thematisch an die Frage der Körperlichkeit an, ließ ihre vier SchauspielerInnen auf subtile Weise ihre Körper(-Identitäten) befragen und erreichte damit auch jenseits der live auf die Leinwand projizierten Bilder ein intimes und reiferes Porträt der in den 1970er Jahren geborenen und ihre Sexualität hinterfragenden Darsteller.

Der junge und im europäischen Festivalbetrieb zunehmend erfolgreiche polnische Regisseur Krzysztof Warlikowski vollführte mit seiner ebenso persönlichen, fünfstündigen Deutung von Tony Kushners „Angels in America 1 & 2" einen ästhetischen Drahtseilakt: Es gelang ihm mit seinen zumeist herausragenden polnischen Schauspielern, Kushners Aids-Thematik und posthumane Vision der späten Reagan-Ära in das heutige, katholisch geprägte Polen zu übersetzen und insbesondere die Thematik der Homosexualität und jüdischen Identität in einem komplexen Assoziations- und Referenzreigen diskursiv zu verhandeln. Dabei erzeugte er in einem Schulhof im Herzen von Avignon vor begeistertem Publikum eine äußerst wirkungsvolle Bildsprache, die Kushners Friedhof der Geschichte scharf ausleuchtete und die untoten Toten engelhaft wiederbelebte.

Der italienische Performer Romeo Castellucci, der vor zwei Jahren unter dem Gastkünstler Jan

Fabre mit drei radikalen Arbeiten viel Aufsehen erregt hatte und 2008 der Nachfolger von Frédéric Fissbach wird, operierte in „Hey Girl“ auf eine ganz andere Weise mit zahlreichen Referenzen: Er zelebrierte spät nachts in einer ehemaligen Kirche einen profan-sakralen Gottesdienst, der Mythen- und Dramensplitter (Jeanne d’Arc, Shakespeare) mit biblischen Zitaten, Lifestyle-Produkten und Jan Van Eyck-Verweisen allegorisch verdichtete und seine junge Darstellerin auf eine qualvolle Reise der Metamorphosen schickte. Castellucci rahmt die offene Performance, die immer wieder auf Opferrituale und Folterprozesse sowie ästhetisch auf die Arte Povera verweist, leitmotivisch mit der Symbolik der Geburt und des Todes. Erkennt das Publikum zu Beginn durch den Nebel auf einem Eisentisch einen zerlaufenden und auf den Boden tropfenden Körper, dem eine junge Frau entschlüpft, so doppelt er diese Figur im Verlauf ihrer Erwachsenwerdung durch eine weitere schwarze Darstellerin beziehungsweise durch eine riesige puppenartige Maske, bis diese von einem Statistenheer grausam niedergeprügelt und am Ende vom Licht ausgelöscht wird. Auch wenn „Hey Girl“ nicht zu den stärksten Arbeiten der italienischen Performance-Gruppe „Socìetas Raffaello Sanzio“ gehört, die plastischen Verformungen gefährlich dekorativ geraten und die übertrieben Verweis-Spielarten zum Teil in der Leere verlaufen, zählte die Arbeit zu den innovativsten Festival-Beiträgen. Sie hätte dringend einer ästhetisch ähnlich performativ geprägten Konkurrenz-Produktion aus der bildenden Kunst bedurft, um den intendierten Dialog der Kunstformen wirklich werden zu lassen.

„Romeo Castelluccis Arbeit zählte zu den innovativsten Festival-Beiträgen.“

Tänzerische Standpunkte

Ähnliches gilt wohl für das minimalistisch-konzentrierte Projekt „Nine Finger“ des flämischen Choreographen Alain Platel. Die erste gemeinsame Produktion mit der Tänzerin Fumiyo Ikeda und dem bildenden Künstler und Schauspieler Benjamin Verdonck orientiert sich frei an dem als literarische Sensation gefeierten Roman „Beasts of No Nation“ des nigerianischen Amerikaners Uzodinma Iweala über afrikanische Kindersoldaten. Die intime Inszenierung stellte sich der schwierigen Aufgabe, Vorgänge und Grausamkeiten in einem Kunstraum zu ästhetisieren, die sich nicht ästhetisieren lassen. Der Titel „Nine finger“ spielt auf etwas Abwesendes, unwiederbringlich Verlorenes wie zum Beispiel eine zerstörte Kindheit an. Zwischen den Formen des Tanzes, des Theaters und des getanzten Theaters boten Ikeda und Verdonck letztlich zwei miteinander konkurrierende sowie sich aufeinander beziehende Soli. Im Mittelpunkt stehen hier sowohl die Körperlichkeit des Textes als auch die mit den Körpern erzählten Geschichtsfragmente aus dem Leben des Kindersoldaten Abu, die speziell mit der Materialität der Raumkomponenten (Karton, Plastiktüte) und des Tons (das künstlerisch behandelte und mehrfach zerstörte Mikrophon) kommunizierten und dabei das Publikum stark polarisierten.

Sasha Waltz betanzte und choreographierte Installation „inside-out“ wurde demgegenüber zu einem Event und zeigte erneut, wie erfolgreich sich die Arbeiten der Berliner Choreographin im globalisierten Festivalbetrieb behaupten.

Wesentlich stiller war die Arbeit „36, Avenue Georges Mandel“ des auch in Frankreich geschätzten deutschen Choreographen und Tänzers Raymond Hoghe. Hoghe erinnerte in Form einer pathosfreien Hommage an Maria Callas, deren Pariser Adresse sich im Titel seines Solos wiederfindet, und fokussierte zu eingespielten Radio-Interviews und musikalischen Auszügen die Einsamkeit und Zurückgezogenheit der Sängerin, deren Berühmtheit sie in tragische Tiefen stürzen ließ. Die Größe dieses konzentrierten und extrem minimalistischen Abends lag wohl vor allem darin, dass es Hogh gelingt, Callas jenseits aller Mythen wieder zu begegnen, sie in ihrer Abwesenheit befragt, ohne dabei ihre Rolle zu illustrieren oder selbst in den Vordergrund zu treten, und zugleich über (seine) Kunst leise und intim nachzudenken.

Eine stürmisch gefeierte Hommage ereignete sich dagegen im Ehrenhof des Papstpalastes, in der Jean Jourdheuil mit einer live von France Culture aufgezeichneten Hörspielfassung von „Quartett“

an Heiner Müller erinnerte und gleichzeitig den beiden Schauspielern Jeanne Moreau und Samy Frey zur fortgesetzten Legendenbildung verhalf. Damit wurde nicht nur Müllers Werk endgültig zu einem „Klassiker" in Frankreich erhoben, sondern die beiden Schauspieler schrieben an diesem Abend auf der ihnen seit Jahrzehnten bekannten Bühne durch ihr glänzendes, rollenvertauschtes Spiel Theatergeschichte.

Céline – Char – Klaus Mann

Absolut umstritten waren zwei Produktionen, die den Schatten des Nationalsozialismus behandelten. Frank Castorf eröffnete mit der Dramatisierung von Louis-Ferdinand Célines „Nord" das Festival; in seinem autobiographisch gefärbten Roman beschreibt der mit dem Faschismus sympathisierende Autor seine Fluchtstationen im untergehenden Nazi-Deutschland. Der Intendant der Berliner Volksbühne entfachte in seiner Inszenierung „Norden" ein radikales „Stahlgewitter" und ließ einen Eisenbahnwagon sinnbildlich bis zu seiner „Vernichtung" durch die Geschichte rasen. Daraufhin formulierte Brigitte Salino in *Le Monde* den Verdacht der Verharmlosung: Castorf, so die Kritikerin, richte seine Aufmerksamkeit zu stark auf die Figur und Seelenpein des Schriftstellers, klammere das Schicksal der ermordeten Juden aus und tappe somit – in Anspielung auf Oliver Hirschbiegels Film – in die 'Untergangsfalle' („Avignon par la face 'Nord'", 8.7.2007).

Kurz darauf setzte sich Gastkünstler Frédéric Fissbach im Papstpalast mit René Chars „Feuillets d'Hypnos" (dt. „Hypnos. Aufzeichnungen aus dem Maquis") von 1943/44 auseinander. Char, der dieses Jahr seinen 100. Geburtstag gefeiert hätte, war seit 1940 Mitglied der Résistance und verarbeitete seine Erlebnisse im Widerstand in Form von Prosagedichten und aphoristischen Notizen. Seine 46. Notiz „Die Tat ist jungfräulich, selbst die wiederholte" lieferte das Festival-Motto für 2007. Char suchte als Dichter und Widerstandskämpfer in der vom faschistischen Terror „befleckten Wirklichkeit" nach poetischen Lichträumen, in denen das „Phantastische und Imaginäre noch aktionsfähig" ist. Die Idee, Chars 237 Notizen durch Laiendarsteller ästhetisch zu brechen und dabei gleichzeitig „authentisch" zu popularisieren, scheint auf den ersten Blick einleuchtend, scheiterte aber daran, dass Fissbach primär auf sieben Schauspieler setzte, diese vollkommen klischeeartig typisierte und wie in vorabendlichen seriellen TV-Formaten nur situationsgebunden kurzatmig auftreten ließ. Die Texte René Chars werden dabei buchstäblich in trendig-abstrakten Schauräumen im privaten Ton verhampelt, womit sich die von einem Teil des Publikums und der französischen Presse aufgeworfene berechtigte Frage stellt, warum der an sich intime und undramatische Lesestoff überhaupt theatralisch veröffentlicht sowie derart vergrößert werden muss. In der 128. Notiz beschreibt Char den Einfall einer SS-Kompanie in ein provenzalisches Dorf. Die 106 Statisten, die als Zeugen auf die Bühne gerufen werden und eindrucksvoll im Wechsel mit den Schauspielern die Textfragmente sprechen, kommen zu spät, um Chars visionäre Diagnose zu vergegenwärtigen: „Der Mensch – nachtwandlerisch steuert er auf die mörderischen Fundgruben zu, geleitet vom Gesang der Erfinder."

Fissbach lässt gegen Ende der Aufführung aus einer Duschzelle Theaternebel strömen. Mit diesem plakativen und in der Öffentlichkeit umstrittenen Bild wollte er wohl zum Ausdruck bringen, dass sich das „Prinzip Hoffnung" Chars in den Gaskammern auflöste. Ästhetisch konnte Fissbach insgesamt wenig überzeugen.

Guy Cassiers gelingt es dagegen mit „Mefisto for ever", Klaus Manns Roman überzeitlich zu inszenieren und den Stoff zugleich tief in der Gegenwart zu verankern. Der flämische Regisseur greift in seiner Inszenierung auf die kluge und freie Theaterfassung von Tom Lanoye zurück, ohne sich dabei in Anspielungen auf den Nationalsozialismus oder auf das unter rechtsextremen Druckwellen stehende Antwerpen zu verfangen. Warum also den mittlerweile verblassten Gründgens-Mythos auf die Bühne bringen, wobei zudem die Abhängigkeits- und Machtverhältnisse zwischen Kunst und Politik fast ausschließlich ökonomischen Parametern folgen? Oder anders, aus (theater-)ästhetischer Sicht gefragt: Warum mit „Typisierungen" operieren (die westdeutsche Debatte über das Verbot des Buches und die Reak-

tionen Klaus Manns), wenn diese im Theater längst vom Interesse an zeitgenössischen Biographien abgelöst wurden?

Klaus Manns fiktiver Starschauspieler Hendrik Höfgens wird bei Cassiers zu Kurt Köpler, brillant gespielt von Dirk Roofthoof. Cassiers analysiert Köplers „Pakt mit dem Teufel“ und stellt dessen wachsende Gewissenskonflikte und menschliche Isolation aus. Dabei wird das Theater zu einem Schauplatz, wo sich Kunst und Politik mit verfeinerten Strategien grausam bekämpfen und um (medialen) Einfluss pokern. Der Kunstgriff der Regie ist nun ein doppelter: Einerseits zeigt Cassiers auf, dass im Zeitalter der Theatralisierung die Politiker der Kunst zunehmend die Bühne streitig machen, um sich dort selbst zu inszenieren. Andererseits wird Köplers Flucht in seine Rollen, die ihn seine Außenwelt kaum noch wahrnehmen lässt, kunstvoll im multimedial aufgeladenen Bühnenraum in Form des „Spiels im Spiel“ auf verschiedenen Illusionsebenen hervorgehoben. Die individuellen und kollektiven Rollenstudien – Cassiers integriert hier zusätzliche von Gründgens gespielte Rollen (Shakespeare, Tschechow, Goethe) – dienen hier nicht ausschließlich als Fluchtmittel vor der Realität, sondern vergrößern gerade durch ihre tragische Kommentarfunktion dessen Innenleben, aber auch die mörderischen Ereignisse der Außenwelt. Das Publikum nimmt diese dramatischen Verweise als Folien wahr, die über das Mephisto-Material gelegt werden und dieses wiederum für das (über-)zeitliche Geschehen öffnen.

Kurz vor Aufführungsende dringt der äußere Wahn brachial in den Theaterraum ein, um die Kunst zu „schlucken“: Während ein Schauspieler in die Rolle Goebbels’ schlüpft und Auszüge aus der Rede vom „totalen Krieg“ skandiert, werden im Hintergrund Fragmente der „Möwe“ geprobt, in denen sich die Figuren eingestehen, menschlich und künstlerisch gescheitert zu sein. Gescheitert ist am Ende auch Kurt Köpler, der in der Gründungsphase der DDR als „Seeleningenieur“ angefragt wird und wieder eine Theaterleitungsfunktion übernehmen soll. Köpler ist sich zwar bewusst, dass er schuldbeladen, innerlich leer und künstlerisch orientierungslos ist, stellt sich jedoch für einen Neuanfang zur Verfügung.

Afrika: Schreiben als Überlebensstrategie

Die Kongolesen Faustin Linyekula und Dieudonné Niangouna stellten sich jeweils mit sehr unterschiedlichen (intimen) Arbeiten vor und zeigten, dass das autobiographisch-gebrochene Erzählen (über Themen wie Krieg, Krankheiten, Prostitution, Aids, Hungersnöte, Identitätsfrage, kulturelles Gedächtnis) in Afrika eine elementare Bedeutung hat und die Rollen des Autors, Regisseurs, Schauspielers und Tänzers nicht nur aus wirtschaftlichen Gründen produktiv zusammenfließen können. Auch hier geht es um das Verhältnis zur (eigenen) Geschichte, die politischen und ökonomischen Machtverhältnisse. Jedoch erweist sich die Frage des (künstlerischen) Überlebens als wesentlich existenzieller. Die Schreibstrategien, so das Ergebnis einer Diskussion, an der sowohl die Künstler als auch Autoren aus Mayotte, Togo, Burkina Faso und Kamerun teilnahmen, fallen höchst unterschiedlich aus. Sie gleichen sich aber darin, dass das Schreiben als ein körperlicher Akt der Revolte, als Mittel nicht allein zu sein, als Möglichkeit der Menschwerdung verstanden wird – oder, wie es eine Autorin sinnbildlich formulierte: „Ich schreibe in einem Haus, in dem meine Eltern abwesend sind.“

Dieudonné Niangouna lud das Publikum mit seinem Monolog „Attitude Clando“ nachts in den Garten der Maison Jean Vilar zu einer assoziationsreichen Reise ein, die nach Europa führte und die Perspektive eines illegalen Einwanderers unsentimental analysierte. Neben der Erzählkunst und dem Sprachwitz bleibt vor allem der zum Sprechen gebrachte Ort in Erinnerung: Der Künstler steht während einer Stunde fast reglos inmitten eines schwelenden Kohlekreises und ist nur durch den Mondschein sichtbar. Handelt es sich um einen Teufelskreis? Kann aus der verbrannten Erde neue Hoffnung wachsen? Oder ist es der Künstler, der letztlich – ähnlich wie Vilar vor seinem Schminktisch im Papstpalast – vor der Außenwelt für einen Moment „geschützt“ ist?

Perlentaucherin im Schleppnetz des Wahlfängers

Yasmina Reza porträtiert Nicolas Sarkozy

Medard Ritzenhofen*

» Das mit Spannung erwartete Buch der meistgespielten Bühnenautorin der Welt über den Kandidaten Nicolas Sarkozy während des Präsidentschaftswahlkampfes hat nicht alle Erwartungen erfüllt: Die Genremischung aus Essay, Reportage und literarischem Tagebuch ist vor allem für den französischen Leser lesenswert, aber der ganz große Wurf ist Yasmina Reza nicht gelungen.

Seit Wochen sprach man von nichts anderem. Das neue Werk des Theaterstars war in aller Munde. Als es endlich so weit war und sich der Vorhang hob, war alles, was Rang und Namen hatte, versammelt. Ein frühzeitiges Schmunzeln des Hausherrn ließ sich als gutes Omen deuten. Und wirklich: Im weiteren Verlauf des Dreiakters amüsierte sich Louis XIV. geradezu königlich. Molière konnte zufrieden sein. Der Erfolg seines „Tartuffe" schien mit der Uraufführung am 12. Mai 1664 gesichert. Umso größer war die Bestürzung des Dichters, als die Aufführung seines Stückes wenige Tage später von höchster Stelle verboten wurde. Der 26-jährige König hatte sich dem Druck des Pariser Erzbischofs beugen müssen, dem „dieses der Religion feindliche Stück von höchster Gefährlichkeit" ein Dorn im Auge war. Fünf Jahre sollte es dauern, bis der „Tartuffe" wieder auf einer öffentlichen Bühne gespielt werden durfte.

In einer akribischen Recherche von 450 Seiten haben die Publizisten François Rey und Jean Lacoutoure „L'affaire Tartuffe" (Editions du Seuil) aufgerollt. Dass auf deren Titelbild Molière als Alter Ego von Louis XIV. erscheint, kommt nicht von ungefähr. An Hand des unterschwelligen Einverständnisses des jungen Monarchen mit seinem Hofdichter, dessen Stück zeitweilig untersagt wurde, ohne dass der König seinen Protegé hätte fallen lassen, erschließt sich das Zusammenspiel von Staat und Theater, Macht und Geist, Lobbyismus und Phantasie, deren vielfältige Inszenierungen zum Besten gehören, was die reiche politische Kultur Frankreichs zu bieten hat.

Die profunde dialogische Analyse einer Komplizenschaft trotz Staatsräson und Standesgefälle zwischen König und Komödianten erschien im Frühjahr zum richtigen Zeitpunkt. Erfuhr doch das denkwürdige Rendezvous von Politik und Kunst auf höchster Ebene zur diesjährigen Rentrée eine viel versprechende Neuauflage. Dabei hätten der damals noch junge Sonnenkönig und der bereits berühmte Theatermann mit Nicolas Sarkozy und Yasmina Reza kaum würdigere Nachfolger finden können. Gaben sich doch im aktuellen Face-à-face ein nach der höchsten Macht greifender Heißsporn und die meistgespielte Bühnenautorin die Ehre, die mit ihrem weltweiten Erfolgsstück „Art" („Kunst", 1994) 'le genie comique' Molières bewiesen hatte.

Zur Vorgeschichte: Im beginnenden Präsidentschaftswahlkampf Anfang 2006 kam Yasmina Reza die Idee, ein Buch über den Mann zu schrei-

* Medard Ritzenhofen lebt als freier Journalist in Straßburg.

ben, der mit solch unbändiger Energie die Eroberung des Elysée-Palastes betrieb, dass alle Welt glaubte, dieser Prätendent könne nur noch über seinen übermäßigen Ehrgeiz stolpern. Im Juni kam es zu einem ersten Gespräch zwischen der Künstlerin und dem präsumtiven Kandidaten, der zu diesem Zeitpunkt als Innenminister seinen Amtssitz an der Place Beauvau hatte. Sarkozy biss sofort an. Offensichtlich fühlte er sich geehrt, von einer so berühmten Schriftstellerin wie Yasmina Reza porträtiert zu werden. Schon seine spontane Einwilligung in das Projekt ist an romanesker Galanterie kaum zu überbieten: „Même si vous me démolissez, vous me grandirez." („Selbst wenn Sie mich zerstören, werden Sie mich groß machen.")

Aber stammen diese Worte wirklich von Nicolas Sarkozy? Erstaunlicherweise fällt der superbe Satz nicht in Rezas Buch, sondern in einem Exklusiv-Interview, das die Autorin zu dessen Erscheinen dem *Nouvel Observateur* gab. Dass freilich Fakten und Fiktion bei einer Politik-Beobachterin verschwimmen, die nach eigenen Worten nur literarische Ambitionen hegte, liegt auf der Hand. Tatsache ist, dass der Chef der konservativ-bürgerlichen Partei UMP der Künstlerin das Privileg erteilte, ihm bei seinem Wahlkampf überall hin folgen zu dürfen. So begleitete Yasmina Reza ein ganzes Jahr die Sarkozy-Karawane von Beratern, Journalisten und Gefolgsleuten. Sie ist dabei, als ihr Modell den algerischen Präsidenten Abdelaziz Bouteflika oder die deutsche Kanzlerin Angela Merkel trifft. Sie folgt dem Kandidaten auf seiner Wahlkampftour in TV-Studios, Arbeitssitzungen, Markthallen, Fabriken und ein Frauengefängnis. Dabei gewinnt die diskrete Beobachterin im Hintergrund singuläre Einblicke in das Innenleben des umtriebigen Draufgängers: „Im Salon des Hotels, vor der Kundgebung in Charlesville-Mézières, nahm er sich den *Figaro*, der auf meinen Beinen lag. Offensichtlich hatte ein Artikel sein Interesse geweckt. Der Aufmacher auf der Titelseite war der Wiederwahl von Ahmadinejad gewidmet, daneben gab es diverse Berichte, auch über seinen eigenen Auftritt. Rechts unten auf der Seite war eine Werbung. Nach einigen Sekunden entfuhr es ihm, sie ist schön diese Rolex."

Gemeinsame Herkunft, gleiches Handicap

Dass ein nichts dem Zufall überlassender Wahlkämpfer, der die Medien an der kurzen Leine führt, sich dermaßen unbefangen gegenüber einer Porträtistin entblößt, deren Motive er sowenig kalkulieren konnte wie ihre literarische Absicht, kann nur überraschen. Doch irgendwie müssen diese beiden außergewöhnlichen Talente ihres jeweiligen Fachs zueinander gefunden haben. An tragfähigen Gemeinsamkeiten mangelt es keineswegs. Nicht nur teilen beide als Mitfünfziger das Alter, sondern auch eine parallele Immigrantenherkunft. Sarkozys Vater stammt ebenso aus Ungarn wie Rezas Mutter. Der zweite Elternteil ist bei ihm griechisch-jüdisch, bei ihr russisch-iranisch. Obwohl die beiden in Paris Geborenen in ihrer Kultur und Lebensart französischer nicht sein könnten, erinnern ihre alles andere als frankophon klingenden Namen noch an den harten Kampf um Anerkennung. Umso größer waren ihre Träume in der Jugend. „Als ich jung war, dachte ich, alles sei möglich. Obwohl alles gegen mich war, erschien mir alles möglich", meint Sarkozy, und Yasmina Reza denkt bei sich: „Genauso hätte ich es auch gesagt."

Sie haben es weit gebracht, Nicolas Sarkozy auf politischem Parkett und Yasmina Reza auf den Brettern, die die Welt bedeuten. Dennoch ist ihrer beider eminente Erfolgsgeschichte nicht frei von einer gewissen Geringschätzung seitens der etablierten Bildungseliten. Dem oft hemdsärmelig-wibbeligen Sarkozy, der seine Mimik nicht immer vorteilhaft zur Geltung zu bringen weiß, geht die Würde eines Staatsmannes ab. Obwohl seine politischen Konfessionen reißenden Absatz fanden – „Témoignage" (2006) soll 300 000 Mal verkauft worden sein – umgibt ihn nicht die Aura eines noblen 'homme de lettres'. So wie Sarkozy der Politik verschrieb sich Yasmina Reza der „Kunst". In ihrem gleichnamigen satirischen Kammerspiel kriegen sich drei Freunde bei der pseudofachmännischen Betrachtung und völlig unterschiedlichen Bewertung eines abstrakten Bildes, das nichts weiter als eine weiße Leinwand zeigt, fürchterlich in die Haare. Das geradezu altmeisterliche Stück, das den modernen Kunstjar-

gon aufs Korn nimmt, wurde an die 100 000 Mal rund um den Globus gespielt und in 35 Sprachen übersetzt. Im vergangenen Jahr fand die Uraufführung von Rezas Stück „Im Schlitten Arthur Schopenhauers", das den jüdischen Existenzekel in skurrilen Monologen pointiert, am Deutschen Theater in Berlin statt.

Trotz ihrer große Popularität, gerade in Deutschland, wo sie 2005 den Literaturpreis der Zeitung *Die Welt* erhielt, wird die meistgespielte Theaterautorin der Welt in ihrem Heimatland dem Boulevard zugerechnet. Ihr Welterfolg „Art" feierte 1994 Premiere an der Comédie des Champs-Elysées. Seitdem gilt Yasmina Reza in Frankreich als Autorin fürs Privattheater. Diese in Frankreich ihre besondere Existenz führende Bühnenform mit ihrem nach wie vor aufreizenden Belle-Epoque-Charme strotzt zwar vor vitaler Inszenierungsfreude, spielt in einem weitgehend staatlich organisierten Kulturbetrieb aber nur die zweite Geige. Damit ist die wohl wichtigste Gemeinsamkeit von dem Präsidenten in spe und seiner Porträtistin umrissen. Denn so wie ein Dominique de Villepin, obwohl er von seinem Rivalen weit abgehängt wurde, immer auf den Parvenü Sarkozy herabschauen wird, ist sich die altehrwürdige Comédie française zu fein dafür, die Boulevard-Autorin Yasmina Reza in ihren Spielplan aufzunehmen. Dabei täten der angestaubten ersten Bühne Frankreichs frische und freche Stücke dringend Not, und Dominique de Villepin hätte angesichts der gegen ihn sich verdichtenden Vorwürfe in der so genannten Clearstream-Affäre allen Grund, kleinere Brötchen zu backen.

„Auch eine Reza kann Sarkozy nicht neu erfinden, fördert aber einige Perlen zu Tage."

Lange vor seinem Erscheinen am 24. August wurde Rezas Sarkozy-Buch von der Presse zum „livre-événement" der diesjährigen Rentrée litteraire hoch gelobt. In der sich ankündigenden Bücherflut von 727 Romanen und 600 Sachbüchern wurde einem literarischen Zwitter höchste Aufmerksamkeit zuteil. Politischer Essay und persönliches Tagebuch, journalistische Reportage samt lyrischer Ausflüge: Yasmina Rezas Porträt präsentiert sich als Patchwork der literarischen Genres. Der Verlag Flammarion, zu dem sie für ihr Ausnahmebuch eigens von ihrem Hausverlag Albin Michel gewechselt war, machte aus seinem Spitzentitel vorab ein regelrechtes Staatsgeheimnis. Dies ließ die Spekulationen ins Kraut schießen, wobei das Nachrichtenmagazin *Le Point* den Vogel abschoss, indem es das publizistische Sommerloch mit einer Krimifolge überbrückte, die einen dreisten Raub von Rezas Sarkozy-Manuskript imaginierte.

So groß die Erwartungen waren, so schnell wurde der 180 Seiten schmale Blockbuster der Saison auf Platz eins der Verkaufslisten katapultiert. Durfte das Publikum bei einer ausgewiesenen Spötterin wie Yasmina Reza, die kein Blatt vor den Mund zu nehmen pflegt, doch auf pointierte Erkenntnisse über den Mann hoffen, der trotz seiner totalen Medienpräsenz noch immer ein unbeschriebenes Blatt ist. Doch, um es gleich zu sagen, Rezas gesammelte Schnappschüsse mit dem enigmatischen Titel „L'aube le soir ou la nuit" („Die Morgenröte, der Abend oder die Nacht") erfüllen die in sie gesetzten Erwartungen nur teilweise. Das liegt zum einen am insgesamt doch engen Rahmen des Verfahrens, in den ein großes Kunstwerk schlecht passen will. Auch eine Reza kann Sarkozy nicht neu erfinden. Die um größtmöglichen Realismus bemühte Porträtistin gewinnt ihrem Modell nur punktuell erhellende Seiten ab. Erlaubt doch das Bild eines ständig unter Termindruck stehenden Wahlkämpfers, der von einem öffentlichen Meeting zur nächsten parteiinternen Versammlung hastet, keine allzu große Schaffensfreiheit. Yasmina Reza macht aus dieser dramaturgischen Not eine stilistische Tugend. Denn sie taucht vollständig in den aufreibenden Alltag des mit Schleppnetz arbeitenden Wahlfängers und fördert dabei einige Perlen zu Tage.

Da ist zum Beispiel die Passage, in der Sarkozy mit dem Hubschrauber in dem provenzalischen Dorf Sainte-Lucie-de Tallano gelandet ist, um sich schnurstracks zu einem kleinen Saal zu begeben, in dem er seine übliche Rede halten wird. Es ist ein romantischer Ort mit seiner alten Olivenmühle, den Pinien und Kirschbäumen, den landestypischen Häusern. Erbittert konstatiert Yasmina Reza, dass ihr Held von der einnehmenden

Dorfidylle nicht die geringste Notiz nimmt: „Er hat nichts gesehen außer dem schwarzen Schwarm von Menschen, der beim Vorwärtseilen vor ihm zurückwich. Er bewegte sich wie immer, sprach dabei zu Journalisten und einigen ausgewählten Leuten. Er hat sich nicht einmal bemüht, etwas anderes wahrzunehmen. Nicht einmal hat er den teuflischen Vorhang beiseite geschoben. Nie wollte er anhalten, um wenigstens für Sekunden die Häuser zu betrachten, zu träumen, wer dort wohne, in den strengen Gemäuern, zwischen denen sich die Straßenzüge verlieren. Nichts hat er gesehen von den grünen Eichen an den steilen Böschungen, den Oliven- und Kastanienbäumen, die am Ende des Tages eine orange Färbung annahmen." Doch später, als sie wieder im Flugzeug nach Paris sitzen, hört sie Sarkozy sagen: „Es war herrlich, dieses Dorf."

Yasmina Reza zeigt uns einen Menschen, der in seinen Wahlkampfposen zum Klischee erstarrt und dem dennoch nicht leicht beizukommen ist. Für Sarkozys politisches Programm interessiert sich die Autorin kaum. Ihr geht es um seine Gefühlsregungen und spontanen Reaktionen. Sarkozy: „Die Liebe ist das einzige, was zählt." Reza: „Das nehme ich dir nicht ab. Ohne dein soziales Leben gingest du doch zugrunde." Sarkozy: „Nähme man mir meine Familie, noch eher." Reza: „Wenn man dich mit Cécilia und den Kindern nach Maubeuge verfrachten würde, gingest du ins Wasser." Sarkozy: „Ich wäre in zwei Jahren der König von Maubeuge."

Nicolas Sarkozy ist dann doch zum republikanischen König von Frankreich gewählt worden. Aber gerade sein Triumph gereicht Rezas ambitioniertem Porträt nicht zum Vorteil. Strauchelnden Helden gewinnt die Literatur nämlich seit jeher mehr ab als strahlenden Siegern. Eine Niederlage des Favoriten hätte Yasmina Reza stärkeren Stoff an die Hand gegeben und tiefere Perspektiven eröffnet. Denn erst die Tragik eines Kämpfers macht sein Bild wirklich groß. Dass sich die Autorin dieses literarischen Grundgesetzes bewusst ist, belegt ihre artifizielle, ohne direkten Zusammenhang formulierte Einsicht, die dem Buch den Titel gab: „Die Tragödie kennt keinen Ort. Und sie hat auch keine Stunde. Sie ist die Morgendämmerung, der Abend oder die Nacht."

Indes: Die Tragödie fand nicht statt. Sarkozy erfüllte mit seinem klaren Wahlsieg am 6. Mai die in ihn gesetzten Erwartungen. Über Sieger muss man weniger Worte verlieren als über Verlierer. So bleibt als Resümee ein letztes Tête-à-tête am Wahlabend im Elysée-Palast. Reza: „Bist du zufrieden?" Sarkozy: „Ist das das richtige Wort?" Reza: „Glücklich will ich nicht sagen." Sarkozy: „Ich bin gelassen." Reza: „Gelassen, das ist gut." Sarkozy: „Ja, ich bin von Grund auf zufrieden, aber Freude spüre ich keine."

Komplizenschaft im goldenen Käfig

Yasmina Reza hat die einmalige Chance erhalten, eine Langzeitstudie des künftigen starken Mannes Frankreichs zu erstellen. Dass daraus keine durchweg hohe literarische Kunst geworden ist, liegt nicht zuletzt am Ausgang des Wahlkampfes. Es spricht für die Integrität der Autorin, dass sie sich dafür nicht an anderer Stelle schadlos hält. Auch wenn sie einige von Sarkozys Schwächen umstandslos aufdeckt, stellt sie weder den Politiker bloß, noch beschädigt sie dessen Würde als Mensch. Insofern kann der Staatspräsident mit dem Experiment zufrieden sein. Das große öffentliche Interesse für Rezas Buch über ihn als Präsidentschaftskandidaten wird nicht lange anhalten. Sarkozy aber kann sich seines Platzes in der 'République des lettres' sicher sein, hat er doch mit Yasmina Reza der traditionsreichen französischen Liaison von Politik und Literatur ein weiteres Kapitel hinzugefügt. Dass es dabei erneut zu einer Komplizenschaft mit eigenem Charme kam, deutet die Autorin bei ihrem letzten Treffen mit dem neuen Präsidenten im Elysée-Palast an. Dabei scheint dann doch ein Schimmer von Verlorenheit auf, deren Ausweglosigkeit im goldenen Käfig das Zeug zum großen klassischen 'fin de l'histoire' hat: „Er setzte sich auf eine vergoldete Bank, ich auf einen vergoldeten Sitz. Zwischen uns ein niedriger schmaler Tisch chinesischer Art. […] Er hat seine Beine vor sich ausgestreckt. Ich bin nicht sicher, ob ihm diese Bank zusagt. In dem Raum stehen drei Bouquets Pfingstrosen, weiße und rosafarbene. Ich sage nichts. Ich könnte sagen, warum wolltest du mich sehen, aber ich sage es nicht. Er

könnte sagen, warum willst du mit deiner Arbeit aufhören, aber er sagt es nicht. Wozu auch? Wir kennen die Antworten, Erklärungen führen zu nichts."

Hier schließt sich der Kreis zwischen dem Duo Louis/Molière und dem Paar Sarko/Reza. Der junge König konnte seinem Hofdichter nicht erklären, warum sein „Tartuffe" nicht opportun war und für gewisse Zeit vom Spielplan zu verschwinden hatte. Sarkozy muss seiner Chronistin nicht erklären, warum er als Präsident nicht als Objekt ihres literarischen Interesses weitermachen kann. So wie die Kirche keine versteckte Kritik duldete, sieht das Protokoll keine intime Beobachtung des Staatschefs vor. Die heimliche „complicité" zwischen dem Monarchen und Moliére führte nach fünf Jahren zur Wiederaufnahme des „Tartuffe". Sarkozy wäre ein Heuchler, hätte er Yasmina Reza versprochen, ihre offensichtliche Kooperation könne während seiner fünfjährigen Amtszeit eine Fortsetzung erfahren.

Literatur:

François Rey / Jean Lacouture: Molière et le roi. L'Affaire Tartuffe. Seuil, Paris 2007.

Yasmina Reza: L'aube le soir ou la nuit. Flammarion, Paris 2007.

In der Übersetzung von Hinrich Schmidt-Henkel wird Yasmina Rezas Buch „Frühmorgens, abends oder nachts" im Frühjahr 2008 im Münchner Hanser Verlag erscheinen.

„Emigration ist nicht die Lösung“

Ein Interview mit Tahar Ben Jelloun

Jeannette Villachica*

» Er gilt als Mittler zwischen dem Maghreb und Europa: Der frankophone marokkanische Schriftsteller Tahar Ben Jelloun spricht über die Massenflucht aus Nordafrika, die Abschirmung Europas, die sensibilisierende Wirkung von Literatur und seine eigene Emigration – und über seinen jüngsten Roman „Partir / Verlassen“.

Tahar Ben Jelloun wurde 1944 in Fès/Marokko geboren. Er wuchs in Tanger auf, studierte Philosophie in Rabat, verbrachte anderthalb Jahre in einem Erziehungslager der marokkanischen Armee und zog nach kurzem Lehrerdasein in Marokko 1971 nach Paris. Dort lebt er heute mit seiner Frau und Tochter, kehrt aber regelmäßig nach Tanger zurück. Seit 1972 hat er über 30 Bücher veröffentlicht, unter anderem vielfach ausgezeichnete und in bis zu 43 Sprachen übersetzte Gedichte, Essays, Erzählungen und Romane. Ben Jelloun verarbeitet immer wieder aktuelle Themen zu Literatur und gilt als der bedeutendste Vertreter französischsprachiger Literatur des Maghreb.

Herr Ben Jelloun, Sie haben mehrfach geäußert, Sie seien ein glücklicher Europäer. Bezieht sich dieses Gefühl auch auf die europäische Immigrationspolitik?

„Nein. Ich fühle mich als Europäer und halte die europäische Idee für eine sehr gute Sache. Aber ich bin etwas enttäuscht davon, wie Europa sich entwickelt hat. Es gibt keine gemeinsame Einwanderungspolitik, jedes Land tut, was es will. Spanien und Italien haben in den letzten Jahren vielen Illegalen eine Aufenthaltsgenehmigung erteilt; Frankreich hat das nicht getan. Zurzeit liest man, dass Italien und auch andere europäische Länder immer weniger Anträge auf ihre Staatsangehörigkeit bewilligen. Es wird also immer schwieriger, Europäer zu werden.“

Ihr jüngster Roman „Verlassen“ spielt zwischen 1995 und 1999 in Ihrer Heimatstadt Tanger und in Barcelona. Die Charaktere sind meist junge Marokkaner, die alles tun, um nach Europa zu gelangen. Sie selbst kamen 1971 unter ganz anderen Umständen nach Paris. Gibt es dennoch gemeinsame Hoffnungen, Sehnsüchte und Ängste?

„Sehen Sie, 1971 genügte ein marokkanischer Pass, um nach Frankreich einzureisen. Man brauchte kein Visum, wie heute. Ich ging nicht, um dort zu arbeiten, sondern um meinen Doktor in Psychologie zu machen. Das kann man nicht mit einer Situation vergleichen, in der Menschen täglich ihr Leben riskieren, um ihr Leben zu retten – und es dabei manchmal schnell verlieren. Die Umstände der Auswanderung und die wirtschaftliche und politische Situation in Marokko und in Frankreich waren damals völlig andere.“

---

* Jeannette Villachica arbeitet als freie Journalistin und Übersetzerin in Hamburg, Kontakt: www.jeannette-villachica.com, www.jeannette-villachica.com.

Entsprach Frankreich bei Ihrer Ankunft dem Bild, das Sie von Europa hatten?

„Frankreich – Europa war für uns in erster Linie Frankreich – war das Land der Menschenrechte und der Freiheit. Diese Dinge bedeuteten uns Marokkanern sehr viel. Leider werden diese Werte heute gegenüber Einwanderern nicht sehr respektiert. Wissen Sie, damals war die politische Situation in Marokko sehr schwierig. Es hatte zwei Staatsstreiche gegeben, und die Linken, die Intellektuellen waren nicht besonders beliebt. Frankreich war für mich ein Zufluchtsort, ich fühlte mich dort sicher. Damals zeigte niemand mit dem Finger auf Immigranten, es wurde aber auch nicht über ihre Lebensumstände berichtet. Man interessierte sich schlichtweg nicht für sie. Das war eine Zeit, als es in Frankreich keine Arbeitslosigkeit gab. Die Probleme begannen, als Präsident Giscard d'Estaing 1974 das Gesetz zur Familienzusammenführung erließ, ohne Vorkehrungen für die Aufnahme der Frauen und Kinder zu treffen."

Können Sie das Gefühl der Unsicherheit nachvollziehen, das sich aufgrund der Globalisierung in weiten Teilen Europas breit macht und das viele Staaten ihre Grenzen schließen lässt?

„Dass Europa sich abschirmt, basiert auf einer falschen Analyse. Es sind ja nicht die Einwanderer die ein Sicherheitsproblem darstellen, Europa braucht sie schließlich als billige Arbeitskräfte. Dieses Unsicherheitsgefühl ist durch die dramatische wirtschaftliche Situation entstanden. Die Leute, die Arbeit suchen, denken, die Immigranten würden ihnen die Arbeit wegnehmen. Das ist meist nicht richtig. Zweitens entstand das Gefühl der Unsicherheit dadurch, dass zu wenig getan wurde, um zwei so unterschiedliche Kulturen wie die muslimische und die westliche aufeinander einzustimmen. Man weiß zu wenig vom anderen. Nur so konnte die Veröffentlichung der Mohammed-Karikaturen zum Eklat führen. Niemand hat den Muslimen erklärt, dass die Meinungs- und Pressefreiheit in einem demokratischen Land ein Heiligtum ist. Und niemand erklärte den Menschen im Westen, dass die Religion für Immigranten etwas grundlegend Wichtiges ist, nicht nur aus traditionellen Gründen, sondern weil sie sich so in Europa als Teil einer Gemeinschaft fühlen können. Die erste Einwanderergeneration nimmt oft nicht an der westlichen Kultur teil. Die muslimische Religion ermöglicht ihnen eine kulturelle Identität und verschafft ihnen eine Art innere Sicherheit."

Wer ist in erster Linie dafür verantwortlich, das Wissen auf beiden Seiten zu mehren?

„Ich glaube stark an die Pädagogik. Zuerst muss man wissen, woher man kommt und an was man glaubt, man muss seine Traditionen und seine Kultur kennen. Dann sollte der Dialog mit der anderen Kultur folgen. Wie soll ein Schweizer, der einen Türken oder einen Marokkaner auf der Straße sieht, wissen, warum dieser sich verhält, wie er sich verhält, wenn der Schweizer sich nicht einmal selbst kennt?"

Wie könnte eine effektivere Zusammenarbeit auf politischer Ebene zwischen der Europäischen Union und den Maghreb-Staaten aussehen?

„Man sollte den Umgang mit Immigration unter den Bedingungen der Globalisierung völlig neu überdenken. Welche Interessen haben die Auswanderungs-, welche die Einwanderungsländer? Europa und Afrika sollten auf einer objektiven, wissenschaftlichen Basis miteinander verhandeln. Es macht weder Sinn, mehr Immigranten nach Europa zu lassen, ohne dort entsprechende Vorkehrungen getroffen zu haben, noch zu hoffen, dass sich das Problem von selbst löst, wenn Europa seine Grenzen noch stärker sichert. Man muss die Immigration organisieren.

Die Botschaft, die von meinem Roman „Verlassen" ausgehen soll, ist die, dass Emigration für mich nicht mehr die Lösung ist. In Ländern wie Marokko sollte genügend Arbeit geschaffen werden, damit die Jungen nicht mehr ihr Leben riskieren, um zu Leuten zu gelangen, die nicht auf sie gewartet haben. Es ist, als ob man gewaltsam die Tür zu einem Haus aufstößt und ruft „ich bin jetzt hier, um bei Euch zu arbeiten", obwohl niemand die Hilfe der Fremden braucht. Natürlich tun Menschen alles, wenn sie Hunger haben. Die ver-

antwortlichen Behörden in den Heimatländern müssen etwas gegen diese Hoffnungslosigkeit tun, die sich so oft in Tragödien verwandelt.“

Viel Übel liegt ja auch in dem Traumbild, das viele Afrikaner von Europa haben. Wie kann man dem entgegenwirken?

„Das Bild von Europa ist in den letzten Jahren schon sehr viel realistischer geworden. Inzwischen spricht niemand mehr vom Paradies, es geht vor allem ums Überleben. Spätestens seit den Bildern im Fernsehen von überfüllten Booten, von Leichen, die auf dem Wasser treiben, weiß man Bescheid. Das Schlimmste ist, dass die Menschen dennoch die Flucht wagen.“

In „Verlassen“ ist Tanger noch zentraler Anlaufpunkt für Afrikaner, die nach Europa wollen. Seit einem Abkommen zwischen Spanien und Marokko zur verstärkten Überwachung der Küsten starten die meisten Flüchtlingsboote von Mauretanien in Richtung Kanarische Inseln. Tanger muss sich in den letzten Jahren stark verändert haben.

„Ja, heute legen nur noch wenige Boote von dort ab. Und nur noch wenige Afrikaner drücken sich am Hafen herum auf der Suche nach einem Lkw, einem Reisebus oder einem Boot, das sie nach Europa bringt. Inzwischen wagen vor allem Menschen aus Schwarzafrika die gefährliche Reise übers Meer, weil sich ihre Situation noch hoffnungsloser darstellt als die der Marokkaner. Vor 10, 15 Jahren war das noch anders. Damals war die wirtschaftliche Situation in Marokko dramatisch. Seit der Inthronisation von König Mohammed VI. im Jahr 1999 hat sich in Marokko doch einiges verbessert, sowohl die wirtschaftliche Lage als auch, was die Garantie der Menschenrechte und der Meinungsfreiheit angeht.

Dennoch ist Auswanderung weiterhin ein großes Thema. Ich habe es bewusst literarisch aufgegriffen, weil die Literatur an das Gefühl der Menschen rühren kann und so nachhaltiger wirkt als etwa ein Dokument. Ich will weder psychologische noch soziologische Romane schreiben, aber ich möchte Menschen für gewisse Probleme sensibilisieren. Wenn sich die Leser mit Azel oder anderen Figuren identifizieren, sich an die Stelle eines jungen Marokkaners setzen, der Jura studiert hat und keine Arbeit findet, der sein Leben riskiert und versucht, sein Schicksal zu wenden, dann hoffe ich, dass das Wirkung zeigt.“

Die Schwester Ihres Protagonisten Azel ist die einzige Figur, die als Emigrantin nicht ihre Würde verliert. Kenza kommt in Barcelona viel besser zurecht als Azel, der eine bessere Ausbildung hat und eigentlich leichter Arbeit finden dürfte.

„Kenza ist stark, weil die marokkanischen Frauen engagierter für ein besseres Leben kämpfen als die Männer. Frauen sind sich über die Schwierigkeiten klarer und dabei entschlossener, haben vielleicht auch mehr Vertrauen in sich und die Welt als die Männer. Kenza will unbedingt ihre Chance auf ein besseres Leben nutzen. Auch als in Spanien ihre große Liebe zerbricht, steht sie wieder auf. Azel dagegen hat in dieser Geschichte seine Seele verloren. Er hat sich gehen lassen, hat sich der Leichtigkeit, den Illusionen hingegeben, weil er ein schwaches Wesen ist.“

Sie werfen auch die Frage danach auf, wie weit man in der Selbstverleugnung gehen kann, um seinen Traum von einem besseren Leben zu verwirklichen.

„Man ist nie stärker als sein Schicksal. Das muss auch Azel erfahren, der glaubt, dass er sich mit der Homosexualität, die ihm den Sprung nach Europa ermöglicht, anfreunden kann, obwohl er überhaupt nicht dafür gemacht ist.“

Was halten Sie von einer Einstellung wie sie viele junge Marokkaner in Ihrem Buch haben: Hauptsache nach Europa? Ihre Figur Malika ist schon als Kind von dem Traum besessen, später auszuwandern.

„Vergessen Sie nicht, dass das Buch im Jahr 1995 spielt. Ein Mädchen wie Malika würde sich vermutlich heute weniger dazu gedrängt fühlen wegzugehen. Ich wollte einfach eine gewisse Anzahl unterschiedlicher Charaktere im Buch haben, darunter ein kleines Mädchen, das keine Zukunft in seinem Land sieht. Es ist ja durchaus normal, dass man als Kind träumt. Man träumt sogar sehr viel.“

Zu Tahar Ben Jellouns letztem Roman „Verlassen“:

Tahar Ben Jellouns jüngster Roman „Verlassen“ spielt in Tanger und in Barcelona zwischen 1995 und 1999, als die politische und wirtschaftliche Lage Marokkos dramatisch war und die Jugend nur eines im Sinn hatte: Auswandern um jeden Preis. Stundenlang sitzen Azel, seine Schwester Kenza und ihre Freunde am Hafen von Tanger und starren auf die nahe gelegene spanische Küste. In einer für seine Verhältnisse klaren Sprache erzählt Ben Jelloun von der Verzweiflung junger, gut ausgebildeter Marokkaner und ihren teils obsessiven Fluchtgedanken. Azel liebt die Frauen und den Alkohol zu sehr, um in die Fänge religiöser Eiferer zu geraten. Dann nimmt ihn der homosexuelle Spanier Miguel als Angestellten und Geliebten mit nach Spanien – wo Azel vor Sehnsucht und Identitätsproblemen erst recht seine Seele verliert. Realistisch und sehr nah an ihrem bewegten Gefühlsleben verfolgt Ben Jelloun Azels und Kenzas Schicksal. Auch andere Marokkaner und Spanier, die ihren Weg kreuzen, kommen zu Wort. In vielen kurzen porträtartigen Kapiteln vermittelt das Buch ein aufwühlendes Stimmungsbild einer Generation und plädiert gegen Auswanderung unter diesen Bedingungen.

Tahar Ben Jelloun: „Verlassen“. Deutsch von Christiane Kayser, Berlin Verlag 2006, 256 S., 19,90 Euro.

Ausgewählte Werke und deutsche Übersetzungen:

- Harrouda (1973) – Harrouda, Berlin, DDR 1985 u. Berlin 1990, Roman.
- Les amandiers sont morts de leurs blessures (1976) – Die Mandelbäume sind verblutet. Mainz 1996 u. Berlin, Weimar 1979, Gedichte und Kurzprosa.
- La Plus Haute des solitudes (1977) – Die tiefste der Einsamkeiten, Basel/Frankfurt/M 1986. Reinbek 1989, Sozialpsychiatrische Studie.
- Moha le fou, Moha le sage (1978) – Der Gedächtnisbaum Berlin 1989, Reinbek 1992, Roman.
- La Prière de l’absent (1981) – Das Gebet für den Abwesenden, Berlin 1990 u. Zürich 1996, Roman.
- L’Ecrivain public (1983) – Der öffentliche Schreiber, Berlin DDR 1987. Zürich 1995, Roman.
- L’Enfant de sable (1985) – Sohn ihres Vaters, Berlin 1986 u. Reinbek 1989, Roman.
- La Nuit sacrée (1987) – Die Nacht der Unschuld, Berlin 1988 u. Reinbek 1991, Roman.
- Jour de silence à Tanger (1990) – Tag der Stille in Tanger, Reinbek 1991, Kurzroman.
- Les Yeux baissés (1991) – Mit gesenktem Blick, Reinbek 1992 u. 1994, Roman.
- L’Ange aveugle (1992) – Der blinde Engel, Reinbek 1994, Erzählungen.
- L’Homme rompu (1994) – Der korrumpierte Mann, Reinbek 1995 u.1996, Roman.
- Le Premier amour est toujours le dernier (1995)– Die erste Liebe ist immer die letzte, Reinbek 1997 u. Berlin 2002, Erzählungen.
- Les Raisins de la galère (1996) – Die Früchte der Galeere, Leipzig 1999, Roman.
- Le Racisme expliqué à ma fille (1997) – Papa, was ist ein Fremder?, Berlin 1999, Essay.
- La Nuit de l’erreur (1997) – Zina oder Die Nacht des Irrtums, Reinbek 1999, Roman.
- L’Auberge des pauvres (1999) – Labyrinth der Gefühle, Berlin 2001, Roman.
- Cette aveuglante absence de lumière (2001) – Das Schweigen des Lichts, Berlin 2001, Roman.
- L’Islam expliqué aux enfants (2002) – Papa, was ist der Islam?, Berlin 2002, Essay.
- Le dernier ami (2004) – Der letzte Freund, Berlin 2004, Kurzroman.
- Partir (2006) – Verlassen, Berlin 2006, Roman.

Destination Belle-Île

Ein Paradies im Atlantik verändert sich

Suzanne Krause*

» Die Kommerzialisierung der Heimatgüter macht auch vor dem einstigen Naturparadies der Hippies nicht halt. Während 90 Prozent der Insel-Wirtschaft inzwischen vom Tourismus abhängen und die Branche auf die Entwicklung von Angeboten im Luxus-Segment setzt, fehlen für die jungen Insulaner Jobs und erschwingliches Bauland.

In zügiger Fahrt verlässt der „Guerveur", ein modernes Passagierboot, den Hafen von Quiberon im Departement Morbihan und steuert Belle-Île-en-Mer an. Nach der Hälfte der Überfahrt, die etwa 45 Minuten dauert, ist die größte bretonische Insel nicht mehr nur ein Strich am blauen Horizont. Nun entdecken die zahlreichen Touristen an Deck bereits vom Boot aus den Charme des schönen Eilands: sei es der alte Leuchtturm an der nördliche Inselspitze, sei es der lange Sandstrand im Süden. Dazwischen findet sich viel Grün und einige kleine Steinhäuser im typisch bretonischen Stil. Bevor der Guerveur, „Schöne Insel" auf Bretonisch, in das Hafenbecken von Le Palais einschwenkt, gleitet er vorbei an der geschichtsträchtigen Zitadelle, die auf einer hohen Klippe über dem Hauptort der Insel thront. Eine trutzige, sechs Hektar umfassende Anlage aus grauem Feldstein. Vauban, der geniale Ingenieur von Louis XIV., ließ sie auf den Grundmauern einer Festungsanlage aus dem Mittelalter erbauen. Denn seit Jahrhunderten gilt Belle-Île, 20 Kilometer lang, neun Kilometer breit und 16 Kilometer vor dem Festland gelegen, nicht zuletzt dank seiner zahlreichen Süßwasserquellen als strategisch wichtiger und entsprechend umkämpfter Ort.

Auf den Zinnen der Zitadelle flattern heute Fahnen im Wind, die Trikolore hängt neben einer Flagge, die vier Kanonen zeigt. Im vergangenen Frühjahr hat hier eine französische Luxus-Hotelkette ihre neueste Filiale eröffnet: Urlaub in einem aufwändig restaurierten Denkmal. Die Terrasse des Wehrgangs, wo früher Soldaten Wache schoben, wurde mit dicken Glasscheiben in den Scharten vor der ständigen Brise geschützt. Hier stehen nun gemütliche Stühle und Tische für eine Tasse Tee oder einen Apéritif unter freiem Himmel, mit beeindruckendem Ausblick auf das Meer, das Festland gegenüber und das große Dorf Le Palais. In den ehemaligen Kasematten wurden die Wände durchbrochen für einen langen Gang, der jetzt fünf kleine Salons miteinander verbindet. Die rohen Steinwände verleihen dem Ganzen einen archaischen Charme. Der größte Teil des Mobiliars stammt aus den Beständen der ehemaligen Kommandantur, an den Wänden hängen alte Landkarten, eine beeindruckende Sammlung historischer Zinnsoldaten ist in Glasvitrinen aufmarschiert. Überall wird militärische Kargheit kombiniert mit edlen Materialien. Das Glanzstück der Gästezimmer ist die Drei-Zimmer-Suite, benannt nach Sarah Bernhardt, die auf Belle-Île zahllose Sommer verbrachte. Die Eingangstür zur Luxus-Suite, aus massiver Eiche und reich mit Schnitzereien sowie den Initialen S.B. verziert, stammt aus dem Pariser Domizil der Schauspielerin. In den Räumen herrscht der dezente Charme der Belle-Epoque, gepaart mit modernstem Komfort. Dieser Luxus hat seinen Preis: In der Hochsaison kostet die Suite 1 450 Euro pro Nacht – die Hoteldirektion sucht derzeit Empfangspersonal, das russisch spricht ...

---

* Suzanne Krause lebt als freie Journalistin in der Nähe von Paris.

Für die Tourismus-Verantwortlichen in Le Palais ist das „Hôtel-Musée La Citadelle“ ein willkommenes neues Angebot in ihrem Repertoire, die sichtbare Öffnung der Insel hin zur Luxus-Destination. Für manchen Insulaner symbolisiert die Anlage hingegen den Niedergang seiner Heimat. Zweifelsohne steht das Hotel in der Zitadelle für die Entwicklung hin zur Kommerzialisierung der Heimatgüter. 1960 war von der historischen Anlage nicht viel mehr übrig als Ruinen, die der Staat unter den Hammer brachte. Ersteigert wurde der Besitz damals von einem begüterten französischen Ehepaar, das eigentlich nichts anderes suchte als eine Ferienvilla am Meer. Doch bei den Larquetouxs erwachte der Wunsch, den Kulturschatz zu restaurieren und ihn auch den Inselbewohnern, laut ihnen die eigentlichen Eigentümer, zugänglich zu machen. Vier Jahrzehnte lang steckten die ambitionierten Besitzer viel Liebe und vor allem sehr viel Geld in die originalgetreue Rekonstruktion von Vaubans Prachtbau, richteten dort ein Museum zu 500 Jahren Inselgeschichte ein und öffneten dem Publikum die Pforten der Zitadelle. Louvre-Konservator Nicolas Tafoiry verwaltete die stattlichen Archive. Bis Madame Larquetoux vor wenigen Jahren Mittel und Courage ausginge. Nun weht die Fahne der Hotelkette über der Anlage: Die vier Kanonen ersetzen dabei als ein Augenzwinkern zur Geschichte des Ortes die branchenüblichen vier Sterne. Im Kaufvertrag ist verankert, dass die neuen Eigner die kulturellen Aktivitäten weiterzuführen haben. Ob dies auf Dauer auch der Fall sein wird, wagt mancher Einheimische zu bezweifeln. Währenddessen hoffen die Gemeindeväter von Le Palais, zum diesjährigen 300. Todestag von Vauban sein Meisterwerk auf der UNESCO-Liste des Weltkulturerbes platzieren zu können.

„Wer Belle-Île besucht, sagt immer: Ich werde wiederkommen“, meint Serge Albagnac mit kennerischem Lächeln. „Und die Leute kommen immer wieder, weil es hier einfach so viel zu sehen gibt.“ Der Präsident des Tourismus-Büros in Le Palais rühmt die wilde, ursprüngliche Natur auf seiner Insel. Er schwärmt zu Recht von der Vielfalt der Landschaften und den Kontrasten, wie beispielsweise zwischen der „Côte sauvage“ mit ihren steilen Felsklippen und den rauen Winden und der lieblichen, dem Festland zugewandten Seite. Ein schmaler Pfad führt an der Küste und über die Klippen einmal rund um die Insel, eine Art Pilgerweg für mehrere Tage Marsch, mal dem weiten Himmel ganz nah, mal dem unendlichen Meer. „Vor allem ist das Wandern eine ganzjährige Attraktion“, erklärt Albagnac, im Gegensatz zu den herkömmlichen Strandfreuden, für die die meisten Urlauber übersetzen. Nun weiß jeder, dass in der Südbretagne nicht dasselbe Klima herrscht wie an der Côte d’Azur, aber Belle-Île verfügt dank des Golfstroms über ein Mikroklima, in dem Palmen und Zypressen gedeihen und Mimosen das ganze Jahr über blühen. Argumente, mit denen die Verantwortlichen für eine Ausdehnung der Tourismus-Saison werben. 4 800 Seelen zählt die Insel in den rauen Wintermonaten, verteilt auf vier Gemeinden und unzählige kleine Siedlungen auf dem Land; im Sommer schnellt die Zahl locker um das Fünffache hoch.

Arbeiter und Hippies

Ihre feste Fangemeinde hat die schöne Insel schon seit Beginn des letzten Jahrhunderts. Mit der staatlichen Einführung des Jahresurlaubs für Arbeiter und Angestellte eroberten sich Scharen von Touristen das Eiland im Atlantik, setzen für vier Wochen mit Oma, Hund, Kind und Kegel über und frönten einem einfachen, rustikalen Leben in der Natur. Ganz so, wie die meisten Insulaner – Fischer und Bauern – lebten. In den 1970er Jahren bevölkerten Hippies den ganzen Sommer über die Märkte und Dorfplätze mit ihrem selbstgebastelten Schmuck, arbeiteten in der Saison und erwirtschafteten genug für ein sehr bescheidenes Leben während des restlichen Jahres. Für Nischenexistenzen bot die weiträumige Insel noch genügend Freiraum. Mit dem zunehmenden Wohlstand auf dem Festland wuchs allerdings auch die Zahl der Segelyachten, die in den Häfen der bretonischen Insel einen Zwischenstopp einlegten. Dann sang Laurenz Voulzy 1986 seine Schnulze „Belle-Île-en-Mer“, die landesweit zum Ohrwurm wurde. Und als der mittlerweile verstorbene Staatspräsident François Mitterrand einige Jahre später mehrfach seinen Urlaub auf Belle-Île verbrachte und

über die idyllischen Quais von Sauzon, dem Fischerdorf im Norden, flanierte, als TV-Starmoderator Patrick Poivre d'Arvor und illustre Freunde die dortigen Hafencafés stürmten, wurde eines offensichtlich: Belle-Île war in Mode gekommen. Im Schlepptau des Aufstiegs, den die Bretagne seit Mitte der 1990er Jahre erlebt.

Die Touristen allerdings sind andere geworden, zumindest ihre Sitten: Heute buchen sie zumeist nur noch eine Woche, 10 Tage Insel-Urlaub. Und sie stellen höhere Ansprüche an die Unterkunft und das Unterhaltungsangebot als die Elterngeneration. So ist auf Belle-Île zwangsläufig vieles moderner, geregelter geworden. Heute sollen zahlreiche Festivals, von Lyrik über Jazz bis hin zu Theater, die im vergangenen Jahrzehnt aus der Taufe gehoben wurden, die Sommergäste anlocken, wo früher neben der Natur die einzige Attraktion in einem „Fest Noz", einem bretonischen Volksfest, bestand. Vom schicken Zeitgeist zeugen ebenfalls die beiden Krimi-Serien zweier bekannter Verlage, in denen die schöne Insel regelmäßig die Hauptrolle spielt. Viel Werbung für Sauzon machte auch die Sommer-Serie „Dolmen", die vor zwei Jahren auf TF1 zahlreiche Zuschauer in den Bann zog: Der kleine Leuchtturm und das pittoreske „Hôtel du Phare" tauchen im Krimi, in dem es um blutende Hinkelsteine und mysteriöse Todesfälle geht, immer wieder auf. Mancher bezeichnet Sauzon heute schon als das Saint-Tropez der Atlantikküste. In Anbetracht des bescheidenen Umfelds entspricht dies allerdings eher einem Wunsch-denken als der Realität.

„Die Touristen sind andere geworden."

Doch auch Jeannine Jossic gibt unmittelbar zu, dass um sie herum alles viel „bourgeoiser" geworden ist. „Von den vielen Fischern im Hafen ist kaum einer übrig geblieben, auch die Bauern auf der Insel sind heute fast ausgestorben", resümiert sie. Und fügt an: „Früher gab es hier noch mehrere Krämerläden im Ort, heute ist nur noch einer übrig, dazu ein Bäcker und ein Fleischer, der wird aber bald mangels Umsatz in eine andere Gemeinde umziehen." Die kleine, zierliche Frau in den Siebzigern ist Besitzerin des „Guerveur", eines dreistöckigen großen Steinbaus direkt am Quai von Sauzon. Das Gebäude, ein Familienerbe, wurde Ende des 19. Jahrhunderts erbaut; das Erdgeschoss diente anfangs als Fischer-Café, die sieben Zimmer wurden an einheimische Familien vermietet. Dann ersetzte ein Restaurant die Kneipe, und in die möblierten Zimmer zogen Feriengäste ein. Die Gäste teilten sich eine Dusche im Erdgeschoss neben den beiden Toiletten, der Komfort war bescheiden, die Preise erschwinglich. Madame Jossic kramt die Gästebücher aus dem Schrank: Arletty hat sich hier verewigt, Jacques Prévert mit Familie und Bruder ist im Guerveur abgestiegen, die Schauspieler-Stars Les Fréres Jacques gingen ein und aus. Dann musste das Restaurant mangels Mitteln für die notwendige Sanierung schließen.

Und seit bald zehn Jahren ist auch die Saison-Pension geschlossen, bislang neben den Campingplätzen eine der wenigen verbleibenden Anlaufstellen für schmale Portemonnaies. Die Besitzerin ist endgültig in Rente gegangen, das Haus in gewissem Sinne auch, überaltert, modernisierungsbedürftig und reich an Zeugnissen der Vergangenheit: Madame Jossic öffnet die Tür zu der steilen Kellertreppe und weist auf fast unleserliche Schriftzeichen an der Wand. „Luftschutzraum" lässt sich da mühsam entziffern: Im Zweiten Weltkrieg beschlagnahmten die deutschen Besatzer den Guerveur, warfen die Eigentümer raus und richteten hier neben der Vauban-Zitadelle eine zweite Kommandostelle ein, während sie an der Küste Betonbunker für ihren Atlantikwall errichten ließen. Als die Offiziere nach mehreren Monaten aus dem Guerveur auszogen, nahmen sie alles mit, was nicht niet- und nagelfest war. Ihren Besitz sollten die Eigentümer nie zurückerhalten: „Nach Kriegsende sind wir vom Staat dafür entschädigt worden", meint Jeannine Jossic und fügt an: „Für mich ist der Schaden damit beglichen, den Deutschen bin ich nicht böse." Dabei musste ihre Familie damals den Tante-Emma-Laden und das Café, das sie neben der kleinen Kirche besaß, verkaufen, um finanziell wieder auf die Beine zu kommen. Die Betonbunker der Besatzer an der Küste gelten heute als historische Denkmäler, für die das Tourismusbüro spezielle Führungen anbietet.

Fast ihr ganzes Leben hat Jeannine Jossic in Sauzon verbracht und mitverfolgt, wie sich ihr Umfeld nach und nach verändert hat. In den ver-

gangenen zwei, drei Jahrzehnten ist das frühere Fischerdorf weit über seine alten Grenzen hinausgewachsen, wurden unzählige Neubauten errichtet. Das Gros darunter sind Ferienresidenzen von Touristen, in denen die Fensterläden nur einige Wochen im Jahr offenstehen. Aus Tante-Emma-Läden wurden Boutiquen und Souvenirshops, reine Saisonbetriebe wie fast alle Cafés und Restaurants. Das schafft ein befremdliches Klima, die traditionelle Solidarität der Insulaner leidet darunter. Früher dümpelten Dutzende von Fischerkähnen in den Häfen von Belle-Île. Dem hat vor allem die EU-Politik inzwischen den Garaus gemacht. In Sauzon liegt heute nur noch eine Handvoll Boote am Quai, umringt von einer Armada an Touristenyachten: Die meisten der verbliebenen Fischer verkaufen ihren Fang nun direkt am Quai, an die Sommergäste. Und auch die wenigen Landwirte, die das große allgemeine Bauernsterben überlebt haben, produzieren nun hauptsächlich für die Touristen. 90 Prozent der Insel-Ökonomie hängt heute direkt vom Tourismus ab.

Wachsende Abhängigkeit

Die Preise sind auch im Alltagsleben vehement gestiegen. Alles kommt vom Festland, und alles ist auf Belle-Île viel teurer als auf dem Festland. Sébastien Daigre nennt ein Beispiel, das nicht nur ihn auf die Palme treibt: „Vor der Urlaubssaison kostete der Liter Super-Benzin 1,60 Euro. Als die ersten Touristen ankamen, wurden dann die Preise um einige Dutzend Cents gesenkt, um die Sommergäste nicht total zu verschrecken." Daigre ist Anfang 30, mittelgroß, schlank, mit sympathischen Gesichtszügen. Und auf der Insel zur Welt gekommen, wo seine Familie seit mehreren Generationen lebt. Zehn Jahre hat er der Heimat den Rücken gekehrt, weil er nur auf dem Festland ein Auskommen fand. Bis vor zwei Jahren der Ruf seines Herzens übermächtig war und er ein kleines Bauunternehmen aufzog, genau wie sein Vater. Mit Freunden hob er außerdem einen Verein aus der Taufe, der Lobbyarbeit dafür macht, dass die junge Insulaner-Generation zu Hause Zukunftsperspektiven findet: „Wegen der Touristen ist für uns Einheimische das Bauland hier fast unerschwinglich, denn hier verdient kaum einer mehr als den Mindestlohn", erläutert der junge Mann. Hinzu kommt: Der Küstenschutzplan der Regierung stellt drakonische Regeln auf, um die Landschaft nicht zu verschandeln. „Natürlich ist es gerechtfertigt, die Küste vor wilder Bebauung zu schützen", sinniert Daigre, „aber man sollte doch überlegen, ob man uns Insulanern nicht gewisse Rechte und Ausnahmeregelungen zugestehen könnte." Überhaupt erweist sich das Thema Bau auf Belle-Île als zweischneidiges Schwert. Heutzutage stellt das Baugewerbe mit den wichtigsten Wirtschaftszweig auf dem bretonischen Eiland dar. Doch selbst Tourismus-Chef Serge Albagnac merkt an: „Irgendwann ist die Obergrenze für Neubauten erreicht, wenn wir den Charme von Belle-Île erhalten wollen." Wann dieses Irgendwann erreicht ist, darüber hingegen gehen die Meinungen weit auseinander. Die Lobbyarbeit von Daigre und seinen Mitstreitern trägt immerhin Früchte: Die Gemeinden haben kürzlich endlich vergünstigtes Bauland für Einheimische ausgewiesen. Denn selbst eine Wohnung zur Miete zu finden, ist für sie kein einfaches Unterfangen: Viele Eigentümer machen nur Verträge für mehrere Monate, außerhalb der Feriensaison. Im Sommer setzen sie auf die zahlungskräftigen Touristen.

Für Gérald Musch ist Belle-Île immer noch sein Paradies. Als Kind verbrachte der heute Anfang 50-Jährige mit seinen Eltern hier unvergessliche Ferien, im Zelt, mit langen Wanderungen. Vor 30 Jahren ließ er sich hier nieder. Und durchstreift seither tagtäglich die Insel, die Staffelei unterm Arm. Musch gilt als der bekannteste Inselmaler, seine Werke stellt er in der eigenen Galerie neben dem Hafen von Le Palais aus: naturalistische Landschaften, Marktszenen – Bilder aus seinem Alltag. Mit seinem jungenhaften Lächeln gibt er heiter zu: „Eigentlich male ich immer wieder dasselbe Bild, es ist geprägt von den Freuden im Kindesalter." Aber kaum habe er ein Werk beendet, könne er schon wieder von vorne anfangen: „Auf Belle-Île herrscht täglich ein anderes Licht, ein anderer Wind, tagtäglich schaut alles ganz anders aus." Gérald Musch ist jeden Tag einem Phänomen auf der Spur: „Dieses gewisse Etwas von Belle-Île einzufangen, das sich kaum beschreiben lässt."

Rezensionen

Spannende Frankreichkunde jenseits der Klischees

Günther Liehr: Frankreich. Eine Nachbarschaftskunde. Christoph Links Verlag, Berlin 2007, 239 S., 16,90 Euro

Erst wenn man die allerletzte Seite des vorliegenden Bandes erreicht hat, wird deutlich, dass der Untertitel „Eine Nachbarschaftskunde" auch für die Bände über Polen, Tschechien und Schweden aus der selben Reihe verwendet wird. Für Frankreich jedenfalls trifft „Nachbarschaftskunde" den Nagel auf den Kopf (obwohl ja gerade private Nachbarschaft in Frankreich anders funktioniert, wie aus dem Buch zu lernen ist). Aber immer geht es darum, Liebenswertes am Anderen zu entdecken, Respekt vor dem zu zeigen, was ihm „heilig" ist, sowie Toleranz und Verständnis für seine „Macken" zu entwickeln, um mindestens miteinander auszukommen, vielleicht sogar, Freunde zu werden.

Das amüsant geschriebene neue Frankreich-Buch von Günther Liehr liest sich sehr gut und erfüllt exzellent den Anspruch, auf einen Frankreichaufenthalt vorzubereiten, der mehr als nur Strand und Museen im Sinn hat und bei dem man auch mit „Land und Leuten" in Kontakt kommen will. Dass der Autor mit dem französischen Alltag bestens vertraut ist, wird jeder Frankreichkenner bestätigen, und an vielen Stellen ruft man unwillkürlich: genau! So zum Beispiel, wenn vom „chronischen Falschaussprechen und Falschschreiben fremder Namen" (S. 125) die Rede ist (nur so reimt sich bei Alain Souchon die Liedzeile: „comme dans ces nouvelles pour dames de Somerset Maugham"), wenn die Franzosen – ob nun die großstädtischen „Bobos" (bourgeois-bohème) oder die passionierten Freizeitjäger der France profonde – wunderbar zutreffend als „staatsgläubige Privatanarchisten" (S. 161) bezeichnet werden oder wenn das Buch ganz am Ende auf die Konflikte in deutsch-französischen Schlafzimmern zu sprechen kommt, zwischen „Galliern, die es gern mollig warm haben" und „Germaninnen, die es selbst im Winter nach frischer Luft verlangt" (S. 229) und nach offenen Fenstern.

Landeskunde für die Praxis wird auf dem aktuellsten Stand vermittelt, zunächst was die Bewältigung ganz banaler, aber für die gegenseitige Wahrnehmung einfach entscheidender Konventionen angeht: Was antwortet man auf „Ça va?", wann erscheint man frühestens bei einer Einladung zu halb acht, wie schließt man einen Geschäftsbrief, was heißt: „le look des keums que kiffent les meufs" (S. 121)? Die Bedeutung der „Convivialité", die größere Hierarchisierung des Arbeitslebens, die kulturelle Bedeutung von Wein und „bouffe", die „rentrée", als „alljährlicher Big Bang des französischen Lebens" (S. 207) – das alles ist so unverzichtbares wie ungeschriebenes (Über)lebens-Wissen.

Die Nachbarschaftskunde bleibt aber bei weitem nicht bei solchen Tipps stehen. Sehr übersichtlich gegliedert enthält sie vielmehr dichte und trotzdem inhaltlich substanzielle Abrisse über die deutsch-französische Geschichte, Stärken und Schwächen der Republik, Staat und Politik, Hierarchien und Eigensinn in der Gesellschaft und schließlich Kultur und Kommunikation. Hier kennt sich der Autor als Redakteur bei „Radio France Internationale" natürlich besonders gut aus, und die Passagen über die französische Medienszene gehören, bei aller gebotenen Kürze, zu den überzeugendsten, die man kennt.

Aber auch die anderen Kapitel haben es in sich. Wie viel Wesentliches hier auf so wenig Raum und dazu noch überaus unterhaltsam vermittelt wird, ist verblüffend. Der geschichtliche Abriss bietet auf rund 60 Seiten einen Ritt durch die französische Geschichte aus der Warte der deutsch-französischen Wahrnehmung: von der Französischen Revolution, Napoleons Herrschaft in Deutschland, die Kriege 1870/71, 1914–18 und 1939–45, über die Nachkriegszeit, den Algerienkrieg, bis hin zum Elysée-Vertrag, Mai '68, zur Europäischen Integration („Bändigung durch Einbindung in europäische Strukturen", S. 60) und zum ambivalenten Verhältnis zur deutschen Wiedervereinigung. Und es wird nicht mit Fakten und Daten gewuchert, sondern der für die Fremd- und Eigenwahrnehmung im kollektiven Gedächtnis wirksame „rote Faden" herausgearbeitet.

Das gilt auch für die Betrachtung der französischen Besonderheiten, die ohne Blick auf ihren geschichtlich gewachsenen Kontext so oft zu Missverständnissen und Animositäten führen: das so andere Verhältnis zur Geschichte, die Laizität (ein Begriff, der in Deutschland so schwer zu vermitteln ist, siehe Kopftuchstreit), die sehr viel längere Tradition der Immigration (ein Drittel der französischen Bevölkerung hat eingewanderte Großeltern), die Explosion der Vorstädte. Der Autor macht es sich dabei nie einfach und vermeidet Klischees. So waren die verschrieenen Vorstädte eben nicht immer „Depots für die Verlierer im ökonomischen Prozess [...], Stätten der sozialen Perspektivlosigkeit" (S. 103), sondern bedeuteten zunächst durchaus „anstelle von Slums und Bidonvilles [...] für die unteren Einkommensschichten einen nie zuvor gekannten Komfort: Wohnungen mit Badezimmer und WC, Licht, Luft, Sonne und Grün drumherum" (S. 102). Und „nicht alle Beurs schmoren im eigenen Saft in hoffnungslosen Vorstadtghettos" (S. 104).

Auch der vermeintliche französische Atomkonsens wird von Günther Liehr zu Recht infrage gestellt. Er nimmt wesentliche Lebensbereiche in den Blick und stellt die zentralen Unterschiede zu Deutschland heraus, ohne gleich zu werten. Zum Beispiel das Gesundheitswesen: Wer weiß schon, dass die „Sécu" weltweit durchaus als vorbildlich gilt? Die politische Landschaft: Hier ist es noch oft auf der Straße zu finden, „das Volk, der große Lümmel", von dem Heine sprach, und sowohl Attac wie Le Pen sind französische Produkte. Die Familie: Die Hausfrauenehe ist inzwischen ein Minderheitenmodell wie der „Bund fürs Leben" überhaupt, die Hälfte aller Kinder kommt in anderen Familienformen zur Welt und immer mehr Paare, ob homo- oder heterosexuell, entscheiden sich für den PACS. Schließlich das Schul- und Universitätssystem: Das staatlich-zentralistisch organisierte „Mammut", wie die „Education nationale" auch genannt wird, mit seinem sich durch die Schülerbiographien von Beginn an durchziehenden Leistungsdruck, wartet auf der anderen Seite mit einem integrationsfördernden kostenlosen Kindergarten für alle, dem Anspruch auf zumindest formale Chancengleichheit und einer sehr viel besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf auf.

Ein besonderes Lob sei schließlich der Darstellung der Ausnahmen innerhalb der französischen Ausnahme gezollt: der besonderen Rolle von Paris, von Korsika und des Elsass. So fundiert und gleichzeitig auf so knappem Raum findet man das Wesentliche selten zusammengefasst. Zugleich vermittelt dieser kundige Blick aus deutschen Augen auf die Realitäten des französischen Nachbarn die Einsicht, wie wenig selbstverständlich, bei Lichte betrachtet, das Eigene eigentlich ist.

Insgesamt ist die Lektüre jedem zu empfehlen, der sich für Frankreich interessiert, und deswegen natürlich und insbesondere (!) auch allen Französisch-Studierenden. Und allen, die den dümmlich-deutschen Ausdruck „Grande Nation" (vgl. S. 87) für originell halten.

Helga Bories-Sawala

Geschlecht, Rasse und Kolonialismus

Elsa Dorlin: La matrice de la race: Généalogie sexuelle et coloniale de la nation française. Editions La Découverte, Paris 2006, 307 S., 27 Euro

Carole Reynaud-Paligot: La République raciale. Paradigme social et idéologie républicaine, 1860–1930. PUF, Paris 2006, 368 S., 28 Euro

Nach dem Abschluss ihrer Dissertation (2004) stellt Elsa Dorlin, Dozentin für Philosophie an der Universität Paris I mit den Forschungsschwerpunkten Rassismus, Wissenschaftsgeschichte und feministische Theorien, in vorliegendem Band eine „Généalogie sexuelle et coloniale de la nation française" vor, die die Editions de La Découverte in der Reihe „Genre et Sexualité" herausgebracht haben. Die Studie wirft ein neues Licht auf die politische Bedeutung sexueller und rassistischer Unterwerfung, indem sie den Zusammenhang zwischen diskriminierender Geschlechterkonzeption und imperialistischer Politik herausstellt: Letztere sollte die kolonialen Eroberungen mit dem Konstrukt einer rassistischen Ideologie legitimieren, um sowohl die Überlegenheit der weißen Rasse als auch die des Mannes über die Frau zu rechtfertigen.

Die Geschichte der Beziehungen zwischen Männern und Frauen, Kolonisatoren und Kolonisierten, beruft sich auf medizinische, physiologische und anatomische Kausalfaktoren, um die Frauen und die Kolonisierten zu ihrer besseren Ausbeutung in der Position der Unterdrückten halten zu können. In beiden Fällen findet die politische Aktion ihre Begründung in der Verbreitung pseudowissenschaftlicher Konzepte, die es ihr ermöglicht, eine macht- und nicht vernunftdiktierte Rangordnung der Ungleichheit festzuschreiben. Insbesondere eine ebenso populäre wie diskriminierende, auf Aristoteles und Galenus zurückgehende medizinische Theorie sollte bis ins klassische Jahrhundert hinein für die Unterdrückung und Abwertung der Frauen instrumentalisiert werden. Das Textkorpus der 'Querelle des Femmes', diese im 16. und zu Anfang des 17. Jahrhunderts um sich greifende Debatte, in der die Gegner des 'sexe' – wie damals die Frauen üblicherweise bezeichnet wurden – auf deren Anwälte trafen, ist reich an Bezügen auf eine immer wieder in Anspruch genommene, von Elsa Dorlin in den Mittelpunkt ihrer Argumentation gestellte medizinische Theorie: den Zusammenhang zwischen Temperament und Säftelehre.

Nach Auffassung der antiken Medizin macht die humorale Säftelehre den in den Körpern angelegten sexuellen Unterschied verständlich; die damit verbundenen Kategorien 'gesund' beziehungsweise 'ungesund' funktionieren dabei wie Machtparadigmen. Der Körper setzt sich aus mehreren Säften zusammen (kalten, warmen, feuchten und trockenen), die im Zustand vollkommenen Gleichgewichts für Gesundheit bürgen, während die Verschiebung dieses Gleichgewichts Krankheit auslöst. So ermöglicht es die humorale Theorie, die Individuen unter verschiedenen Charaktertypen zusammenzufassen, die aus einer rein materialistischen Warte die Veranlagungen (sanguinisch, cholerisch, melancholisch und phlegmatisch) bestimmen. Im 12. Jahrhundert wird die Einordnung der Temperamente in vier Typen durch die Philosophia von Guillaume de Conches systematisiert, derzufolge das Diktum „Caldissima mulier frigidior est frigidissimo viro" gilt („Die wärmste Frau ist kälter als der kälteste Mann"). Innerhalb dieser „medizinischen Semiologie", die eine anthropologische Differenzierung darstellt, bringt man die Frau, deren Frigidität als physiologische Schwäche des Metabolismus bewertet wird, mit dem Kälteprinzip in Verbindung. Da ihre Lebenswärme unzureichend ist, kann die Frau ihre Körpersäfte nicht genügend erwärmen, um sie zu verfeinern. Daher gilt der weibliche Samen als rohes Sperma, was dem Menstruationsblut entspricht, und Aristoteles assoziiert Weiblichkeit mit Frigidität und diese mit Schwäche. Bis ins 17. Jahrhundert hinein sollten die Ärzte Gefallen daran finden, die Schwachstellen der Frau im Vergleich zu der normalen, warmen und feuchten Temperatur des Mannes aufzulisten. Sie werden ihres kalten und phlegmatischen Temperaments wegen mit unvollständigen, verstümmelten, machtlosen, schwachen und kranken Wesen gleichgesetzt. Die Humoralpathologie lässt demnach die Behauptung zu, dass die Frauen ihres pathogenen Körpers wegen den Männern unterlegen sind.

Die medizinische Humorallehre sollte ab der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts nach und nach verblassen. Poullain de la Barre, Kartesianer und verfolgter Protestant, verzeichnet und parodiert die frauenfeindlichen Argumente in seinem Werk „De l'égalité des deux sexes" (1673). Gabrielle Suchon, eine aus dem Orden ausgetretene Nonne und Philosophin, wendet sich in ihrem 1693 erschienenen „Traité de la morale et de la politique" gegen die Vorurteile der Philosophen und Mediziner. Suchon denaturalisiert den weiblichen Körper und stellt die These in den Vordergrund, dass unser Körper das Produkt dessen ist, was die Gesellschaft aus ihm macht. Der Begriff des Temperaments und die mit ihm einhergehenden körperlichen Besonderheiten sind keine physiologischen, sondern gesellschaftliche Kategorien: „[Elles] tendent à tenir les femmes dans l'abaissement, dans l'humiliation et dans la douleur" (Suchon, nach E.D., S. 32). Suchon enthüllt auf diese Weise den willkürlichen und konventionellen Charakter der Ungleichheit und deutet die Idee von der Perfektion des Temperaments als ein männlich generiertes Trugbild, das zur Unterdrückung der Frau beitrage. Die Ungleichheit entpuppt sich als Produkt eines politischen Machtverhältnisses, das die Frauen von Ämtern, Ehrungen, Universitäten und vom politischen Leben ausschließt.

Zu Beginn des 18. Jahrhunderts sollte – auch für den Aufbau des Körpers der Nation – die demographische Frage der Bevölkerungsentwicklung eine zentrale Rolle spielen und eine Veränderung in der Vorstellung der „Matrix" nach sich ziehen. Seit Hippokrates und bis ins 19. Jahrhundert bezeichnet die Matrix die Gebärmutter beziehungsweise, unbestimmter, die weiblichen Geschlechtsteile. Es handelt sich um ein natürliches Organ des Phlegma, den Sitz der Frauenkrankheiten und bevorzugten Aufenthaltsort des Dämon. Im 18. Jahrhundert bewegt die Sorge um die Gesundheit und die Angst vor Entvölkerung die Ärzte dazu, im Gegensatz zur Vorstellung einer 'degenerierten' Weiblichkeit, wie sie in Zukunft von der afrikanischen Sklavin verkörpert werden sollte, das Vorbild einer gesunden und mütterlichen Frau zu befördern. Die Fortpflanzung wird für das Wohlergehen der Nation ausschlaggebend, und der mütterliche Körper avanciert zur wichtigsten Quelle für Reichtum. An dieser Stelle sollte eine Neubewertung des weiblichen Körpers einsetzen.

Die Matrix konstituiert den Ursprung der Nation, deren einzige Erzeugerin sie ist. Das weibliche Temperament muss also neu bestimmt und als gesund angesehen werden, damit starke, robuste und kräftige Kinder zur Welt kommen können. Die einst den Männern vorbehaltenen humoralen Attribute „warm" und „trocken" wandeln sich von nun an in einen nationalen Charakterzug, der sich nicht erwerben, sondern nur vererben lässt. Das „kalte" und „feuchte" Temperament, früher die dem weiblichen Geschlecht zugeschriebene Funktion, wird jetzt zur Betonung des Unterschiedes zwischen Frankreich und seinen Kolonien benutzt. Die Tatsache, dass das Temperament als angeboren gilt, erlaubt es den Franzosen, sich nicht dem Risiko auszusetzen, den Eingeborenen zu gleichen; die patriotischen Frauen sind die Garantie einer gesunden Rasse, die aus dem mütterlichen Schoß stammt – daher der Titel des Buches.

Auf dem amerikanischen Kontinent orientieren sich dann die ersten Naturalisten am Modell des sexuellen Unterschieds, um das Konzept der „Rasse" zu erarbeiten: karibische Indianer oder deportierte Sklaven wären demnach Bevölkerungen mit einem pathogenen, verweichlichten und schwachen Temperament. Genau diese Bindeglieder zwischen Gattung, Sexualität und Rasse sowie deren zentrale Rolle bei der Ausbildung der modernen französischen Nation analysiert Dorlin, indem sie zeigt, wie von der Definition eines „tempérament de sexe" zu der eines „tempérament de race" übergegangen wird. Die Nation nimmt im wörtlichen Sinne Gestalt an im weiblichen Modell der weißen, gesunden und fürsorglichen „Mutter", das den Vorstellungen einer „degenerierten" Weiblichkeit – darunter Hexen, Ätherikerinnen, mannweibische Marketenderinnen, Nymphomaninnen, Tribaden und afrikanische Sklavinnen – entgegensteht. So wird offenbar, dass Geschlecht und Rasse zu dem Zeitpunkt, als sich die französische Nation für Sklaverei und Kolonisierung einsetzt, auf dieselbe Matrix zurückgehen.

Indem der Körper der Sklaven pathologisiert wird, ist mithilfe der zunehmenden Anthropologisierung des Politischen die Vorstufe zu ihrer Rassenkonstruktion erreicht. Die Theorie Dorlins findet eine Ergänzung in der Studie von Carole Reynaud-Paligot über die Darstellung des menschlichen Unterschiedes in rassischen Fragen im Umkreis der „Société et l'Ecole d'anthropologie de Paris" Ende des 19. Jahrhunderts, als deren Vorkämpfer Paul Broca gilt. Die Anthropologie suchte sich einen wissenschaftlichen Anstrich, um eine ungleiche Sichtweise auf die menschliche Gattung zu legitimieren, die gleichsam als „instrumentum regni" den Zielen der Republik dient. Die Unterdrückung eines aus biologischer Sicht minderwertigen Geschlechts wird durch die Unterdrückung einer aus politischer Sicht als minderwertig dargestellten Rasse ersetzt, wobei die Dialektik von physiologischer und medizinisch-politischer Argumentation demselben Ziel gilt: der Unterdrückung eines Geschlechts beziehungsweise einer Rasse, die man zwecks ihrer besseren Ausbeutung als unterlegen darzustellen bemüht ist. Während sich die meisten Untersuchungen bisher auf die Denker des rechtsextremen Lagers konzentriert haben, wurde die Erforschung des republikanischen Rassedenkens vernachlässigt. Genau diese Lücke möchte Reynaud-Paligot schließen, indem sie zeigt, dass Gelehrte, Politiker und Kolonialverwalter zwischen 1860 und 1920 einer gemeinsamen Rassenvorstellung verbunden waren.

Manfred Overmann, Übersetzung: Nicola Denis

Transparenz der Finanzmärkte

Blaesheim-Treffen in Meseberg, 10. September 2007

Bundeskanzlerin Angela Merkel und Staatspräsident Nicolas Sarkozy kamen am 10. September 2007 zu einem informellen Gipfeltreffen im Rahmen des Blaesheim-Prozesses in Meseberg in der Nähe von Berlin zusammen. Zum Thema des fairen Wettbewerbs in einer globalisierten Welt und der außenwirtschaftlichen Flankierung der Lissabon-Strategie verabschiedeten Merkel und Sarkozy eine Gemeinsame Erklärung[1]*:*

„Die Europäische Union ist auf dem Weg, ihre Wettbewerbsfähigkeit zu stärken, ein gutes Stück vorangekommen. Unternehmen und Arbeitnehmer haben sich in den letzten Jahren erfolgreich an die Erfordernisse einer globalisierten Weltwirtschaft angepasst. Strukturreformen der Europäischen Union und der Mitgliedstaaten haben diesen Prozess unterstützt. Er bringt den Menschen Wohlstand und Beschäftigung.

In einer globalisierten Welt können wir die positiven Folgen dieser Anpassungen dadurch verstärken, dass wir unsere Anstrengungen im Inland außenwirtschaftlich flankieren. Deshalb schlagen wir vor, auf dem nächsten informellen Treffen der Staats- und Regierungschefs am 18./19. Oktober 2007 eine Initiative von Präsident Barroso aufzugreifen und die Außendimension der Lissabonstrategie zu erörtern.

Wir sind nach wie vor überzeugt, dass offene Märkte der Garant für Europas Wohlstand und Entwicklung sind. Deshalb setzen wir uns weiterhin für eine ausgewogene und umfassende Einigung im Rahmen der Doha-Runde ein. Wir beobachten allerdings, dass die Bedeutung nichttarifärer Handels- und Investitionshemmnisse sowie der Einsatz unfairer Praktiken im weltwirtschaftlichen Rahmen, zu denen auch politisch beeinflusste Wechselkurse gehören, ein bedenkliches Ausmaß erreicht haben. Wir wollen verstärkt darauf hinwirken, diese Probleme in Angriff zu nehmen und den Zugang zu Rohstoffen und Energie möglichst offen zu halten, die geistigen Eigentumsrechte konsequent zu schützen, handelspolitische Instrumente gegen unfaire Handelspraktiken zu stärken sowie Wettbewerbsverzerrungen durch finanzielle staatliche Anreize zu verhindern.

Offene Märkte entfalten nur dann ihr ganzes Potenzial, wenn transparente Regeln einen fairen Wettbewerb im Sinne der Gegenseitigkeit ermöglichen. Das erfordert, dass wir unsere Anliegen geschlossen vertreten – insbesondere, wenn es darum geht, wie wir Drittstaaten zum Abbau von Schranken zu Lasten europäischer Unternehmen bewegen können. Anderenfalls sollte Europa Ausnahmegenehmigungen ähnlich denen aushandeln, die unseren großen Handelspartnern gewährt werden, um das Wachstum kleiner und mittlerer Unternehmen zu fördern.

Besonderes Augenmerk sollten wir auf die Bereiche richten, in denen staatliches Vermögen in wettbewerbsverzerrender Weise wirkt. Dafür muss sich Europa gegenüber seinen Partnern einsetzen. Grundlage des wirtschaftlichen Erfolgs der EU bleibt die Wettbewerbsfähigkeit unserer Volkswirtschaften. Die Entwicklungen der letzten Zeit erinnern daran, dass die Stabilität dieser zunehmend stärker globalisierten Finanzmärkte von außerordentlicher Bedeutung für unsere Volkswirtschaften und keineswegs selbstverständlich ist. Entscheidend für die Vermeidung von schädlichen Übertreibungen und Auswüchsen sind die Transparenz der Finanzmärkte und geeignete Regulierungsund Überwachungsmaßnahmen. Wir müssen diese Transparenz und Rechenschaftspflicht für alle Akteure, einschließlich Ratingagenturen, sowohl auf europäischer Ebene als auch weltweit umfassend fördern. Das sollte auch die Forderung nach einem Verhaltenskodex der Hedgefonds-Branche einschließen.

Die Staats-und Regierungschefs der Europäischen Union und der Präsident der Europäischen Kommission sollten daher gemeinsam darauf hinwirken, all diese Probleme in Angriff zu nehmen. Auf Basis einer Diskussion auf dem nächsten informellen Treffen der Staats- und Regierungschefs im Oktober könnten wir die notwendigen Vorbereitungen für Entscheidungen bis zum Frühjahrsgipfel 2008 in Gang setzen."

1 Quelle: Französische Botschaft, Deutsch-französische Erklärung, veröffentlicht am 12.9.2007.

Chronologie

Juli / August*

Juli

2.7. In einer Rede vor dem Europäischen Parlament in Straßburg spricht Staatspräsident Nicolas Sarkozy über die Ergebnisse des EU-Gipfels in Brüssel am 23. Juni 2007. Wie bereits in seinem Wahlprogramm plädiert er für eine vereinfachte Version des EU-Verfassungsvertrags, die er auf parlamentarischem Weg ratifizieren lassen möchte. Nach einer Umfrage, die die Zeitung *Le Parisien* veröffentlicht, bevorzugen 57 Prozent der Franzosen ein Referendum über den Verfassungsvertrag.

3.7. In der ersten Regierungserklärung seit seinem Amtsantritt stellt Premierminister François Fillon vor der Nationalversammlung sein Regierungsprogramm vor. Der UMP-Politiker, der sich als „Vollzugsbeamten" des politischen Programms von Staatspräsident Sarkozy darstellt, kündigt eine Reform der politischen Institutionen, des Gesetzgebungsverfahrens sowie des Wahlrechts an. Ebenso plane die Regierung Reformen des Universitäts- und Bildungssystems sowie des Sozial- und Arbeitsmarktsystems. Zudem strebe er an, bis 2012 einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen. Damit würde Frankreich dem gemeinsamen Beschluss der Euro-Länder zuwiderhandeln, bis 2010 einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen. Nach der Erklärung sprechen 321 Abgeordnete der Regierung Fillon ihr Vertrauen aus, 224 stimmen gegen das Programm, 5 Abgeordnete enthalten sich.

4.7. Die stellvertretende Premierministerin und Außenministerin Israels, Tsipi Livni, besucht Frankreich und trifft mit Staatspräsident Sarkozy und Außenminister Bernard Kouchner zusammen. In einem Gespräch über neue Perspektiven des Nahost-Friedensprozesses fordert Kouchner die Freilassung weiterer palästinensischer Gefangener in Israel.

4.7. Im Rahmen der Teilnahme des Staatspräsidenten Sarkozy am EU-Brasilien-Gipfel in Lissabon betont der Sprecher des Präsidenten, David Martinon, die Rolle Brasiliens als „wichtiger Partner bei der Diskussion über Klimawandel und Energie". Die Gipfelteilnehmer sprechen sich für eine „strategische Partnerschaft" zwischen Brasilien und der EU aus.

6.7. Der Premierminister der kanadischen Provinz Québec, Jean Charest, trifft in Paris mit Staatspräsident Sarkozy und Außenminister Fillon zusammen. Das Treffen dient unter anderem der Vorbereitung des Frankophonie-Gipfels 2008 in Québec. Der Sprecher des Premierministers kündigt Bemühungen um die Bildung einer Freihandelszone zwischen Kanada und der EU an. Charest trifft bis zum 10. Juli weitere französische Politiker zu Gesprächen.

8.7. Der ehemalige Präsidentschaftskandidat der Zentrumspartei UDF, François Bayrou, bezeichnet die Politik der „Öffnung" von Staatspräsident Sarkozy als „Mystifikation". Er bereitet mit seiner neu gegründeten Partei „Mouvement démocrate" eine Teilnahme an den Kommunalwahlen im Jahr 2008 vor.

9.7. Entgegen den Gepflogenheiten der Euro-Gruppe nimmt Staatspräsident Sarkozy gemeinsam mit der Wirtschafts- und Finanzministerin Christine Lagarde an einer Sitzung der Finanzminister der Euro-Länder in Brüssel teil. Der Präsident bemüht sich um die Rechtfertigung seines Plans, das französische Haushaltsdefizit erst bis 2012 abzubauen. Die 13 Euro-Länder hatten sich auf einen Ausgleich der Haushaltsdefizite bis 2010 geeinigt. Die Ankündigung Sarkozys stößt bei den anderen Euro-Staaten auf heftige Kritik.

---

* Zusammengestellt vom Programm Frankreich / deutsch-französische Beziehungen der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP), Berlin.

10.7. Die 27 Finanzminister der Europäischen Union einigen sich in Brüssel auf die Kandidatur des ehemaligen französischen Wirtschafts- und Finanzministers Dominique Strauss-Kahn für den Chefposten des Internationalen Währungsfonds. Staatspräsident Sarkozy hatte den Sozialisten für den Posten vorgeschlagen, der traditionell von einem Europäer besetzt wird, und damit erneut seine Strategie der „Öffnung" gegenüber anderen politischen Lagern demonstriert. Strauss-Kahn soll die Nachfolge des Spaniers Rodrigo Rato antreten, der für Oktober 2007 überraschend seinen Rücktritt angekündigt hatte.

11.7. Bei einem Treffen zwischen dem französischen Staatssekretär für europäische Angelegenheiten, Jean-Pierre Jouyet, und dem deutschen Staatsminister für Europa, Günter Gloser, in Berlin stehen die Zukunft der deutsch-französischen Beziehungen sowie Themen der Europapolitik beider Länder im Mittelpunkt. Die beiden Politiker sind zugleich Beauftragte für die deutsch-französische Zusammenarbeit.

11.7. Auf seiner ersten außereuropäischen Reise als Staatspräsident, die ihn nach Tunesien und Algerien führt, lobt Nicolas Sarkozy die Fortschritte der wirtschaftlichen und demokratischen Entwicklung und wirbt für seinen Plan einer Mittelmeerunion zwischen den südlichen EU-Mitgliedern, den nordafrikanischen Staaten sowie Israel und der Türkei, dem Tunis mit „Interesse und Enthusiasmus" begegnet.

12.7. Der ehemalige Kulturminister Jack Lang zieht sich aus der Führung des PS zurück. Er reagiert damit auf die Drohung des Parteivorsitzenden François Hollande, ihn aus der Partei auszuschließen, falls er den von Staatspräsident Sarkozy angebotenen Posten in der Kommission zur Institutionenreform annehme. Der Schritt ist nach dem Wechsel mehrerer PS-Politiker, unter anderem des jetzigen Außenministers Kouchner, in die Regierung Sarkozy ein weiterer Hinweis auf die innerparteilichen Probleme des PS.

12.7. Bei einem Besuch in Belgrad betont Außenminister Kouchner, dass eine Einigung über die künftige Stellung des Kosovo für Frankreich die Voraussetzung sei, eine Annäherung Serbiens an die EU zu unterstützen. Für den Fall eines Scheiterns der Verhandlungen über den Kosovo spricht sich Kouchner, ehemaliger Administrator der UN im Kosovo, für eine Fortführung des Ahtisaari-Plans aus, demzufolge der Kosovo Unabhängigkeit unter internationaler Überwachung genießen soll.

13.7. In Moskau wird eine Vereinbarung zwischen dem russischen Konzern Gasprom und dem französischen Unternehmen Total unterschrieben, nach der Total zu 25 Prozent an der Ausbeutung des weltgrößten Gasfelds im Norden Russlands beteiligt wird.

14.7. Auf Einladung der französischen Regierung treffen in La Celle-Saint-Cloud Vertreter libanesischer Parteien zu Gesprächen zusammen, um den Dialog über eine Lösung der Libanon-Krise wiederzubeleben. Seit dem Rücktritt der schiitischen Minister aus der libanesischen Regierung im November 2006 ruhen die Gespräche zwischen den oppositionellen Gruppen. Nach einem Besuch im Libanon im Mai 2007 hatte Außenminister Kouchner eine Initiative für Gespräche eingeleitet. Ohne dass Frankreich sich direkt beteilige, sollen die Gespräche dazu dienen, „das Eis zu brechen", so Kouchner.

16.7. Beim deutsch-französischen Gipfeltreffen in Toulouse einigen sich Bundeskanzlerin Angela Merkel und Staatspräsident Nicolas Sarkozy darauf, die Doppelspitze beim Luft- und Raumfahrtkonzern EADS abzuschaffen. Louis Gallois wird EADS künftig alleine leiten, während sein bisheriger deutscher Amtskollege Thomas Enders die Führung bei der EADS-Tochter Airbus übernimmt. Lieferprobleme beim Großraumflugzeug A 380 und hohe Entwicklungskosten hatten den Konzern 2006 in eine schwere Krise gestürzt, die zu Stellenabbau und Plänen zur Umstrukturierung geführt hatte. In den nächsten Monaten soll eine Reform des Aktionärssystems erwogen werden. Es geht dabei unter anderem um eine Erhöhung des Aktienanteils des französischen Staates sowie die Rolle der beiden EADS-Hauptaktionäre DaimerChrysler und der Lagardère-Gruppe. Der deutsche Staat hält keine eigenen Anteile am EADS-Konzern.

17.7. Staatspräsident Sarkozy stellt eine Expertenkommission zur Erarbeitung einer Institutionenreform vor, zu deren 13 Mitgliedern der ehemalige Premierminister Edouard Balladur und der Sozialist und ehemalige Kulturminister Jack Lang gehören. Am 12. Juli hatte Sarkozy seine Vorschläge für die Reform präsentiert, mit der unter anderem Ansprachen des Präsidenten vor dem Parlament, eine Begrenzung der Amtszeit des Präsidenten auf zwei Mandate sowie die Einführung von Elementen des Verhältniswahlrechts bei den nächsten Parlamentswahlen ermöglicht werden sollen. Dagegen hatte sich Sarkozy gegen Vorschläge ausgesprochen, die Macht des Präsidenten deutlich einzuschränken, beispielsweise durch eine Reform des Verfassungsartikels 16 zu den Sondervollmachten des Präsidenten im Notstandsfall.

19.7. Der ehemalige Staatspräsident Jacques Chirac wird von einem Untersuchungsrichter zur Affäre um illegale Parteienfinanzierung vernommen. Funktionäre der UMP-Vorgängerpartei RPR sollen während der Zeit Chiracs als Pariser Bürgermeister (1977–1995) und als Vorsitzender des RPR (1976–1994) über Scheinarbeitsverträge finanziert worden sein. Chiracs Status als „Zeuge mit juristischem Beistand" während der Untersuchung lässt auf die Annahme einer Mittäterschaft schließen. Seit dem Ende seiner Amtszeit als Staatspräsident im Juni 2007 ist auch sein Immunitätsschutz aufgehoben. Der Vertraute Chiracs und ehemalige Premierminister Alain Juppé war in derselben Affäre 2004 zu 14 Monaten Haft auf Bewährung verurteilt worden.

20.7. Bei einem Treffen zwischen Staatspräsident Sarkozy und dem britischen Premierminister Gordon Brown stehen die französisch-britische Zusammenarbeit in den Bereichen Verteidigung, Umwelt und Terrorismusbekämpfung sowie die künftige Strategie in Darfur im Mittelpunkt. Beide Regierungschefs sprechen sich zudem für eine EU-weite Regelung zur Reduzierung der Mehrwertsteuer auf umweltschonende Produkte, unter anderem Autos, aus. Zwei Tage zuvor war Außenminister Kouchner mit seinem britischen Amtskollegen Miliband zusammengetroffen.

22.7. Bei einem Busunglück im Alpen-Département Isère sterben mindestens 26 polnische Pilger, viele werden verletzt. An derselben Stelle hatten sich bereits drei weitere Busunglücke ereignet. Staatspräsident Sarkozy und sein polnischer Amtskollege Lech Kaczynski besuchen die Verletzten im Krankenhaus von Grenoble.

24.7. Nach achtjähriger Haft in Libyen treffen fünf bulgarische Krankenschwestern und ein palästinensischer Arzt gemeinsam mit der Ehefrau des Staatspräsidenten, Cécilia Sarkozy, in Sofia ein. Die sechs waren 1999 unter dem Vorwurf, 438 libysche Kinder absichtlich mit dem HI-Virus infiziert zu haben, zum Tode verurteilt worden, obwohl Gutachten ihre Unschuld belegt hatten. Der libysche Justizrat hatte das Todesurteil am 17. Juli in eine lebenslange Haftstrafe umgewandelt und so die Auslieferung an Bulgarien ermöglicht. Ebenso wie Vertreter der EU hatte sich Cécilia Sarkozy vor Ort um die Freilassung der Angeklagten bemüht und diese in einem französischen Flugzeug nach Sofia begleitet, wo die Freigelassenen vom bulgarischen Staatspräsidenten begnadigt wurden. Der persönliche Einsatz Cécilia Sarkozys ist bei Vertretern anderer EU-Staaten, die an den langjährigen Verhandlungen beteiligt gewesen waren, umstritten.

25.7. Bei einem Treffen in Libyen vereinbaren Staatspräsident Sarkozy und Libyens Regierungschef Muammar al-Gaddafi die Zusammenarbeit in den Bereichen Bildung, Wissenschaft, Rüstung und Energie. Sarkozy stellt die Lieferung eines französischen Atomreaktors an Libyen in Aussicht. Die Firma MDBA, eine Tochter des EADS-Konzerns, verhandelt zudem mit Libyen über die Lieferung eines Panzerabwehrsystems. Nach der Lösung des Konflikts um die bulgarischen Krankenschwestern und den palästinensischen Arzt sowie langjährigen Bemühungen Libyens um internationale Anerkennung, beispielsweise durch Einstellung seines geheimen Atomwaffenprogramms 2004, zeigen sich auch andere Staaten, darunter die USA, an einer Verbesserung der Beziehungen zu Libyen interessiert. Zugleich äußern sie sich kritisch über das französisch-libysche Atomabkommen. Insbesondere die Bundesregierung bezeichnet den Plan als „politisch problematisch". Von Kritikern wird die Aufnahme von Geschäftsverhandlungen zudem häufig als „Gegenleistung" für die Freilassung der bulgarischen Angeklagten bezeichnet.

26.7. Bei einem Besuch im Senegal verurteilt Staatspräsident Sarkozy die „Fehler und Verbrechen" der Kolonialzeit, lehnt es jedoch ab, darin die alleinigen Ursachen für aktuelle Probleme Afrikas zu sehen. Vielmehr sei „der Afrikaner nie ausreichend in die Geschichte eingetreten" und habe sich nie auf „Fortschritt" und „Zukunft" eingelassen. Die Rede Sarkozys wird von afrikanischen Politikern, darunter dem Präsidenten der Afrikanischen Union, Alpha Oumar Konaré, und Pressevertretern mit Kritik aufgenommen. Sarkozy reist im Anschluss weiter nach Gabun.

27.7. Gegen den ehemaligen Premierminister Dominique de Villepin wird im Zusammenhang mit der „Clearstream"-Affäre ein Ermittlungsverfahren eröffnet. Ihm wird „Mittäterschaft bei verleumderischer Denunziation" gegenüber dem heutigen Staatspräsidenten Nicolas Sarkozy vorgeworfen. De Villepin soll 2004 versucht haben, Sarkozy durch die Verbreitung gefälschter Kontodaten, auf denen der Name des Präsidenten auftaucht, zu schaden. Die Kontodaten hatten nahe gelegt, dass Sarkozy und andere Vertreter aus Politik und Wirtschaft in Schmiergeldzahlungen im Zusammenhang mit einem Waffengeschäft mit Taiwan verwickelt gewesen waren.

28.7. Nach der Nationalversammlung billigt auch der Senat das als „Gesetz zu Arbeit, Beschäftigung und Kaufkraft" bekannte Steuerpaket der Regierung Sarkozy. Es sieht eine Steuerfreistellung von Überstunden, eine Steuer- und Abgabengrenze bei 50 Prozent des Einkommens sowie eine Einschrän-

kung der Vermögenssteuer, beispielsweise durch die Erhöhung des Abschlags für den Hauptwohnsitz von 20 auf 30 Prozent, vor. Bei der linken Opposition stößt das Paket als „Geschenk an die Reichen“ auf Kritik. Unter anderem auf Grund der Steuerausfälle in Folge der Reformen sieht sich Frankreich erst 2012 in der Lage, einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen, was von der EU heftig kritisiert wird.

29.7. Mit 79 Jahren stirbt der französische Schauspieler Michel Serrault. Der 1928 geborene Künstler war drei Mal mit dem Filmpreis „César“ ausgezeichnet worden, unter anderem 1979 für die Komödie „Ein Käfig voller Narren“.

30.7. Der Spanier Alberto Contador vom Team „Discovery Chanel“ gewinnt die 94. Tour de France. Sie ist geprägt von zahlreichen Doping-Skandalen, die im Vorfeld und während des Verlaufs der Tour zum Ausschluss mehrerer Spitzenfahrer geführt hatten.

31.7. Premierminister Fillon kündigt an, dass im Jahr 2008 die Stellen von 22 700 aus dem Dienst scheidenden Staatsbediensteten nicht neu besetzt werden sollen. Der französische Staat hofft dadurch auf Einsparungen zwischen 700 und 800 Millionen Euro. Sie sollen zur Reduzierung des Staatsdefizits, zur Schaffung neuer Stellen vor allem im Justizsektor und im Hochschulwesen, sowie zu Gehaltserhöhungen für die übrigen Staatsbediensteten verwendet werden. Im Wahlkampf hatte Staatspräsident Sarkozy noch die Streichung jeder zweiten Stelle im öffentlichen Dienst angekündigt, was circa 40 000 Stellen entsprochen hätte. Die Ankündigung stößt vor allem bei den Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes auf Kritik.

August

1.8. Der französische Elektrotechnikkonzern Schneider Electric gibt die Übernahme des amerikanischen Unternehmens Pelco für 1,5 Milliarden Euro bekannt. Pelco ist Weltmarktführer im Bereich von Videoüberwachungssystemen.

1.8. Der französische Atomkonzern Areva unterschreibt neue Verträge zur Uranförderung mit Niger, dem fünftgrößten Uranproduzenten der Welt. Damit scheint eine Krise beendet, in deren Verlauf im Juli 2007 der Regionalchef des Areva-Konzerns, Dominique Pin, des Landes verwiesen worden war. Niger hatte ihm und dem Konzern Unterstützung der Tuareg-Rebellion im Norden des Landes vorgeworfen. Die neuen Verträge brechen mit dem langjährigen Monopol von Areva in der nigerianischen Uranproduktion und ermöglichen so dem nigerianischen Staat steigende Einnahmen durch dem Weltmarkt angepasste Uran-Preise.

2.8. In einem Interview mit der Zeitung *Le Figaro* unterstreicht der Präsident der Elfenbeinküste Laurent Gbagbo seine Genugtuung über das Ende der Ära Chirac und den Abgang von Premierminister Dominique de Villepin. Gbagbo fordert Frankreich auf, sich von nun an nicht mehr in die Angelegenheiten der Elfenbeinküste einzumischen.

5.8. Der frühere Erzbischof von Paris, Kardinal Jean-Marie Lustiger, stirbt im Alter von 80 Jahren an einem Krebsleiden. Der gebürtige Jude Lustiger, dessen Eltern von den Nationalsozialisten verfolgt worden waren, war eine der einflussreichsten Persönlichkeiten in der katholischen Kirche Frankreichs.

7.8. Der französische Baukonzern Saint-Gobain kauft den schwedischen Mörtel-Hersteller Matix für 2,1 Milliarden Euro. Matix war bis dato eine Tochtergesellschaft des größten deutschen und weltweit viertgrößten Zementherstellers HeidelbergCement.

10.8. Ein Gesetz tritt in Kraft, nach dem Mindeststrafen für Wiederholungstäter, insbesondere für jugendliche Straftäter, eingeführt werden. Es geht auf eine Wahlkampfinitiative von Staatspräsident Sarkozy zurück. Die Opposition kritisiert den „repressiven Charakter“ der neuen Gesetzgebung.

11.8. Im Rahmen einer Urlaubsreise in die Vereinigten Staaten wird Staatspräsident Sarkozy vom amerikanischen Präsidenten George W. Bush und dessen Frau Laura zu einem informellen Treffen in der Sommerresidenz der Familie Bush in Kennebunkport im US-Bundesstaat Maine empfangen. Im Mittelpunkt ihrer Gespräche stehen internationale Themen wie die Irak-Krise und der Kampf gegen den Terrorismus. Bush bezeichnet Sarkozy als einen Mann „mit gutem Verstand, guter Vision und gutem Willen“. Der Sprecher des Weißen Hauses, Tony Snow, hatte im Vorfeld vom möglichen Beginn einer neuen Ära in den französisch-amerikanischen Beziehungen gesprochen. Sarkozys Vorgänger Chirac hatte den Vereinigten Staaten deutlich kritischer gegenüber gestanden und insbesondere die amerikanische Intervention im Irak abgelehnt.

13.8. Vor der französischen Insel Mayotte im Indischen Ozean kentert ein Boot mit knapp 40 Flüchtlingen an Bord. Mindestens 17 Personen kommen dabei ums Leben. Die von der ostafrikanischen Inselgruppe der Komoren stammenden

Flüchtlinge hatten versucht, auf der zu Frankreich gehörenden Insel aufgenommen zu werden. Jedes Jahr kommen in dieser Gegend zwischen 100 und 200 Flüchtlinge bei dem Versuch ums Leben, illegal in die Europäische Union einzuwandern.

18.8. Auf der ersten Pressekonferenz des PS nach der Sommerpause in Toulon bilanziert der Parteivorsitzende Hollande die ersten 100 Tage der Amtszeit von Staatspräsident Sarkozy. Er kritisiert dabei vor allem die Steuerpolitik der Regierung Sarkozy, die allein den Wohlhabenden zugute komme.

19.8. Außenminister Kouchner reist auf Einladung des irakischen Präsidenten Talabani als erster französischer Außenminister seit dem Sturz Saddam Husseins 2003 und der Entscheidung Frankreichs, sich nicht am Irak-Einsatz zu beteiligen, in den Irak. Der Besuch gilt als erster Schritt zu einem neuen „Gleichgewicht in der Beziehung" zwischen Frankreich und dem Irak. Kouchner trifft während seines Aufenthalts mit Vertretern der verschiedenen Bevölkerungsgruppen des Irak zusammen.

20.8. Der französische Nahrungsmittelkonzern Danone legt offiziell sein Übernahmeangebot für den niederländischen Hersteller für Babynahrung Numico vor, der weltweit 13 000 Angestellte beschäftigt. Der Kaufpreis soll bei 12,3 Milliarden Euro liegen. Der Chef des Danone-Konzerns, Franck Riboud, hofft, damit „einen der mächtigsten Konzerne weltweit" in dieser Branche zu schaffen. Der Konzern nähert sich mit dem Kauf dem Konkurrenten Nestlé an, der im April den US-amerikanischen Hersteller von Babynahrung Gerber gekauft hatte.

27.8. In einer Grundsatzrede zur Außenpolitik im Rahmen der jährlichen Botschafterkonferenz in Paris spricht sich Staatspräsident Sarkozy für einen konkreten Zeitplan für den Abzug ausländischer Truppen aus dem Irak sowie für einen ständigen Sitz von Deutschland, Japan, Brasilien und Indien im UN-Sicherheitsrat aus. Ebenso plädiert er für die Erweiterung der G8-Gruppe um China, Indien, Brasilien, Mexiko und Südafrika. Zur Formulierung der künftigen Ziele Europas fordert Sarkozy die Ernennung eines „Rats der Weisen", dessen Einsetzung er zur Bedingung für die Unterstützung Frankreichs für weitere Verhandlungen zwischen der EU und der Türkei macht. Diese könnten zum Beitritt, aber auch zu einer Partnerschaft führen. Als zentrales außenpolitisches Problem benennt Sarkozy den Atomkonflikt mit dem Iran; der iranische Besitz einer Atombombe sei „inakzeptabel". Außenminister Kouchner distanziert sich in seiner Rede von den Positionen Sarkozys, insbesondere in Bezug auf die französisch-amerikanischen Beziehungen, indem er die Nahostpolitik der USA kritisiert und erklärt, ein „demokratischer Imperialismus", beispielsweise zur Durchsetzung von Menschenrechten, sei zum Scheitern verurteilt.

27.8. Der „Haut Conseil de l'Education" des Bildungsministeriums legt einen Bericht vor, demzufolge 40 Prozent der französischen Schüler die Grundschule mit „ungenügenden" Ergebnissen verlassen. Der Bericht wirft den Bildungsinstitutionen „Resignation" vor und merkt „dringenden Handlungsbedarf" an.

27.8. Nach einer Umfrage des Instituts TNS Sofres für die Zeitung *Le Figaro* beurteilen 71 Prozent der Franzosen die ersten 100 Tage der Amtszeit von Staatspräsident Sarkozy positiv, insbesondere im Bereich der Außen-, Sicherheits- und Justizpolitik. Nur circa die Hälfte der Befragten befürwortet dagegen die Wirtschafts- und Sozialpolitik der Regierung.

27.8. Außenminister Kouchner entschuldigt sich offiziell für eine Aussage gegenüber dem Nachrichtenmagazin *Newsweek*, in der er den Rücktritt des irakischen Ministerpräsidenten Nuri al-Maliki und seiner Regierung wegen Handlungsunfähigkeit gefordert hatte. Seine Kritik an al-Maliki hält er jedoch aufrecht. Die beiden Minister waren bei einem Besuch Kouchners im Irak am 19. August zusammengekommen.

28.8. Bei seinem ersten Besuch als Staatspräsident auf Korsika kündigt Sarkozy eine Wiederbelebung des Korsika-Dialogs an, in dem vor allem die Frage der inhaftierten korsischen Nationalisten sowie der korsischen Sprache von Bedeutung sein soll.

30.8. Bei einer Tagung des Arbeitgeberverbands Medef läutet Staatspräsident Sarkozy nach dem im Juli verabschiedeten Gesetzespaket zu „Arbeit, Beschäftigung und Kaufkraft" die zweite Phase seiner Wirtschaftsreformen ein. Als Kernelemente nennt er eine Belebung der Konkurrenz, beispielsweise durch eine Lockerung der Ladenöffnungszeiten, eine Neudiskussion der Sozialabgaben, eine Überarbeitung des Wirtschaftsrechts zu Gunsten der Unternehmer sowie eine zunehmende Lockerung der 35-Stunden Woche. Die Kommission „Attali", beauftragt mit der Erarbeitung von Maßnahmen zur wirtschaftlichen Liberalisierung, nimmt dazu heute ihre Arbeit auf. Die Präsidentin des Medef, Laurence Parisot, fordert in ihrer Rede eine schrittweise Erhöhung des Rentenalters. Die Vorschläge stoßen bei den Gewerkschaften auf massiven Widerstand.